

Die Ermittlungen von Matas Krygeris zum deutschnationalen Finanznetzwerk im Memelgebiet 1935

Klaus Fuchs

Die Republik Litauen brachte im Januar 1923 das nach Art. 99 Versailler Vertrag (28.6.1919) vom Deutschen Reich abgetrennte (als eigenständige Verwaltungseinheit¹ neukonstituierte) und von der französischen Besatzungsmacht als Mandatsgebiet des Völkerbundes verwaltete Memelgebiet mittels des von ihr inszenierten und meistens von litauischen Paramilitärs und von verkleidetem regulärem litauischem Militär ausgefochtenen „Memelaufstandes“ an sich. In voller Kenntnis einer entgegen gesetzten Willensbekundung-EntschlieÙung² der Berufsorganisationen des Memelgebiets, die einen Freistaat (mit Freihafen) unter dem Schutz der Ententemächte – faktisch ein französisches Protektorat – forderten, erkannte die Alliierte Botschafterkonferenz am 16.2.1923 Litauen die Souveränität über das Gebiet zu (im März 1923 von Litauen bestätigt), was von dem unterzeichneten Konferenzmitglied Poincaré sowohl mit ethnopolitischen - „...dass Memel und die Nachbargegend von Deutschland losgelöst worden ist

¹ Neben dem städtischen Memel wurden die drei Landkreise Memel (lit. Klaipėda), Heydekrug (Šilutė) und Pogegen (Pagėgiai) gebildet.

² In: Schierenberg, Rolf. *Die Memelfrage als Randstaatenproblem*. Berlin (Kurt Vowinkel Verlag) 1925. S. 161 ff. (undatiert). – „Die unterzeichneten Körperschaften und Verbände als die zuständigen Vertretungen aller schaffenden Erwerbsstände und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung des Memelgebiets halten es (...) gestützt auf das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker für ihre Pflicht, der Besatzungsbehörde, der Botschafterkonferenz und der ganzen Welt gegenüber erneut folgendes zu erklären: Die überwältigende Mehrheit der memelländischen Bevölkerung trägt der klaren Bestimmung des § 99 des Versailler Vertrages (...) Rechnung, und hat den Wunsch, das memelländische Volkstum in einem selbständigen Staatsgebilde zu erhalten. Die bisherige Entwicklung (...) hat gezeigt, dass das Memelland finanziell und wirtschaftlich durchaus lebensfähig ist und reiche Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft bietet, wenn ihm der Schutz der Entente auch weiterhin erhalten bleibt. Wir verlangen einmütig und mit aller Entschiedenheit: 1. Bei Verhandlungen über das Memelgebiet gehört zu werden. 2. (...) die v o l l e S e l b s t ä n d i g k e i t des Memelgebiets. 3. Wir erbitten daher die alsbaldige Erklärung des Memelgebiets zu einem F r e i s t a a t unter dem Schutze eines Ententestaates. 4. Wir wollen politisch weder Litauen noch Polen zugeteilt werden, betonten aber andererseits unsere aufrichtige Bereitwilligkeit, mit allen Nachbarländern Handelsverträge abzuschließen (...). 5. Zu diesem Zweck ist die Schaffung eines F r e i h a f e n s (...) in Angriff genommen. Industrie, Schifffahrt, Handel, Landwirtschaft, Handwerk, Fischer und Arbeiterschaft erwarten mit aller Bestimmtheit Berücksichtigung dieser ihrer Wünsche. Unterzeichnet von den betreffenden Berufsorganisationen.“

auf Grund der völkischen und wirtschaftlichen Bande, die sie mit den litauischen Gebieten verbinden“ - als auch (und vor allem) mit wirtschaftlich-pragmatischen Argumenten (zugunsten der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der litauischen Republik, aber auch der Transitfreiheit für Polen) motiviert wurde - „...dass das Memelgebiet in wirtschaftlicher Hinsicht der natürliche Zugang zum Meere für die benachbarten litauischen und polnischen Gegenden ist, und dass es notwendig ist, zum Nutzen dieser Gegenden die Freiheit des Durchgangsverkehrs zu organisieren (...)“. Der von den lokalen (berufsständisch organisierten) Eliten des Memelgebiets erhobenen Forderung nach politischer Selbstbestimmung wurde im großen politischen Zusammenhang nicht Rechnung getragen, doch sah man „In Erwägung (...), dass das Memelgebiet und Litauen bis jetzt getrennt waren, und ferner einer verschiedenen Souveränität und Regierung unterstellt waren (...)“ immerhin die Notwendigkeit der „Einrichtung einer autonomen Regierung und einer Volksvertretung im Memelgebiet, sowie von Institutionen, welche mit der amtlichen Anerkennung der beiden in Gebrauch befindlichen Sprachen den Grundsatz der Gleichheit zwischen allen Einwohnern, welches auch ihre Rasse, ihre Sprache und ihre Religion sein möge, und die Gleichbehandlung zwischen Landesangehörigen und Ausländern hinsichtlich der Ausübung der bürgerlichen Rechte und hinsichtlich des Handels respektieren.“³ Dieser Gleichheitsgrundsatz, dies sei vorweggenommen, wurde von beiden Seiten – Litauern wie Deutschen – in der Folge regelmäßig und aufs Größte verletzt. Die Bedingungen der so erstmals umrissenen Memelautonomie fanden am 8.5.1924 in der (von einer Kommission des Völkerbundes vorbereiteten und vom Völkerbundsrat in seiner 23. Session angenommenen) zwischen Litauen einerseits und Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan – den sog. Signatarstaaten – andererseits ausgehandelten Memelkonvention ihre endgültige Form. Sie bildete bis zum 22.3.1939, als Ribbentrop der litauischen Regierung das Gebiet abpresste, die Geschäftsgrundlage zwischen dem Memelgebiet und der litauischen Zentralregierung. Das Gebiet erhielt gesetzgebende, richterliche, Verwaltungs- und finanzielle Autonomie. – Der litauische Staat sah sich nach der Inbesitznahme des Gebiets mit einer entschlossenen deutschnationalen Opposition konfrontiert, die in personeller Kontinuität bis in die ‚Freistaatsetappe‘ zurückreichte und deren bedeutendste Exponenten die deutsch-adligen Großgrundbesitzer des Gebiets (die 1925 die ‚Memelländische Landwirtschaftspartei‘ gründeten), aber auch ein deutsch-städtisches Bürgertum in Handel und Industrie (das seinen Ausdruck in der ‚Memelländischen Volkspartei‘ fand – beide Parteien stellten bis 1935 zusammen die Landtagsmehrheit) waren. Ein beträchtliches, die litauischen

³ s. Schierenberg S. 163 ff.; Texte der Memelkonvention und des Memelstatuts s. Schierenberg S. 176 ff.

sche Souveränität scharf ablehnendes Einflusspotential wurde so in den litauischen Staat inkorporiert. Dieses organisierte sich zunächst im ‚Memelländischen Heimatbund‘, der mit seiner Freistaats-Lobbyarbeit bei der französischen Besatzungsmacht ein offenes Ohr fand. Er wurde unter litauischer Herrschaft vom ‚Memelländischen Kulturbund‘ abgelöst, der die Verteilung deutscher Kriegsrenten im Gebiet kontrollierte und Stipendiaten u. a. als akademisch gebildeten Nachwuchs für die Autonomieverwaltung ins Reich sandte (in Memel galten deutsches Recht und deutsche Staatsprüfungen). Litauen seinerseits suchte seine Herrschafts-Legitimation in einer nationallitauischen Befreiungs- und Kulturmission, die einer unter deutscher Kultur- und Verwaltungsherrschaft weitgehend assimilierten litauischstämmigen Landbevölkerung die Möglichkeit zu einer eigenständigen Entwicklung versprach, welche zu einem (kulturellen, politischen etc.) Zusammenwachsen des Gebiets mit Großlitauen führen sollte. Allein um diese Landbevölkerung wurde der Nationalitätenkampf eigentlich geführt. Bei den sozial höher stehenden deutschen Schichten hatte die litauische Memelpolitik nichts zu gewinnen, während eine linksideologische Arbeiterbewegung sich im Polarisierungsprozess des Nationalitätenkampfes regelrecht auflöste. Der institutionalisiert-vorherrschende deutsche Einfluss fand seinen Ausdruck hingegen vor allem in den *Autonomieeinrichtungen* (Direktorium und Landtag), dem deutsch geprägten *Justiz- und Bildungssystem*, das letzteren unterstand und *ihnen loyal* war, einem von Stellen im Deutschen Reich gespeisten ‚*deutschnationalen Finanznetzwerk*‘ der führenden deutschen Großgrundbesitzer. Diese Gutsbesitzer sahen sich – wie unser Text zeigen wird – in der Tradition eines adeligen Vorkämpfertums für das Deutschtum im östlichen Grenzland. Vom Netzwerk dieser Gutsbesitzer und dem Kampf gegen dieses, der die politische Stärke der deutschen Grundbesitzer brechen sollte (und letztendlich auf die Autonomieeinrichtungen als Hindernis für Zentralisierung und Lituanisierung zielte) ist in dem hier in meiner (K.F.) Übersetzung vorgelegten Text, der von dem Ermittlungsrichter Matas Krygeris 1905-1997 verfassten *Anklageerhebung* in dem Ermittlungsverfahren gegen das Leitungspersonal der Krediteinrichtungen ‚Kreditverband‘ und ‚Agraria‘ der deutschen, politisch führenden Gutsbesitzerschicht (s. LCVA F. 923 Ap. 1 B. 848, S. 152 - 224) die Rede. Der Inhalt des Textes ist zwar der litauischen Geschichtswissenschaft prinzipiell bekannt, wurde aber bisher nicht im Volltext publiziert. In deutscher Sprache lag diese interessante Quelle bisher nicht vor, wenn auch die größten Sachverhalte eines reichsdeutschen finanziellen Engagements im Memelgebiet als solche nicht neu sind. Hier geht es hingegen um Details, um Strukturen, Namen, Summen, personelle Kontinuitäten. Herausgearbeitet werden von Krygeris folgende Zusammenhänge, deren Bedeutung noch über die Memeler politische Landschaft hinausweist: Mit der Perspektive einer späteren Revision der neuen Ostgrenzen bildeten sich in der Weimarer Republik Struk-

turen mit dem Ziel einer Stabilisierung des Deutschtums in den verlorenen Gebieten heraus. Diese Strukturen genießen zumindest das Wohlwollen des deutschen Staates und sind um 1925 voll entwickelt: Sie konzentrieren sich auf den Finanzbedarf eines zu erhaltenden deutschen Kulturzusammenhangs, den fremde Nationalstaaten nicht decken. *Wirtschaftliche Selbstbehauptung* der Volksdeutschen und deutsche *Organe der öffentlichen Meinung* (Presseorgane), aber auch der *Erhalt einer gewachsenen deutschen Sozialstruktur* (mit bodenständigem Bauerntum) sind Voraussetzungen für einen deutschen *Kulturzusammenhang*, der seine Bedürfnisse in eigenen politischen Entscheidungsorganen formuliert und zufrieden stellt, sich gegen fremden Assimilationsdruck behaupten kann. Die schwindende wirtschaftliche Basis des deutschen Kulturzusammenhangs wird durch Finanzspritzen aus einem System von staatlich-deutscher Mutterbank (Rentenbank-Kreditanstalt) und zwischengeschalteten ‚Verteilungsbanken‘ im Reich oder im Ausland (Bank der Ostpreußischen Landschaft bzw. N.V. Hollandsche Buitenlandbank) substituiert, aber auch verschleiert. Zur Vermittlung zwischen den politischen Bedürfnissen der Kreditgeber und den finanziellen bzw. politischen Bedürfnissen der Kreditnehmer wurden besondere Vermittlungs- bzw. Verwaltungsgesellschaften mit Kontrollfunktion und mobilen Finanzexperten eingeschaltet (Vereinigte Finanzkontoren Ossa und Pontus, Berlin). Eine spezielle Presseholding (Concordia) unterstützte bzw. überwachte hingegen die deutsche Auslandspresse. Zentrale Vermittlergestalt der durch auffallende personelle Kontinuitäten gekennzeichneten deutsch-nationalen Förderung des Auslandsdeutschtums ist der Berliner Bürgermeister Dr. Max Winkler, der sowohl ‚Concordia‘, ‚Pontus‘ und ‚Ossa‘ kontrolliert, als auch Einfluss auf die ‚Buitenlandbank‘ ausübt. Politisch, so Krygeris, steht hinter dem Winkler-Imperium das Auswärtige Amt, finanziell - der deutsche Staat in Gestalt der Rentenbank. Motivation ist Revanchismus. Vor Ort im Memelgebiet bildeten lokale deutsche Eliten (die Gutsbesitzer und politischen „alten Führer“) – zum eigenen Vorteil und aus eigener Initiative – ein strikt kontrolliertes *Verteilungs(Privilegien)netz*, indem sie sich gegen bäuerliche Basisorganisationen (Raiffeisen) durchsetzten (politische Beziehungen spielen ließen). Die wirtschaftliche Kontrolle dient, so Krygeris, ausschließlich der politischen Herrschaftsausübung. Die so bewirkte politische (und kulturelle) Loyalität beruhte auf den Prinzipien Privileg und Kontrolle; der Kreditgeber diktierte die Bedingungen. Dass diese finanziell-politischen Aktivitäten litauische Gesetze verletzen, wurde im deutsch-nationalen Spiel großzügig übersehen und dies verdichtet sich auf der deutsch-nationalen Weste zu einem hässlichen Fleck – was die litauische Historiografie verständlicherweise nicht übersehen hat. Andererseits ist, wie der folgende Text zeigen wird, nicht zu übersehen, dass sowohl die litauischen Bestimmungen der Bankenaufsicht als auch – wichtiger! - die Staatsschutz-Gesetzgebung (das litauische ‚Gesetz zum Schutz

von Volk und Staat' vom 8.2.1934) Straftatbestände genau um diesen vorgefundenen Sachverhalt herum konstruierten. Welches Ausmaß an Empörung über die eindeutig illegale deutschnationale Kreditpraxis man empfinden wird, steht in direktem Zusammenhang mit der Bewertung des Prozesses, wie Litauen an das Memelgebiet kam. In jedem Falle liegt hier eine fundamentale Quelle (und faszinierende Lektüre) vor, die auch deutschen Historikern zur Verfügung stehen sollte. Zweierlei ist zu dieser Quelle noch zu bemerken. Erstens: Der Ermittlungsrichter Krygeris war ein in Fragen der deutschnationalen und schließlich nationalsozialistischer deutscher Opposition hochqualifizierter und höchst erfahrener Mann – zusammen mit den Kollegen Nezabitauskis und Bulota hatte Krygeris höchstselbst die Ermittlungen für den öffentlichen Neumann-Sass-Prozess (mit 126 Angeklagten) vor dem Militärgerichtshof in Kaunas (14.12.1934 – 26.3.1935) gegen die memelländischen NS-Parteien durchgeführt, und die politischen Führer des Memelgebiets waren ihm alte Bekannte. Seine Anklageschrift bildet daher die Summe litauischen Behördenwissens über die memelländisch-deutschnationale Opposition und stützt sich mit Sicherheit auch auf Erkenntnisse des litauischen Staatsschutzes. Die Finanzbeziehungen zum Reich bilden innerhalb dieser Opposition einen Komplex, der einerseits (im NS-Prozess) nicht systematisch aufgearbeitet war, andererseits die Chance eröffnete, die Autonomieorgane des Memelgebiets über ihre in Straftaten verwickelten Führer systematisch zu diskreditieren. Dieser ‚politische Auftrag‘ des Verfahrens entsprach innenpolitischen – in der radikalen Politik des Memelgouverneurs Navakas, die am 28.6.1934 im Sturz des deutschen Direktoriums Schreiber gipfelte, veranschaulichten – Forderungen, aber auch außenpolitisch-diplomatischen – der Selbstdarstellung Litauens gegenüber den Signatarmächten. In diesen Zusammenhang gehört auch die Notwendigkeit der Darstellung eines deutsch-destruktiven Kontinuums in Litauen, das Krygeris bis auf die Besatzung in der Zeit des Ersten Weltkriegs zurückführt: Litauen sah seine Interessen fest in der Ordnung von Versailles verortet, deren Beschützer nun einmal die Ententemächte waren, die man entsprechend motivieren musste. Und zweitens: Der Vorwurf an die deutschnationalen „alten Führer“, für den Nationalsozialismus Einflusstrukturen bereitgestellt und sie ihm bereitwillig überlassen zu haben, wirkt aus heutiger deutscher Sicht besonders schwer. Es muss aber beachtet werden, dass die memelländischen Gutsbesitzer 1933 ohne ein Arrangement mit der erstarken NS-Bewegung als *homines politici* sang- und klanglos untergegangen wären, die liebgeworden-gewohnten Fäden ausnahmslos hätten aus der Hand geben müssen. Der Nationalsozialismus, das muss klar gesagt werden, erschien 1933 als *die* potente Zukunft schaffende Kraft in der deutschen Politik, die das Gebiet dem Reich zurückbringen konnte, und nach den Methoden fragte man da nicht viel. Stattdessen packten die „alten Führer“ den Stier lieber bei den

Hörnern, mischten im politischen Spiel weiterhin mit - und kompromittierten sich ordentlich in den Augen der Nachwelt als NS-hörig. Bis auf August Baldzus, der die ‚Einheitsliste‘ in die Memelwahlen des Jahres 1935 führt, verliert sich die Spur der ‚alten Führer‘ nach der Jahresmitte 1935 in den Unterlagen des Staatsschutzes, und sie spielen in der Memelpolitik keine Rolle mehr. Insbesondere Baldzus‘ weitere Karriere gibt Rätsel auf. *Keines* der zahlreich durchgearbeiteten Dokumente des Staatsschutzes bot – unbefriedigender Weise - bisher Klärung, so dass ich Konkretes schuldig bleiben muss. Nun aber soll Krygeris sprechen:

BESCHLUSS

Der Ermittlungsrichter des Bezirks Šiauliai, M. K r y g e r i s, hat am 22. Mai 1935 nach Prüfung der ‚Kreditverband‘- und der ‚Agraria‘-Akte festgestellt: Der zu der ‚Inspektion für die der öffentlichen Rechnungslegung unterliegenden Behörden und Unternehmen‘ hinzukommandierte Referent des Finanzdepartements, Jonas Leonas, und der Inspektor, Antanas Vadopalas, von der ‚Inspektion für die der öffentlichen Rechnungslegung unterliegenden Behörden und Unternehmen‘⁴ haben in Ausführung einer Anordnung der genannten Inspektion und gemäß dem ‚Gesetz über die Aufsicht der der öffentlichen Rechnungslegung unterliegenden Unternehmen‘ vom 7. bis zum 21. Juni 1934⁵

⁴ Die litauische Bankenaufsicht. Gemäß Art. 5 und 7 des Memelstatuts war sie zuständig.

⁵ Diese Buchprüfung gehört in den weiteren Kontext einer Welle von durch das litauische ‚Gesetz zum Schutz von Volk und Staat‘ (8.2.1934 – s. *Annaberger Annalen* Nr. 11/2003, S. 92 – 98) eingeleiteten Maßnahmen gegen deutsch-nationalsozialistische und deutschnationale Aktivitäten im Memelgebiet, die in den öffentlichen Neumann-Sass-Prozess in Kaunas (14.12.1934 – 26.3.1935) mündeten (letztendlich aber in den Wahlen zum V. Memelländischen Landtag vom 29.9.1935 scheiterten). Beispielsweise waren im Mai 1934 in Vorbereitung des Neumann-Sass-Prozesses Schulen im Memelgebiet auf ‚staatsfeindliches Material‘ hin durchsucht worden. Die von Gouverneur Dr. Jonas Navakas dirigierte Repressionswelle richtete sich – neben der unmittelbaren Zerschlagung der NS-Parteien CSA und SVG – vor allem gegen die institutionellen Stützen des Deutschnationalismus im Gebiet, die zu Recht als Hindernisse bei der Lituanisierung des Gebiets galten (vgl. ‚Pro Memoria‘ des ehem. Litauischen Landesdirektors Endrius Borchertas vom 20.5.1932 – s. LCVA F. 923 Ap. 1 B. 849, S. 123 – 141), nämlich: 1) Die Autonomieeinrichtungen (Direktorium und Landtag), 2) Das deutsch geprägte Justiz- und Bildungssystem, 3) Das ‚deutschnationale Finanznetzwerk‘ der führenden deutschen Grundbesitzer, deren wirtschaftlicher und politischer Einfluss vor den Landtagswahlen 1935 gebrochen werden sollte.

bei der Memeler Landschaftsbank AG eine Revision durchgeführt. Im Verlauf dieser Revision⁶ stellten die Revisoren fest, dass in den Räumlichkeiten der Landschaftsbank in Memel noch eine weitere Kreditanstalt – der ‚Kreditverband Memelländischer Grundbesitzer, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung‘ / Kreditverband / - tätig ist, über deren Existenz die Inspektion zuvor keinerlei Kenntnis hatte.⁷ Die Revisoren benachrichtigten sogleich die Inspektion und erhielten von dieser den Auftrag, auch beim Kreditverband eine Revision durchzuführen. – Zu Beginn der Revision des Kreditverbandes stellte sich heraus, dass in den Räumlichkeiten der Landschaftsbank zusammen mit dem Kreditverband noch eine zweite Kreditanstalt arbeitet und Kreditoperationen durchführt, die sich ‚Agraria Kreditgesellschaft mit beschränkter Haftung Tilsit‘ / Agraria / nennt, von deren Tätigkeit die Inspektion ebenfalls keine Kenntnis hatte. Die Revisoren Leonas und Vadopalas führten auch in dieser Kreditanstalt eine Revision durch. – Aus der von den erwähnten Revisoren durchgeführten Revision beim Kreditverband (6.-28.7.1934) und bei der Agraria (9.7.-2.8.1934), über die gesonderte Buchprüfungsprotokolle erstellt wurden, und aus der Ermittlung (*tardymas*) gegen die Krediteinrichtungen ergab sich Folgendes. (...) Im Memelgebiet sind schon seit langem und noch heute die Raiffeisen-Sparkassen aktiv, deren Netz das gesamte Gebiet umfasst. Diese Raiffeisen-Kooperations-Kleinbanken⁸ gibt es in zahlreichen Kirchdörfern des Gebiets, und ihr Zweck besteht darin, den Bauern des Memelgebiets kurzfristige Kredite zu gewähren. Ihre Zentralinstitution ist die Raiffeisenbank in Memel. Die Raiffeisen-Organisation des Memelgebiets gehört zum ostpreußischen Raiffeisen-Genossenschaftsbund, dessen Hauptsitz sich in Königsberg befindet und dessen Direktor Prof. Huguenin ist. Die Raiffeisen-Organisation des Memelgebiets war früher, und noch einige Zeit lang, nachdem das Memelgebiet an Litauen gekommen war, keine politische, sondern eine reine Wirtschaftsorganisation, in der sich ohne Ausnahme alle Bauern des Gebiets zusammenschlossen. – 1920 gründete sich im Memelgebiet eine zweite unpolitische Organisation, das so genannte *Laukininkų Susivienijimas*.⁹ Diese

Vorliegender Text betrifft Aspekt 3), der im Neumann-Sass-Prozess nicht aufgearbeitet werden konnte.

⁶ Buchprüfung.

⁷ Von Überraschung kann nicht die Rede sein, da bereits am 20.5.1932 der Vorsitzende der litauischen Landtagsfraktion, Endrius Borchertas, das litauische Ministerkabinett (dem der Finanzminister selbstverständlich angehörte) über das Wirken eines deutschnationalen Kreditnetzwerks unterrichtet hatte.

⁸ Genossenschaftsbanken.

⁹ D.h. ‚Vereinigung der *laukininkai*‘ - *Laukininkai* (‚Feldbauern‘) sind die litauischstämmigen lokalen Kleinbauern (von lit. *laukas* – Feld). Der Begriff ist als Gegensatz zu den (deutschen) Gutsbesitzern – *dvarininkai* – zu verstehen. Die im

Bauernorganisation hatte sich zum Ziel gesetzt, die wirtschaftlichen Interessen der Bauern zu vertreten, und umfasste ebenfalls alle Bauern des Memelgebiets. Das *L.S.* hatte über 18000 Mitglieder. Die Bauern des Memelgebiets, in ihrer Mehrheit Litauer,¹⁰ hatten sich als Vorsitzende des *L.S.* die bekannten litauischen Aktivisten (*veikėjai*) Dovas Laseris, und später Dovas Ašmutaitis und andere gewählt, und die politischen Zielsetzungen der Deutschnationalisten (*vokietininkai*), welche damals von den Gutsherren Konrad von Dressler, James Gubba¹¹ und anderen unterstützt wurden, fanden im *L.S.* keinerlei Zustimmung.

litauisch-deutschen Nationalitätenkampf von beiden Seiten beanspruchte bzw. in einem permanenten Wahlkampf umworbene Urbevölkerung der ‚Memelländer‘ bzw. ‚*lietuvininkai*‘ (als ethnische Gruppe) ist mit diesen *laukininkai* (als soziale Gruppe) weitgehend identisch, von denen (*laukininkai*) bspw. Borchertas (‚Pro Memoria‘) sagt, sie seien konservative, ihrem Volkstum entfremdete Litauer, redeten litauisch aber dächten deutsch etc.. Weitere Kernbegriffe: *vokietis* – ‚Deutscher‘, *vokietininkas* – ‚Deutschtümpler‘ (auch nichtdeutscher Abstammung), ‚deutscher Parteigänger‘, ‚Deutschnationalist‘.

¹⁰ In der zeitgenössischen litauischen politischen Dokumentation war es (wie teilweise noch in der modernen Historiografie) zwecks Legitimierung zentralstaatlicher Lituanisierungspolitik üblich, auch diejenigen Personen, die sich in Volkszählungen (bis Mitte der 20er Jahre) als ‚Memelländer‘ bezeichneten (knapp 30% - diese waren zu ihrem litauischen Volkstum ‚zurückzuführen‘), aufgrund ihrer Abstammung mit den ‚bekennenden Litauern‘ zusammenzufassen und so für das Gebiet eine litauische Bevölkerungsmehrheit gegenüber einer starken deutschen Minderheit (ca. 41%) zu konstruieren. Politisch orientierte sich die Gebietsbevölkerung allerdings am Deutschtum – von den 29 Sitzen des memelländischen Landtags errangen die deutschen Parteien mit Stimmenanteilen um die 80% üblicherweise 24, die litauischen 5. Eine sehr hilfreiche Aufstellung von Wahlergebnissen, Daten der Memelpolitik, Amtszeiten etc. s. <http://www.gonschior.de/weimar/Memelgebiet>. Ein Referendum betreffs der staatlichen Zugehörigkeit wurde der Bevölkerung in dem nach Art. 99 Versailler Vertrag vom Deutschen Reich abgetrennten Gebiet sowohl von der französischen Besatzungsmacht (Völkerbundsmandat) als auch vom litauischen Staat, der das Gebiet nach einem inszenierten ‚Volksaufstand‘ (10.-19.1.1923) annektierte, verweigert. Die Ententemächte erkannten Litauens Souveränität über Memel an und regulierten als Signatarmächte in der Memelkonvention (8.5.1924) zusammen mit Litauen die Modalitäten dieser Souveränität. Das Gebiet erhielt eine weitgehende, international garantierte, Lokalautonomie mit eigenem Lokalparlament (Landtag) und eigener Lokalregierung (Landesdirektorium).

¹¹ Der Vorsitzende des memelländischen Landtages bzw. der Vorsitzende der Memelländischen Landwirtschaftspartei (MLP). Ersterer wurde im Neumann-Sass-Prozess als Landesverräter verurteilt und aus dem politischen Verkehr gezogen. Die MLP wurde zusammen mit den beiden memelländischen NS-Parteien Christlich-Sozialistische Arbeitsgemeinschaft und Sozialistische Volksgemeinschaft am 13.7.1934 als staatsfeindlich verboten. – Der Widerspruch, wie der nach seinen Zielsetzungen im

Konrad von Dressler beteiligte sich ebenfalls am *L.S.* und wurde 1920 zum Stellvertreter des *L.S.*-Vorsitzenden Dovas Laseris gewählt. – Zur selben Zeit, um 1920, hatten die Deutschnationalisten im Memelgebiet ihre eigene Organisation, die ‚Heimatbund‘ hieß. Das Ziel des Heimatbundes war eine antilitauische Aktion im Gebiet, die Hetze gegen die Litauer und eine Propaganda für den Anschluss des Memelgebiets an Deutschland. Vorsitzender des Heimatbundes war der Direktor des Mädchengymnasiums Orłowski, und auch der Reserveoffizier der deutschen Armee James Gubba arbeitete aktiv mit. Er war Mitglied der Leitung der Memeler Sektion des Heimatbundes und Mitglied von dessen Exekutivkomitee.¹² Der Heimatbund hatte in Berlin seinen Repräsentanten Semmel, der der Inspirator der Heimatbund-Aktivitäten war, und durch dessen Hände große Summen für den Heimatbund nach Memel gingen. Der Heimatbund, der im Memelgebiet die Aktion der Deutschnationalisten betrieb, kümmerte sich auch um das Deutschtum in Großlitauen. Beispielsweise richtete die ‚Union der deutschen Katholiken‘ 1920 ein Schreiben an den Heimatbund mit der Bitte um Informationen über die Möglichkeiten einer Kolonisation in Litauen. Angeblich „träumen die alten deutschen Soldaten noch immer von Litauen, wo sie während des Krieges für einige Jahre in der Etappe waren, sich an die Leute gewöhnt haben, und jetzt würden sie gerne zurückkehren, um dort

L.S. angeblich unbeliebte von Dressler zu dessen Vizevorsitzenden gewählt wurde, bleibt ungelöst.

¹² Hier deutet sich bereits der *politische* Charakter des anstehenden Strafverfahrens an, der sich gegen die Führer eines ‚deutschnationalen Komplexes‘ richtet. Gubba beispielsweise als *Bankier* wegen des Verstoßes gegen das Bankenaufsichtsgesetz, vor allem aber das litauische ‚Gesetz zum Schutz von Volk und Staat‘ vom 8.2.1934 (*Vyriausybės Žinios* Nr. 437) strafrechtlich zu belangen war opportun, da er als quasi-permanentes Mitglied des Memelländischen Landtages nach Art. 15 des Memelstatuts (Teil I. der Memelkonvention) Immunität genoss: „Kein Mitglied des Landtags oder des Wirtschaftsrats des Memelgebiets darf während einer Session in irgendeinem Teil des litauischen Gebiets wegen irgendeiner Handlung oder einer von ihm in Erfüllung seiner Pflichten geäußerten Meinung als ein solcher Abgeordneter zum Gegenstand eines Strafverfahrens gemacht oder auf irgendeine Weise belästigt werden. Kein Mitglied des Landtags darf während einer Session ohne die Einwilligung des Landtags verhaftet oder verfolgt werden, es sei denn, dass er auf frischer Tat ergriffen wird. Eine entsprechende Immunität sollen die Mitglieder des Wirtschaftsrates während der Session dieser Körperschaft genießen.“ Art. 14 der Memelkonvention (das relevante Mantelabkommen bestehend aus I. Anhang: Statut des Memelgebiets, II. Anhang: Der Memeler Hafen, III. Transitverkehr. Zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan einerseits und Litauen am 8.5.1924 geschlossen, vom Völkerbundsrat in seiner 23. Session in Genf angenommen) lautet: „Kein Bürger des Memelgebiets darf wegen seiner politischen Haltung zwischen dem 28. Juli 1914 und der Ratifikation dieses Übereinkommens durch Litauen beunruhigt oder belästigt werden.“

zu leben.“¹³ Natürlich gab der Heimatbund in dieser und ähnlichen Fragen gerne die nötigen Informationen nach Deutschland weiter. – Als das Memelgebiet 1923 an Litauen kam, löste sich der Heimatbund auf und im selben Jahr gründete sein Vorsitzender Orłowski nach Beratungen mit dem deutschen Reserveoffizier und Gutsherrn Heinrich Conrad anstelle des Heimatbundes den ‚Memelländischen Kulturbund‘. Der Kulturbund hatte dieselben Ziele wie der Heimatbund und setzte im Gebiet die vom Heimatbund begonnene antilitauische Aktion der Deutschnationalisten fort. Vorsitzender des Kulturbundes war die ganze Zeit über bis in den Oktober 1933 dessen Gründer, der Gutsherr Conrad, und seit Herbst 1933 ist der Pfarrer Põdszus Vorsitzender. Der Kulturbund wie auch der Heimatbund wurden über den gesamten Zeitraum mit Mitteln aus Deutschland unterstützt, die durch Conrads Hände gingen.¹⁴ Insbesondere erhielt der Kulturbund regelmäßig große Summen durch die deutsche Organisation ‚Verein für das Deutschtum im Auslande‘, welche nach der Machtergreifung der deutschen Nationalsozialisten zur einer reinen NS-Organisation wurde und in ‚Volksbund für das Deutschtum im Auslande‘ umbenannt wurde.¹⁵

¹³ Über dieses Schreiben, konkrete Fragestellung, seinen Ton etc. ist d. A. leider nichts weiter bekannt. Interessant ist, dass die Wurzeln des östlichen ‚Lebensraum-Topos‘ offenbar in die Erfahrungen der deutschen Besatzung während des WK I zurückreichen. Bereits für das Jahr 1920 wird dem Heimatbund eine im Grunde landesverräterische Tätigkeit zugeschrieben. Dass Gubba, Conrad etc. als deutsche Reserveoffiziere bezeichnet werden, soll natürlich eine ‚Gesinnungstradition‘ zur deutschen Besatzungsherrschaft demonstrieren.

¹⁴ Der Kulturbund zahlte im Memelgebiet aufgrund zwischenstaatlicher Abmachungen auch die ‚Differenzbeträge‘ der Kriegsinvaliden-Pensionen (60%-100% Kriegsversehrte) bis zur im Reichsversorgungsgesetz vorgesehenen Höhe aus, die freilich aus dem Reich zugeschossen wurden (s. LCVA F. 378 Ap. 12 B. 483 – ‚Nachweisung über gezahlte Differenzbeträge...‘). Die Vermischung von legalen mit illegalen Aktivitäten zur Kontinuität (seit WK I) eines ‚deutsch-landesverräterischen Gesinnungs-Komplexes‘ ist für die politischen Verfahren der Jahre 1934 -35 allerdings charakteristisch. Alle von Krygeris angeführten Fakten wird man unter der Grundfragestellung betrachten müssen – ob und welcher *Straftatbestand* damit erfüllt wurde. Wenn die Pensions- und Gehalts-Zuschüsse bzw. die deutsche Finanzierung der litauendeutschen Presse vor dem litauischen ‚Gesetz zum Schutz von Volk und Staat‘ (8.2.1934) ungesetzlich gewesen sein sollten, fragt man sich, warum nicht früher dagegen vorgegangen wurde. Im Memelgebiet war der litauische Staatsschutz – freilich ohne Gesetzesgrundlage und als Grenzpolizei getarnt – spätestens seit dem August 1924 aktiv gewesen, und die erwähnten Aktivitäten waren ihm wohlbekannt. Die Pensions- bzw. Gehaltszuschüsse müssen aufgrund einer zwischenstaatlichen Vereinbarung gezahlt worden sein, sonst wäre die Praxis unmöglich toleriert worden.

¹⁵ Seit dem 27.10.1933 befanden sich „sämtliche Fragen des Deutschtums jenseits der Grenzen“ – von einem ‚Volksdeutschen Rat‘ koordiniert – unter der direkten Aufsicht des Führer-Stellvertreters Rudolf Hess (, Verfügung. 1/ Sämtliche Fragen des

Außerdem hielt der Kulturbund den Kontakt mit der Organisation ‚Memelbund‘ in Deutschland, deren Ziel darin besteht, Deutschland das Memelgebiet zurückzugeben. Welche Ziele der Kulturbund im Memelgebiet hat, charakterisiert ein bei Conrad gefundenes Referat, das in Deutschland bei Treffen der Memelbund-Gruppen in Düsseldorf, Duisburg, Oberhausen und Essen verlesen wurde.¹⁶ Auf den Seiten 104 – 105 dieses Referats heißt es: „In Wirklichkeit wollten die Memelländer zu keiner Zeit aus eigenem Willen weder eine französische, polnische oder gar litauische Herrschaft. Auch heute wollen sie nichts von einer Inkorporierung in den litauischen Staat hören und weichen lediglich der Gewalt. Sie wollen, heute wie auch früher, zu Deutschland zurückkehren und das ist ihr Lebensziel, das allein ihrem natürlichen Interesse entspricht. Die Memelländer erkennen keinerlei polnische oder litauische Zugehörigkeit an, und (wollen) nur zurück zu ihrer Mutter Deutschland, der sie gegen ihren Willen entrissen wurden.“¹⁷ Weiter heißt es auf den Seiten 118 – 119: „Wir

Deutschtums jenseits der Grenzen...’ - s. LCVA F. 648 Ap. 1 B. 50, S. 277). Der Volksbund („überstaatlich, volksdeutsch und eigenständig“) war bewusst keine offizielle Parteistelle, wurde jedoch als Transmissionsriemen „des über Staatsgrenzen hinwegreichenden deutschen Volksgedankens“ eingesetzt: „Das neue Reich, das sich nach dem Willen des Führers aus dem Volkstum heraus rechtfertigt (...) hat auch dem VDA weitesten und freiesten Raum für seine Arbeit der Bindung und der Bildung der Volksgemeinschaft gewährt. Der Stellvertreter des Führers und viele hervorragende Persönlichkeiten der Bewegung sind Auslandsdeutsche (...). Daher haben sie auch aus besonderem Vertrauen dem Volksbund eine besondere vom Staat und der NSDAP völlig unabhängige Stellung gewährt. (...) Die Auslandsdeutschen sind vollberechtigte und gleich wertvolle Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft; die auslandsdeutschen Volksgruppen haben, jede an ihrem Platz und der Eigenart ihrer Umgebung angepasst, in Loyalität zu ihrem Staatsvolke wichtige Aufgaben des gesamtdeutschen Volkskörpers zu erfüllen (...)“. Rundschreiben des VDA-Hauptreferenten für Übersee Dr. Johannes W. Mannhardt (LCVA F. 648 Ap. 1 B. 50, S. 273 f.). Der VDA wurde in seinen Aufgaben vom Deutschen Auslandsinstitut unterstützt (während für im Ausland lebende reichsdeutsche Parteigenossen der ‚Gau Ausland der NSDAP‘ in Hamburg zuständig war). – Litauen unterhielt übrigens ebenfalls einen vom Tautininkai-Regime protegierten ‚Verein zur Förderung der Auslandslitauer‘ (*Užsienių lietuviams remti draugija*), der den kulturellen Zusammenhalt litauischer Auswanderer-Gemeinschaften in Argentinien, USA, Kanada etc. sicherstellen sollte und dafür in Litauen Spenden sammelte. Allerdings war das autoritär-chauvinistische Tautininkai-Regime in der US-litauischen Gemeinde keineswegs uneingeschränkt beliebt.

¹⁶ Eine auffallende Häufung von Ruhrgebiets-Städten - waren etwa Memelländer als Montanarbeiter im Revier zahlreich? Wann das Referat gehalten wurde bleibt unklar.

¹⁷ Die Ergebnisse zu den Landtagen des Memelgebiets in der Zwischenkriegszeit sprachen eine ähnliche Sprache. Ein Referendum betreffs der staatlichen Zugehörigkeit des Gebiets wurde der Bevölkerung (im Gegensatz zu anderen nach § 99 des Versailler Vertrages abgetrennten Gebieten) bekanntermaßen nicht gewährt.

schauen mit Dankbarkeit und Freude auf die große und ständig wachsende Zahl der Freunde unserer Heimat im Reich, die ihre letzten Kräfte opfern werden, damit unsere Heimat durch eine sicher kommende Revision des Versailler Vertrages aus den Fesseln der Fremdherrschaft befreit wird und dass das uns angetane Unrecht berichtigt wird.“ Auf den Seiten 99 – 100 desselben Referats heißt es: „Ständig wächst der Groll (*apmaudas*) gegen die Bedrücker, der am meisten wegen der zwangsweise Einführung der litauischen Sprache in den Schulen und wegen der ins Auge gefassten Verfolgung der evangelischen Kirche gewachsen ist. Er hat die Einwohner mehr denn je dazu gezwungen, in den Kulturbund¹⁸ einzutreten, der von dem Gutsherrn Conrad (Althof, Memel) geleitet wird, dessen Namen einmal in der Geschichte des Memelgebiets zusammen mit Orłowski an die erste Stelle gesetzt werden wird. Im Kulturbund hat der Heimatbund seine Wiedergeburt erfahren“. - 1925 wurden die ersten Wahlen in den Landtag des Memelgebiets ausgeschrieben. Die Deutschnationalisten taten sich zusammen (*sukruto*), um an den Wahlen teilzunehmen. Von Dressler gelang es nicht, das *L.S.* für die Ziele der Deutschnationalisten einzuspannen, und das *L.S.* erklärte, auch weiterhin eine unpolitische Bauernorganisation bleiben zu wollen. 1925 stellte das *L.S.* zu den Landtagswahlen überhaupt keine Kandidatenliste auf. Daraufhin gründeten dieselben Kulturbund-Führer die so genannte ‚Landwirtschaftspartei‘, deren Vorsitzender von ihrer Gründung bis zur Schließung dieser Partei am 13.7.1934 der Gutsherr Conrad war. Conrad war gleichzeitig Vorsitzender des Kulturbundes und Vorsitzender der Landwirtschaftspartei. Er hielt sich das Büro dieser Partei im selben Büro wie das Büro des Kulturbundes, und diese beiden Organisationen blieben die gesamte Zeit über nicht voneinander abgeteilt in denselben Räumen¹⁹ und wurden bis zum Herbst 1933 von demselben Conrad geleitet. Conrad verwendete die aus Deutschland erhaltenen Geldsummen nicht nur für den Kulturbund, sondern auch für die Landwirtschaftspartei und ihre Propaganda, und beide Organisationen hatten einen gemeinsamen Kassierer. – Die Landwirtschaftspartei, einmal gegründet, suchte aus dem *L.S.* möglichst viele Bauern in ihrer

¹⁸ Insbesondere spendeten für den Kulturbund die wichtigsten Handels- und Industrieunternehmen in Memel (s. LCVA F. 378 Ap. 12 B. 483).

¹⁹ Damit wird natürlich ein staatsfeindlicher Zusammenhang mit der am 13.7.1934 verbotenen MLP impliziert, was erklärt, dass nach dem Mai 1934 keine Listen von pensionsberechtigten Kriegsversehrten bzw. keine Listen von ins Reich zum Studium geschickten Stipendiaten aus dem Gebiet mehr gefunden werden. Diese Ämter-Personalunion machte das deutschnationale Institutionengefüge für den litauischen Staat sehr angreifbar. Die Darstellung, es habe sich hier quasi um eine Privatfehde einer Clique deutschnationaler Gutsbesitzer unter der Maske wechselnder Institutionen mit dem litauischen Staat gehandelt, ist allerdings überzogen – gegen sie sprechen letztendlich die von der LWP erzielten Wahlergebnisse.

Reihen zu ziehen und lockte die Bauern in ihrer Wahlkampfagitatio mit verschiedenen wirtschaftlichen Versprechungen. In den ersten Landtag des Memelgebiets wurden von den Kandidaten der Landwirtschaftspartei die Gutsherren Heinrich Conrad, James Gubba, Konrad von Dresler, August Baldszus und andere gewählt, und diese genannten Gutsherren hatten in der LWP²⁰ die ganze Zeit über eine leitende Rolle inne. – 1925 sahen dieselben leitenden Personen der LWP – die Gutsherren Conrad, von Dressler und Gubba, in der Hoffnung, aus Deutschland zu politischen Zielen für die Gutsbesitzer langfristige Hypothekenkredite zu bekommen – vor, für diese Hypothekenkredit-Aktion im Memelgebiet als Kreditunion der Gutsbesitzer den Kreditverband zu gründen. Den Deutschnationalisten war genau dies sehr wichtig: mit den aus Deutschland erhaltenen Krediten die Gutsbesitzer des Memelgebiets an Deutschland zu binden. Diese lebten zwischen der Mehrheit litauischer Einwohner²¹ im Memelgebiet und zwischen den litauischen Bauern und waren den Zielen der Deutschnationalisten günstig gesonnen. Die zwischen den litauischen Dörfern gelegenen Güter sollten zu Zentren der deutschen Propaganda gemacht werden. Diese Rolle der memelländischen Gutsbesitzer²² erwähnt auch der /später in den Kreditverband-Vorstand gewählte/ Gutsherr Behrend von Schulze in seinem Brief an Gubba, der in der Korrespondenz des Kreditverbandes gefunden wurde. In diesem Brief schreibt von Schulze: „Herr Gubba, es ist mit zuwider, dass ich Ihnen diesen Brief schreiben muss, aber ich stehe machtlos vor dieser wirtschaftlichen Situation. Ich fühle, dass unsere alte Heimat nicht zulassen kann und wird, dass wir Deutsche hier lautlos untergehen. Wenn Deutschland uns nicht ernsthaft helfen will, dann soll es uns klar sagen, dass unser Schicksal hier für Deutschland überhaupt nicht wichtig ist. Dann verlasse ich den Ort, der meiner Familie hier etwa 100 Jahre lang gehört hat, und dies ist der letzte (Hof)

²⁰ Landwirtschaftspartei – auch als MLP (Memell. Lwp.) bekannt.

²¹ Nach Abstammung trifft dies gewiss zu, jedoch keinesfalls nach kultureller oder gar politischer Orientierung.

²² Natürlich waren sie als politischer und wirtschaftlicher Faktor ein Hindernis für alle staatlichen Lituanisierungsbestrebungen im Gebiet, doch waren sie vor der 1923 in Litauen begonnenen Landreform (die für die Veteranen des Unabhängigkeitskrieges Bauernland schaffen sollte, aber nicht zuletzt auch gegen die sozialen Positionen der ‚fremdvölkischen‘ adelig-polnischen Gutsbesitzer gerichtet war) durch Art. 32 des Memelstatuts geschützt: „Das Privateigentum soll unangetastet bleiben. Enteignung soll nur stattfinden aus Gründen des öffentlichen Nutzens (dies wurde im Memelgebiet 1937 mit einem Enteignungs-Sondergesetz zugunsten der litauischen Armee versucht – d. A.) und gegen Bezahlung einer angemessenen Entschädigung im Voraus, in Übereinstimmung mit den Gesetzen und in der Voraussetzung, dass die Bestimmungen des vorliegenden Statuts nicht verletzt werden. Das Recht von Gesellschaften und Vereinigungen einschließlich religiöser und Wohltätigkeitsorganisationen auf eigenes Besitztum soll grundsätzlich anerkannt werden.“

von vielen, die die Sippe der v. Schulze in ihrem Familienerbe hatte. Als mein Urgroßvater 1812 starb, da hinterließ er in Neu-Ostpreußen / Polen / die Güter Marva und Sakūniškiai bei Kaunas in einer Größenordnung von einigen 20000 Morgen. Der große Besitz ist zum Teil durch Vererbung auf andere Familien übergegangen, sein größter Teil ist in Russland²³ geblieben, weil mein Onkel in den (18)80er Jahren das Gut Marva mit 5 oder 6 Vorwerken verkaufen musste, denn die Festung von Kaunas wurde auf dem Gelände seines Gutes gebaut, und er konnte nur noch einmal im Jahr seine Güter besichtigen. Die Sippe der v. Schulze hat zusammen mit zahlreichen anderen Sippen hier immer „auf der Grenze“ (*ant ribū*) gelebt, stand auf der Wacht, überlebte alle möglichen Sorgen, Armut, zahlte Steuern, arbeitete, stellte Soldaten und verlor ihren gesamten Besitz. Ich unterstreiche, dass diese wenigen deutschen Familien, die hier noch auf ihren Gütern leben, für Deutschland zur Aufrechterhaltung des Deutschtums hochwichtig sind. Ich bin sicher, dass das Deutschtum im Gebiet untergeht, wenn sich seine Gutsbesitzer aus dem Gebiet fortmachen. Auf den Gütern, die sich noch in deutscher Hand befinden, leben ja auch viele Arbeiterfamilien, die zusammen mit uns Einwohner des Memelgebiets geworden sind und die ihre Arbeit verlieren würden, würde man die Güter verkaufen oder auflassen. Von meinen 18 Arbeiterfamilien und 2 Kleinpächtern sind immerhin 15 Familien und beide Pächter, insgesamt 17 Familien, Memelländer und 2 von diesen deutsche Staatsbürger.“ / Die deutschen Gutsbesitzer nennen nur die Deutschen ‚Memelländer‘ und nennen die lokalen Litauer Großlitauer oder Žemaiten /.²⁴ – 1925 fahren also die Gutsherren James Gubba und v. Dressler nach Deutschland, um dort Kredite für die Gutsherren zu beschaffen. Sie verhandeln in Königsberg mit der ‚Bank der Ostpreußischen Landschaft‘ und in Berlin mit der ‚Rentenbank–Kreditanstalt‘ und mit Bürgermeister Dr. Max Winkler, dem die Finanzierung der deutschen Propaganda im Ausland und im Memelgebiet übertragen ist und der enge Beziehungen zu der Berliner Rentenbank-Kreditanstalt und zum Auswärtigen Amt hat. – Dr. Winkler ist der Direktor einiger in Berlin speziell mit dem Ziel der Förderung und finanziellen Unterstützung der deutschen Propaganda im Ausland gegründeter Gesellschaften. Vor allem ist Dr. Winkler der Direktor der deutschen Gesellschaft ‚Concordia‘, deren Ziel die Unterstützung von im Ausland von Deutschen zur Stützung des Deutschtums herausgegebenen Zeitungen ist. Der Sitz dieser Gesellschaft befindet sich in Berlin. Die Aktienmehrheit der Gesellschaft, die im

²³ Er spricht von Kaunas, meint also Großlitauen.

²⁴ Ermittlungsrichter Krygeris' Anmerkung ist etwas kryptisch, da er andererseits – im Einklang mit der litauischen Politik – eine litauische Bevölkerungsmehrheit im Gebiet unterstellt, die kein Deutscher summarisch als Großlitauer bezeichnen konnte. Die Unterscheidung ‚Memelländer‘ vs. ‚Großlitauer‘ bezeichnet hier die politische Haltung prodeutsch vs. prolitauisch.

Memelgebiet die Zeitungen ‚Memeler Dampfboot‘ und ‚Lietuviška Ceitunga‘²⁵ herausgibt, befindet sich in den Händen Dr. Winklers, der diesen Gesellschaften über die ‚Concordia‘ große Summen gibt und die Richtung dieser Zeitungen vorgibt, denn diese Zeitungen tragen sich nicht allein.²⁶ Diese beiden Zeitungen waren früher die Organe der Landwirtschaftspartei, wurden aber später, ab dem Sommer 1933 zu den Parteiorganen der nationalsozialistischen ‚Sozialistischen Volksgemeinschaft‘ /des Neumann/.²⁷ - In den Jahren 1924 – 25 wurde im Memelgebiet die deutsche Zeitung ‚Memeler Volksstimme‘ herausgegeben, deren Geschäftsführer ein Fritz Hennig war. 1924 kam Dr. Winkler aus Berlin nach Memel gefahren, einigte sich mit Hennig über die weitere Herausgabe dieser Zeitung und versprach, dieser Zeitung über die ‚Concordia‘ regelmäßige Subsidien zu geben. Hennig musste Winkler dafür ständig Berichte über den Zustand der Zeitung senden. Als die Volksstimme 1925 Geld brauchte, ging Hennig zum deutschen Generalkonsul Mudra in Memel, und dieser sandte sogleich ein Chiffre-Telegramm ins Auswärtige Amt in dieser Geldangelegenheit. Nach kurzer Zeit wurden auf Weisung Winklers der Zeitung von der Memeler Stadtparkasse 20000 \$ ausgezahlt. Zur Revision in den deutschen Zeitungen im Memelgebiet pflegte Dr. Winkler aus Berlin die Revisoren Mundhenke und Jester zu senden, die bei der ‚Volksstimme‘, dem ‚Memeler Dampfboot‘, der ‚Lietuviška Ceitunga‘ und der ‚Memelländischen Rundschau‘ die Bücher prüften. – Die Beziehungen der Concordia und Winklers zu der deutschen Zeitung Volksstimme veranschaulicht die bei Fritz Hennig beschlagnahmte Korrespondenz. In einem Brief vom 8.4.1925 schreibt der Concordia-Direktor Winkler der Firma Fritz Hennig folgendermaßen: „Max Winkler, Direktor. Berlin M.W. 23, 8.4.1925. An die Fa. Fritz Hennig u. Co., ‚Memeler Volksstimme‘, Memel. Auf Ihr freundliches Schreiben vom 6.4. teile ich gerne mit, dass am 11.3. 50000 Blatt Papier auf dem üblichen Weg bestellt wurden und die Union (*sq-junga*) den Versand der Bestellung bis Mitte April bestätigt hat. Gemäß dieser Bestätigung wird das Papier bis Mitte April versandt, und offenbar werden sie es kurz nach dem 20. erhalten. Hochachtungsvoll. Winkler.“ – In einem anderen Schreiben vom 15.8.1925 schreibt die Berliner ‚Deutsche Bank‘ der Fa. Fritz Hennig Folgendes: „Deutsche Bank. Berlin, den 15.9.1925. An die Fa.

²⁵ Beide bestanden allerdings bereits seit 1849 bzw. 1878. Das litauisch-ideologische Pendant war seit 1924 (neben anderen) der vom litauischen Gouverneursamt finanzierte ‚Lietuvos keleivis‘, bei dem der Staatsschutzbeamte Gvildys Redaktionsmitglied war.

²⁶ Wie die gesamte litauische Presse (es herrschte von 1926 bis 1938 Kriegsrecht) unterlagen sie einer politischen Zensur. In Memel zensierte der ‚Kriegskommandant‘ Oberst Raimondas Liormonas.

²⁷ Diese Darstellung trifft nur in Teilen zu – mit dem ‚Völkischen Beobachter‘ oder der ‚Preußischen Zeitung‘ kann man das ‚Memeler Dampfboot‘ keineswegs vergleichen. Ein (allerdings scharfer) deutschnationaler Ton herrschte vor.

Fritz Hennig u. Co, Gesellschaft ‚Volksstimme‘, Memel. Auf den Auftrag von Direktor Winkler hin und auf Rechnung Berlin N.W. 23 – Klopstockerstr. 12 senden wir Ihnen als Anlage einen Scheck über 782,65 US-\$, dessen Erhalt Sie uns bitte bestätigen möchten. Hochachtungsvoll. Deutsche Bank. Depositkasse A., Mauerstrasse 26/27. Unterschrift.“ – Wie die Concordia die Zeitung Volksstimme finanziell unterstützte, geht auch aus einem weiteren Schreiben vom 15.10.1924 hervor: „15.10.1924. An die Deutsche Bank – Depositkasse A., Berlin W. 8. Betr.: Dollar-Valutenkonto. Wir bitten, von dem genannten Konto 1316,18 \$ an die Fa. Hennig u. Co. GmbH in Memel auf deren Konto bei der Sparkasse Memel zu überweisen und als Absender den Direktor Winkler, Berlin, anzugeben. Eine Erlaubnis zur Kapitalausfuhr liegt vor. Hochachtungsvoll. Concordia Literatureinrichtung (*Lit. istaiga*) GmbH. (gez.) Winkler.“ – Anweisungen für die von Winkler im Memelgebiet betriebene Propaganda gab auch das Deutsche Generalkonsulat. In einem Brief vom 28.11.1925 an den deutschen Generalkonsul in Memel schreibt F. Hennig Folgendes: „28.11.1925. Herrn Konsul Dr. Windecker, am Ort. Sehr geehrter Herr Doktor. Als Anlage füge ich die erbetenen Abschriften und auch eine Abschrift des Ergänzungsschreibens für Herrn Direktor Winkler zur Durchsicht bei und bitte gefällig, mir telefonisch mitzuteilen, ob die Abschriften dem Inhalt nach Ihren Wünschen entsprechen. Hochachtungsvoll. F. Hennig u. Co. GmbH. (gez.) Hennig.“ – Vor den ersten Landtagswahlen im Memelgebiet 1925 sandte Dr. Winkler Geld aus der Concordia für die Wahlpropaganda der Deutschnationalisten. Auch die neu gegründete Landwirtschaftspartei erhielt von diesem Geld. Nach den Wahlen schrieb Max Winkler am 29.10.1925 Hennig einen Brief – Hennig solle für die Angelegenheiten der Volksstimme den Rest der Wahlkampfmittel von jenen Parteien abholen.²⁸ Der Brief ist folgenden Inhalts: „Max Winkler. Direktor. Berlin, den 29.10.1925. An den Herrn Geschäftsführer der ‚Memeler Volksstimme‘ Hennig, Memel. Sehr geehrter Herr Hennig. Falls Sie in Verbindung mit den Wahlen noch Geld von den politischen Parteien für Anzeigen oder Druckkosten zugute haben, bitte ich Sie, diese unverzüglich einzufordern. Aus der Praxis weiß man, dass die Parteien die Wahlkampfgelder hinterher ausgeben und die Zeitungen leer ausgehen. Deshalb kümmern Sie sich bitte unbedingt darum, dass Sie dieses Geld bekommen. Mit den besten Wünschen. (gez.) Winkler.“ – Um das Jahr 1925 wurde in Kaunas die ‚Deutsche Druckerei-Gesellschaft, Kowno‘, die Druckereigesellschaft der Deutschen von Kaunas gegründet, die die deutsche Zeitung ‚Litauische Rundschau‘ herausgab und einen deutschen Buchladen und ein (Bücher)Kiosk unterhielt. Von Dr. Winkler wurde der Concordia-Vertrauensmann Paul Rümmler als Leiter dieser Druckerei eingesetzt, der später in Memel zum Redakteur des Memeler Dampfboot

²⁸ Unklar ist, welche Partei neben der LWP. Krygeris meint.

gemacht wurde. Diese Gesellschaft und die ‚Litauische Rundschau‘ erhielten von Dr. Winkler ebenfalls Mittel.²⁹ Die Beziehungen der Druckereigesellschaft der Deutschen in Kaunas mit der Concordia und Dr. Winkler veranschaulichen

²⁹ Ein kleiner Exkurs: Finanzielle Zuwendungen aus dem Ausland wurden im Vereinsgesetz von 1935 verboten. Augenscheinlich soll hier ein Zusammenhang zwischen dem Neumann-Sass-Prozess (14.12.1934 – 26.3.1935) gegen die memelländischen NS-Funktionäre und dem in Kaunas, Vytauto pr. 41, verorteten ‚Kulturverband der Deutschen Litauens‘ (‚KV‘ - der später in der Tat Aufgaben der deutschen Volkstumspolitik übernahm und dafür aus Zuwendungen der Deutschen Botschaft finanziert wurde. 1938 verfügte er über ca. 2500 Mitglieder, davon 500 in Kaunas) hergestellt werden – eine *koordiniert-gesamtdeutsche antilitauische Aktion* dargestellt werden. So wurde der KV-Geschäftsführer Richard Kossmann während des NS-Prozesses im Administrativverfahren vorübergehend aus Kaunas ausgewiesen. Über die Interna des KV wusste der litauische Staatsschutz bis hin zu den detaillierten Abrechnungen der von der Deutschen Botschaft erhaltenen Gelder glänzend Bescheid, da spätestens seit dem 19.10.1934 der KV-Leitung *mindestens* ein Informant des Staatsschutzes angehörte und die Organisation gründlich mit Spitzeln durchsetzt war (vgl. LCVA F. 378 Ap. 10 B. 57 – VSP-Agenturmeldungen 19.10.1934 – 14.12.1938, 418 Bl.). Der KV unterhielt (am 15.4.1938) in Litauen mit den reichsdeutschen Geldern insbesondere die deutschen Privatschulen: 1 Gymnasium (200 Schüler, 27 Lehrer), 1 Mittelschule (25 Schüler, 7 Lehrer), 8 Grundschulen (487 Schüler, 17 Lehrer). Er gab ferner die (Wochen?-)Zeitung ‚Deutsche Nachrichten für Litauen‘ in einer Auflage von 2000 Ex. heraus. Der Anschluss Österreichs und die Sudetenkrise des Jahres 1938 veranlassten den litauischen Staatsschutz zu einer enorm personal- und zeitintensiven Beschäftigung mit der deutschen Volksgruppe und ihren Organisationen. Diese gipfelte in einer im März 1939 fertig gestellten Gesamtaufstellung über *die wirtschaftliche Lage der Deutschen in Litauen*, die 3465 (!) litauendeutsche Landwirtschafts- (2781 Betriebe mit insgesamt 39873 ha), Handels-, Industrie- und andere gewerbliche Betriebe namentlich erfasste und sich auf vertrauliche Erkundigungen (geschätzte Genauigkeit: 70-75%) bei Polizei, Gemeindeverwaltungen, Kreditanstalten (und vermutlich Staatsschutz-Agentur) stützte. Insbesondere waren die Vermögensverhältnisse der besitzenden Deutschen (die *Verschuldung eines jeden einzelnen Betriebes*) sowie deren Einstellung gegenüber dem litauischen Staat von Interesse, die für jede aufgeführte Person angegeben wurde: „(...) Die Besitzer und Angestellten all dieser Unternehmen wurden in die Gruppen ‚loyal‘ und ‚illoyal‘ eingestuft. Als illoyal gelten alle diejenigen, die die litauische Staatsordnung beschimpfen, alles Deutsche loben, Beziehungen zu den aktiveren Deutschen unterhalten und in ihren Unternehmen das deutsche Element protegieren.“ Wenn auch die Dokumente noch im Einzelnen auszuwerten sind, ist festzuhalten, dass die nachrichtendienstlich-statistisch bearbeiteten 3465 besitzenden Deutschen in Litauen mit insgesamt 1193893 Litas verschuldet gewesen sein sollen (insbesondere Bauern in den Kreisen Šakiai – 448902 Lt, Tauragė – 299976 Lt und Kėdainiai – 103000 Lt). Von 3465 Deutschen galten 1932 (55,8%) als loyal, 1533 hingegen als illoyal. Wozu genau diese äusserst akribische Aufstellung dienen sollte, bleibt unklar. (s. LCVA F. 378 Ap. 12 B. 226).

die Briefe des Geschäftsführers Paul Rümmler, deren Fotokopien sich in dieser Akte befinden. Paul Rümmler schreibt in seinem Brief vom 2.4.1925 an Dr. Winkler: „Deutsche Druckereigesellschaft in Kaunas.³⁰ Verlag ‚Litauische Rundschau‘. Kaunas, den 2.4.1925. Herrn Max Winkler, Berlin. Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Die am 19.3.1925 zugesandten Grafik-Rechnungen über 5 Patent-Spulen im Wert von 30 Schweizer Franken und die Rechnung der Lettern-Gießerei Wöllmer vom 19.3.1925 über 3,15 \$ werden bearbeitet. Herr Br. versprach mir seinerzeit, die für die Abrechnung nötigen Dokumente beizubringen. Sobald ich das erledigt habe, werde ich dies sogleich mitteilen. Ich danke sehr für die Überweisung im Wert von 2100 RM. Die Quittung stammt aus der Post-Finanzabteilung (...).“ Weiter schreibt er: „Auf Herrn Mundhenke habe ich vergebens gewartet. Ich wollte mit ihm über eine neue Sendung Papier sprechen, denn in etwa 2 Monaten wird uns das Zeitungspapier ausgehen, und man müsste es jetzt schon bestellen. Ich würde vorschlagen, 5000 kg (Papier) zu liefern. Auch neues Briefpapier, Briefumschläge etc. müssen wieder geliefert werden. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich möchte die Bestellung gerne durch Sie aufgeben. In diesem Fall würde ich Ihnen noch weitere Hinweise senden. In Erwartung Ihrer Antwort verbleibe ich mit den besten Grüßen. Ihr ergebener. (gez.) Paul Rümmler.“ – Der zweite Brief Rümmlers an Winkler vom 9.4.1925 hat folgenden Inhalt. „Deutsche Druckereigesellschaft in Kaunas, Verlag ‚Litauische Rundschau‘. Kaunas, den 9.4.1925. Herrn Bürgermeister Max Winkler, Berlin NW. 23. Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Unser Konto bei der Königsberger Post ist schon vom Buchladen aufgebraucht. Die für die Zeitung eingezahlten 2100 RM habe ich aus dem Buchladen erhalten, in Litas umgetauscht und bereits verbraucht. Ich bitte, der Post eine größere Summe für die Zeitung oder den Buchladen zu überweisen, damit der Buchladen seine Verbindlichkeiten in Deutschland begleichen kann. Die von Ihnen überwiesene Summe werde ich wieder aus den Einnahmen des Buchladens nehmen können, da die Druckerei keine Mittel hat. Für die bestellte Schnitt- und die Heftmaschine muss ich einen Elektromotor kaufen; abgesehen von den laufenden Ausgaben sind Sondermittel nötig...“ Der Brief endet folgendermaßen: „...In der Erwartung Ihrer Nachricht über die Einzahlung einer größeren Geldsumme verbleibe ich mit den besten Wünschen. Ihr ergebener (gez.) Paul Rümmler.“ – Der dritte Brief Rümmlers an Winkler vom 15.5.1925 ist folgenden Inhalts: „Kaunas, den 15.5.1925. Herrn Bürgermeister Winkler, Berlin. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Als Anlage sende ich Ihnen zur Kenntnisnahme die gewünschten Kassenlisten der Zeitung und des Buchladens. Ich sah keine Veranlassung, im ersten Monatsdrittel eine Inventur zu machen. Das werde ich Ende Mai tun und sende sie Ihnen dann zusätzlich, damit Sie ein zutreffendes Bild

³⁰ Die Originalbezeichnung ist mir leider nicht geläufig –K.F.

der Lage im Buchladen bekommen. Aus der beigefügten Bilanz geht diese nicht vollständig hervor, da die Vermögensliste fehlt. Ich wollte Sie so lange nicht warten lassen und sende Ihnen deshalb den Kassenumsatz vom 30.4. dieses Jahres. Was die Aussichten für den Handel in der nächsten Zeit betrifft, muss ich leider sagen, dass diese hier nicht besonders gut sind. Das Handelsleben ist hier sehr ruhig... Die große Druckerei ‚Švyturys‘, deren riesiges neues Gebäude Sie im letzten Jahr bei Ihrem Aufenthalt in Kaunas gesehen haben, ist jetzt auch bankrott. Diese Druckerei war eine nationale (*tautinė*) und druckte / gab heraus die gesamte litauische Literatur und auch die Schulbücher... Zu diesem Anlass möchte ich auch daran erinnern, dass Hr. v. Chamier mir neulich mitgeteilt hat, er wolle sich wegen einer Gehaltserhöhung an Sie wenden, denn ihm reicht bei den derzeit teuren Lebensumständen sein Gehalt nicht. Wie ich Ihnen oben schon berichtet habe, kann man in der nächsten Zeit kaum erreichen, dass die Zeitung sich selber trägt... - ... Aus Ihrem letzten Brief glaube ich verstanden zu haben, dass sie bei Ihren Bemühungen, für die Zeitung mehr Geld aufzutreiben, auf Schwierigkeiten gestoßen sind. Werfen Ihre anderen Zeitungsfirmen, die schon alt und gut eingeführt sind, keinen großen Gewinn ab? Wie schon zuvor teile ich Ihnen auch jetzt mit, dass die Zeitung über lange Zeit Zuschüsse braucht. Ob sie jemals ohne Zuschüsse auskommen wird, ist die Frage. Ich bitte Sie um Ihre Nachricht, ob unter den derzeitigen Umständen die Zeitung weiterhin herausgegeben werden soll. Vielleicht existiert das Ziel, zu welchem die Zeitung in Kaunas gegründet wurde, bereits nicht mehr. Ich benötige Ihre Nachricht, denn ich will das Häuschen auf dem Grundstück der Frau Pinagel in einer Seitenstrasse der Laisvės Alėja für den Buchladen von Grund auf reparieren und umbauen. Ich musste einen Bautechniker mit einem Umbauplan und Kostenvoranschlag für den Laden beauftragen, konnte dies aber nicht beginnen, solange ich nicht weiß, ob unsere Betriebe aufrechterhalten werden oder nicht. Von mir wird eine Antwort erwartet, aber ich möchte Frau Pinagel nicht nochmals enttäuschen. Ich weiß nicht, was der Umbau kosten wird, aber nicht unter 10000 Lt. Rechnung und Rechenschaft von Brödrich – Katerfeld. Ich sende Ihnen die auf meine Bitte hin von Herrn Brödrich erstellte Aufstellung, die die Ihnen seinerzeit gegebene Abrechnung betrifft: Herr v. Chamier – 7150,05 Lt.; Anteil von Herrn v. Chamier für Godlev – 700,00 Lt.; Herrn Fischer, Buchladen – 5000,00 Lt.; Herrn Architekt Poeyr, Rechnung – 2000,00 Lt.; Übertrag an die ‚Deutsche Genossenschafts-Bank Kybartai‘ – 1500,00 Lt.; Brödrich, Reisekosten – 2100,00 Lt.; ‚Lit.-Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft‘, Kybartai – 9546,95 Lt. Die ‚Deutsche-Druckerei-Gesellschaft‘ geht in diese Rechnung offenbar nicht mit ein. Diesen Brief habe ich eigenhändig geschrieben, weil ich nicht sicher bin, ob meine Schreibkraft schweigen kann. Ich will unter meinen Angestellten keine Unruhe auslösen. Heute ist wieder Feiertag und ich nütze diese Gelegenheit. Mit den besten Wünschen. Ihr ergebener

(gez.) Paul Rümmler“ – Neben der Concordia ist Dr. Winkler auch noch Direktor der Berliner Gesellschaft ‚Ossa‘ / Vermittlungs- und Handelsgesellschaft m.b.H. /, die im Berliner Handels- und Industrieregister in der Abteilung B. Nr. 38129 eingetragen ist. Das offizielle Ziel der Vereinigung ist: „Kredit- und Handelsoperationen aller Art, sowie Vermittlung im In- und Ausland, ferner Teilnahme an solchen und ähnlichen Operationen“. Neben Dr. Winkler gehört noch der Bankier Wilhelm Bürklin – Berlin –zum Vorstand. Die Prokuristen dieser Gesellschaft sind: 1) Dr. Helmut Werner und 2) Alfred Dietrich. – Dieser Gesellschaft in Berlin steht noch eine weitere Gesellschaft nahe, die ‚Pontus - Finanzverwaltungsgesellschaft für Südeuropa GmbH‘, die im Berliner Handels- und Industrieregister unter der Abteilung B als Nr. 42366 eingetragen ist. Das offizielle Ziel dieser Gesellschaft: „Erledigung von Finanzoperationen aller Art, insbesondere mit west- und osteuropäischen Banken oder gleichartigen Einrichtungen, ebenfalls treuhänderische Führung derartiger Geschäfte auf Bitten Dritter hin.“ Die Geschäftsführer der Gesellschaft waren Dr. Helmut Werner, Berlin, und Alfred Dietrich, ebenfalls Berlin. Derzeit gehört Wilhelm Bürklin, Berlin, zur Geschäftsführung. Die Prokuristen sind: Robert Henking, Berlin-Hallensee, und Heinz Hirschmann, Berlin-Steglitz. Dr. Winkler ist Teilhaber dieser Gesellschaft. – Diese beiden Gesellschaften, ‚Ossa‘ und ‚Pontus‘ arbeiten gemeinsam. Das ist auch aus dem Umstand zu ersehen, dass die Leitung beider Einrichtungen in denselben Händen ist, nämlich denen von Winkler, Bürklin und Dr. Werner. Beide Einrichtungen haben ihren Sitz in demselben Haus in Berlin, Unter den Linden 17/18 und heißen für gewöhnlich ‚Vereinigte Finanzkontoren /‘Ossa‘ und ‚Pontus‘. – Diese Vereinigten Finanzkontoren von Winkler, Bürklin und Werner waren diejenige Einrichtung, die die Kredite für die deutsche Auslandspropaganda vermittelten und regelten. Als Gubba und v. Dressler nach Berlin fuhren, um für den zu gründenden ‚Kreditverband‘ Kredite zu beschaffen, wandten sie sich deshalb zuerst an Dr. Winkler. – Was die Rentenbank-Kreditanstalt betrifft, an die sich Gubba und v. Dressler, mit der Vermittlung Winklers, ebenfalls wegen Krediten wandten, so ist diese Deutschlands /staatliche/ öffentliche Kreditanstalt. Diese Bank wurde als ‚Deutsche Rentenbank‘ gegründet. Die Deutsche Rentenbank war anfangs die so genannte Emissionsbank für die Rentenmark. Diese Funktion einer Emissionsbank ging 1924 auf die Reichsbank über und jene Bank wurde liquidiert. Allerdings wurde ihr 1932 eine neue Funktion übertragen – die Sanierung der deutschen Landwirtschaft. Zu diesem Zweck erhielt sie auch Gelder aus der ‚Ostpreußenhilfe‘. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt selber wurde zur landwirtschaftlichen Zentralbank gemacht. Sie wurde am 18.7.1925 per Gesetz gegründet und ihre volle Bezeichnung lautet ‚Deutsche Rentenbank-Kreditan-

stalt‘ /Landwirtschaftliche Zentralbank/, Berlin, Wilhelmstrasse 67.³¹ Das Startkapital der Bank betrug 170 Millionen RM.³² Das Ziel der Bank besteht in der Gewährung von Personal- und Realkrediten für die Landwirtschaft, zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Kolonisierung und zur Hebung der Bodenkultur. Direkte Geschäfte mit den Bauern führt diese Bank nicht, sondern arbeitet mit staatlichen und genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Einrichtungen und den Banken der großen landwirtschaftlichen Organisationen zusammen. Personalkredite vergibt diese Bank aus eigenen Mitteln, während sie für Realkredite Obligationen ausgibt. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt ist mit einer Einlage von 5 Millionen RM an der ‚Deutschland-Kasse‘ beteiligt. Aufgrund eines Gesetzes vom 31.3.1928 wurde der Umsatz (Umlaufkapital? – K.F.) der Rentenbank-Kreditanstalt aufgestockt, und später wurden ihr außerdem Aufgaben im Rahmen der ‚Osthilfe‘ übertragen. In der Geschäftsführung dieser Bank sitzen Dr. Kissler, Direktor Lipp, Dr. Szagunn und Dr. Kokotkiewitz. – Gubba und v. Dressler wurden in Berlin wegen der Kredite mit Dr. Winkler und der Rentenbank-Kreditanstalt handelseinig und ihnen wurde versprochen, dass der Kreditverband durch die ‚Bank der Ostpreußischen Landschaft‘ in Königsberg Gelder für langfristige Hypothekenkredite erhalten werde. – Nach der Einigung betreffs der Kredite in Berlin fand am 21.7.1925 die Gründungsversammlung³³ des Kreditverbandes in Memel statt. Zu der Versammlung wurden die leitenden Personen, die Gutsbesitzer von der Landwirtschaftspartei eingeladen: 1. Konrad v. Dressler, 2. James Gubba, 3. Heinrich Conrad /Vorsitzender der Landwirtschaftspartei/, 4. August Baldzus,³⁴ 5. Max Hundsdorfer, 6. Bruno Hahn, 7. Fritz Schimkat, 8. Behrend von Schulze, 9. Arthur Weiß und 10. der Bankdirektor und deutsche Staatsbürger Alfred Gernhöfer. Diese unterschrieben als Gründer das Gründungsprotokoll des Kreditverbandes und kauften ein jeder Anteile für 1000 Litass. Auf der Gründungsversammlung wurde die Satzung des Kreditverbandes angenommen, und es wurden eine Leitung und ein Aufsichtsrat gewählt. In die Geschäftsleitung gewählt wurden: 1. Behrend von Schulze – Gutsbesitzer aus Mižeikiai, 2. Alfred Gern-

³¹ In derselben Strasse wie das Auswärtige Amt.

³² 1 RM entsprach 2,50 Litass. 1 US-\$ entsprach 10 Litass.

³³ Die Existenz des Kreditverbandes war der litauischen Regierung längst bekannt (für 1932 in Borchertas’ Memorandum nachgewiesen). Es scheint, dass erst das ‚Gesetz zum Schutz von Volk und Staat‘ vom 8.2.1934 diese Kreditaktivitäten als einen *landesverräterischen* Zusammenhang justitiabel machte.

³⁴ Er bildete Ende November 1935 das erste ‚Einheitsliste‘-Direktorium. Zuvor diente er im Kreis Heydekrug als Kreisvorsteher (*apskrities viršininkas*) und trank in dieser Eigenschaft auch schon einmal ein Bier mit dem Chef des lokalen Staatsschutz-Unterbezirks (worüber jener in seinem Bulletin berichtete - LCVA F. 378 Ap.3. B. 3426, S. 407).

höfer – beurlaubter Angestellter der Bank der Ostpreußischen Landschaft, Königsberg, der in Memel lebt, und als stellvertretende Mitglieder der Geschäftsleitung wurden 1. Bruno Hahn – Gutsbesitzer aus Lapynė und 2. Max Hundsdörfer – Gutsbesitzer aus Karališkiai – gewählt. – In den Aufsichtsrat wurden gewählt: 1. James Gubba – Gutsbesitzer aus Gedminai, 2. August Baldszus – Gutsbesitzer aus Petreliai, 3. Konrad v. Dressler – Gutsbesitzer aus Šreitlaukiai und 4. der von der Bank der Ostpreußischen Landschaft vorgeschlagene Kandidat, der deutsche Staatsbürger und Geheimer Rat, Dr. Richard Leweck aus Königsberg, der später aus dem Aufsichtsrat austrat und für den kein Ersatzmann gewählt wurde. – Am 3.8.1925 legte der Memeler Notar Jacobson im Auftrag der Geschäftsleitung des Kreditverbandes dem Memeler Amtsgericht dessen Satzung zur Registration vor. In §2 dieser Satzung heißt es: „Zweck der Gesellschaft ist die Vermittlung von landwirtschaftlichen Krediten, für welche sich die Gesellschaft gegenüber den Kreditgebern so verantwortet, wie mit diesen vereinbart wurde.“ Gemäß dem am 11.4.1923 im Mitteilungsblatt des Memelgebietes Nr. 38 verkündeten Befehl für neue Banken, Bankkontore und deren Filialen ist deren Gründung im Memelgebiet nur mit Erlaubnis des Finanzministeriums zulässig.³⁵ Deshalb hatte das Memeler Amtsgericht bei der Registrierung der eingereichten Satzung des Kreditverbandes in seinen Registrierungsbeschluss folgende Forderung eingetragen: „Es bedarf der Versicherung, dass die Korporationsgesellschaft sich nicht mit Bankoperationen befasst, denn andernfalls würde sie die Erlaubnis des Finanzministeriums in Kaunas benötigen“. Darauf antwortete die Geschäftsleitung des Kreditverbandes dem Memeler Amtsgericht in ihrem Schreiben vom 7.8.1925: „Hiermit versichern wir, dass unsere Korporationsgesellschaft keinerlei Bankoperationen ausführt.“ Dieses Schreiben unterzeichneten die Mitglieder der Geschäftsleitung von Schulze und Gernhöfer. Derart wurde am 12.8.1925 der Kreditverband, ohne die Erlaubnis des Finanzministeriums erlangt zu haben, vom Memeler Amtsgericht in das Gesellschaftsregister eingetragen und diese Kreditanstalt begann damit, die Gutsbesitzer des Memelgebiets mittels aus Deutschland erhaltener Mittel mit Krediten zu versehen. – Ab dem 15.8.1927 begann die (litauische) *Žemės Bankas* durch ihren Bevollmächtigten in Memel im Gebiet tätig zu werden und gewährte den Bauern des Gebiets langfristige Amortisations-Hypothekenkredite. Außerdem begannen um dieselbe Zeit die Raiffeisen-Kleinbanken sich um Kredite zu bemühen und wollten durch ihre Vereine den Bauern ebenfalls langfristige Hypothekendarlehen gewähren. In dieser Angelegenheit besuchten die Bauernvertreter verschiedene Kreditanstalten in Königsberg und Berlin. In Königsberg waren sie auch beim ostpreußischen Oberpräsidenten Siehr und in Berlin beim Auswärtigen Amt. Die Raiffeisen-Zentralbank in Ber-

³⁵ Der erste (justitiable) Vorwurf: Bankaktivitäten ohne behördliche Erlaubnis.

lin versprach, das Anliegen der Bauern – nämlich über die Raiffeisenkassen langfristige Hypothekenkredite zu vergeben – zu überlegen. Da sie keine Kredite aus Deutschland erhalten hatten, fuhren die Bauernvertreter Aschmutat, Papendick, Jurgans und andere Ende 1927 wieder nach Königsberg und wollten in dieser Angelegenheit mit Oberpräsident Siehr sprechen. Oberpräsident Siehr empfing die angereisten Bauern überhaupt nicht, und an seiner Statt ließ der Vorsitzende des ‚Ostpreußischen Heimatbundes‘, der Admiral Kisel, die Landwirte Aschmutat und Jurgans aus ihrem Hotel zu sich kommen und erklärte ihnen, sie seien umsonst gekommen. Er selber sei gerade erst in Memel gewesen, und dort sei man sich bereits einig geworden, den Bauern durch die speziell dazu gegründete Gesellschaft ‚Agraria‘ langfristige Hypothekendarlehen zu gewähren.³⁶ Kisel riet, sich in dieser Angelegenheit mit dem Vorstand der ‚Agraria‘ in Memel in Verbindung zu setzen. Und so kehrten die Bauernvertreter aus Königsberg heim, ohne irgendetwas gewonnen zu haben. – Sowohl die Einrichtungen in Deutschland, als auch die Landwirtschaftspartei im Memelgebiet wollten die Kreditierung der Bauern unbedingt in die Hände von v. Dressler und Gubba geben, weil diese damals die Politik der Deutschnationalisten hier führten und mittels Verwaltung der Kredite die Bauern leicht in die von den Deutschnationalisten gewünschte Richtung beeinflussen konnten. Die Raiffeisenvereine hingegen wurden, weil sie breitere Schichten der Bevölkerung vertraten, als für die erfolgreiche Verteilung der aus Deutschland erhaltenen politischen Kredite ungeeignet erachtet. Den Deutschnationalisten war eben sehr wichtig, dass die Bauern unter den Einfluss der „Geldgebenden Stelle“ in Deutschland geraten und sich nicht mit der Žemės Bankas verbinden sollten, die gerade erst ihre Arbeit aufgenommen hatte. Deshalb fahren Gubba, von Dressler und Baldzus im Dezember 1927 nach Königsberg und erklären dort nochmals, es sei zwecklos, Kredite für die memelländischen Bauern über die Raiffeisenorganisationen zu gewähren, denn diese Organisationen würden die Kreditvergabe nicht für politische Ziele ausnutzen. Gerade um diese Zeit war Baldzus Mitglied des Aufsichtsrates bei der Memeler Raiffeisenbank und auch Aufsichtsratsmitglied bei der Raiffeisen-Handelsgesellschaft in Memel sowie Mitglied der Geschäftsleitung beim Raiffeisenverein in Saugai. Von Dressler hingegen war Aufsichtsratsvorsitzender in der Memeler Raiffeisen-Handelsgesellschaft. Baldzus und v. Dressler sagten (in Königsberg), sie arbeiteten selbst in der Raiffeisenorganisation und kannten deren Lage gut. Diese Verhandlungen wegen der Bauernkredite veranschaulicht die Korrespondenz zwischen der ostpreußischen Raiffeisenunion in Königsberg und der Berliner

³⁶ Der zweite Vorwurf: Der Finanzbedarf der memelländischen Landwirtschaft wird an den Bedürfnissen der Bauern vorbei von deutschen Stellen zu politischen Zielen ausgenutzt, d.h. zur Finanzierung des deutschnationalen Komplexes.

Raiffeisen-Zentralbank, welche an die Memeler Raiffeisenbank gesandt wurde und seinerzeit ihren Weg in die Presse fand. Diese Korrespondenz umfasst drei Briefe folgenden Inhalts: 1. „Ostpreußische Raiffeisen-Genossenschaftsunion e. V., Königsberg. 12.10.1927. An die Raiffeisenbank Memel. Gestern hatten wir Gelegenheit zu einem Gespräch über Hypotheken für das Memelgebiet mit den Vertretern einer Gruppe von Finanzleuten. Die Namen dieser Gruppe teilen wir bei Gelegenheit mündlich mit. Diese Herrschaften würden einer Hypothekengewährung für das Memelgebiet zustimmen, die mit vergleichsweise niedrigen Zinssätzen und Amortisation gewährt werden könnte. Während des Gesprächs stellte sich heraus, dass diese Herrschaften zuvor bereits mit den Herren v. Dressler und Baldzus gesprochen hatten, und dass diese beiden Herren während des Gesprächs erklärt hatten, die Raiffeisenbank und die Raiffeisenvereine kämen für die Vermittlung solcher Hypotheken überhaupt nicht in Frage. Nur der Kreditverband der Grundbesitzer / Kreditverband / sei die dafür am besten geeignete Stelle, während anfangs die Vertreter des Finanzkonsortiums der Ansicht gewesen waren, dass die gesamte Hypothekenaktion über die Raiffeisenbank abgewickelt werden solle. Im Verlaufe langer Verhandlungen versuchten wir diesen Herrschaften zu erklären, dass die Meinungen der Herren v. Dressler und Baldzus allzu einseitig sei und - um zu zeigen, dass sich über die Raiffeisengenossenschaften eine solche Hypothekenaktion durchführen lässt – verwiesen auf deren frühere Durchführung in Posen und in Westpreußen, wo ebenfalls durch Einrichtungen vorwiegend staatlichen Charakters Hypotheken vergeben wurden,³⁷ und die Raiffeisenvereine lediglich die Verantwortung für die Amortisation und die Zinsen trugen und sich um deren Einziehung kümmerten. Wir hoffen, unsere Ausführungen werden ebenfalls Erfolg zeitigen. Dennoch ist dies gar nicht sicher, da die Gruppe von Finanzleuten immer noch ständig und wiederholt auf die Erklärung der Herren v. Dressler und Baldzus verweist, der man ihrer Meinung nach beipflichten müsse, denn diese könnten die Memeler Angelegenheiten besser durchschauen als wir.³⁸ Zu betonen ist dabei der besondere Umstand, dass diese beiden Herren erklärten, dass sie in der Memeler Raiffeisenorganisation leitende Stellen einnahmen und die Lage klar kennen würden. Mir ist das Verhalten dieser beiden Herren unverständlich. Es kann nur als eine völlig einseitige Interessenpolitik der Gutsherren erklärt werden, die im Grunde wirklich mit dem Kreditver-

³⁷ Die finanzielle Stützung eines bodenständigen Deutschtums in den durch Art. 99 Versailler Vertrag verlorenen Gebieten erfolgte demnach planmäßig-zentral und mit deutsch-regierungsseitigem Wohlwollen. Im Memelgebiet stützte man sich auf die deutschnationalen Großgrundbesitzer, die selbst aktiv Initiative zeigten.

³⁸ Die Angelegenheit scheint längst politisch entschieden, *bevor* die Königsberger Raiffeisen sich einmischte. Die eigenen leitenden Funktionäre haben die Raiffeisenorganisation bereits ausgebootet. Ein interessanter Vorgang!

band in der alten Landschaft³⁹ verbunden ist. Mir scheint, wegen dieser unüberlegten Ablehnung wäre es an der Zeit zu prüfen, ob das Verhalten der Raiffeisengenossenschaften betreffs dieser beiden Herren nicht einer Revision bedürfte. Einstweilen kann man in dieser Angelegenheit nichts tun, denn der Vertreter der Gruppe von Finanzleuten hat noch weitere Beratungen mit anderen Stellen. Wir behalten die Angelegenheit dennoch weiterhin im Auge und werden Ihnen mitteilen, wenn wir etwas Genaueres erfahren. Mit Genossenschaftsgruß. Unionsdirektor (gez.) Huguenin.“ – 2. „Deutsche Raiffeisenbank AG, Berlin. Berlin, den 10.10.1927. Abt. D.scho. An Herrn Unionsdirektor Staatsanwalts-Rat Huguenin, Königsberg. Betr. Hypothekenaktion im Memelgebiet. Ihr Zeichen 5197/27 K.60. Wir bestätigen den Erhalt Ihres Schreibens vom 12. dieses Monats und lesen Ihre Ausführungen mit größtem Interesse. Ihren Wunsch, von hier aus darauf hinzuwirken, dass die ganze Aktion über unsere Raiffeisengenossenschaften abgewickelt werden soll, haben wir der Leitung der genannten Gruppe von Finanzleuten mitgeteilt. Man gab uns zur Antwort, dass diese Gruppe – schon allein weil die Vereine wegen ihrer unbeschränkten Haftung eine bessere Garantie als die von Ihnen erwähnten Organisationen bieten – uns sogar von sich aus, ohne dass wir unsere Aufforderung wiederholten, anbieten wollte, die Aktion auf dem Weg über unsere Kanäle durchzuführen. Bei dieser Angelegenheit ergaben sich allein deshalb Schwierigkeiten, weil sogar die Vertreter der Raiffeisenorganisation selber, bspw. der Herr v. Dressler, sich gegen eine Vergabe des Geldes über unsere Kanäle aussprach. Diese Herren von der erwähnten Finanzleute-Gruppe erklärten auch noch, dass sie sogar auf Stellen in unserer Organisation⁴⁰ verzichten würden, falls uns der Vorrang gegeben wird. Wir hoffen, Ihnen in den nächsten Tagen eine günstige Nachricht geben zu können und unterschreiben mit dem Genossenschaftsgruß. Deutsche Raiffeisenbank AG. (gez.) Wiglow Albert.“ – 3. „Berlin, den 25.10.1927. Herrn Unionsdirektor Staatsanwaltschafts-Rat Huguenin, Königsberg. Betr. Memeler Aktion. Gerade erhielten wir eine Nachricht von der ‚Ossa‘, dass gemäß der – natürlich stark politisch beeinflussten – Entscheidung des Aufsichtsrates die Ihnen bekannte Memeler Aktion leider nicht über unsere Raiffeisenorganisation durchgeführt wird, sondern über die Landschaft,⁴¹ über eine speziell gegründete GmbH. Diese Entscheidung wird, wie erwähnt, einerseits mit politischem Einfluss erklärt, andererseits jedoch auch – mit dem Verhalten der Raiffeisen-Vertreter, besonders des v. Dressler. Wir bedauern, dass trotz unseres

³⁹ Unklare Stelle. Ist die ‚Bank der Ostpreußischen Landschaft‘ oder die Memeler Landschaftsbank gemeint?

⁴⁰ D.h. sie verzichten als Kreditgeber sogar auf einen Sitz im Aufsichtsrat der Raiffeisen-Organisation bzw. Bank, falls man ins Geschäft kommt.

⁴¹ D.h. die ‚Bank der Ostpreußischen Landschaft‘ oder die ‚Memeler Landschaftsbank‘?.

wiederholten Widerspruchs das Ergebnis unserer Verhandlungen negativ ist. Mit Genossenschaftsgruß. Deutsche Raiffeisenbank. (gez.) Wiglow Albert.“ – Nachdem sich also Gubba, v. Dressler und Baldszus mit den Stellen in Deutschland und mit der von Winkler geleiteten Ossa geeinigt hatten, wurde beschlossen, bei dem Kreditverband die ‚Agraria‘ zu gründen und durch diese den Bauern des Memelgebiets Hypothekenkredite zu gewähren. – Nach dieser Absprache fuhren Gubba, v. Dressler und Baldszus am 15.12.1927 nach Tilsit zu dem Notar Fuchs und schlossen dort den Gründungsvertrag der Agraria, gemäß welchem sie deren alleinige Gesellschafter sind. In §1 des Vertrages heißt es: „Die Firma der Gesellschaft heißt ‚Kreditgesellschaft Agraria mbH‘. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in Tilsit.“⁴² In §2 heißt es: „Das Ziel der Gesellschaft ist die Gewährung von Krediten an Landwirte. Einzelne Kredite können im Allgemeinen nicht die Summe von 8000 RM übersteigen.“ In §3 des Vertrages heißt es: „Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 20000 RM. Um dieses Kapital zu bilden müssen Einlagen leisten: 1. Gubba – 7000 RM, 2. v. Dressler – 6500 RM und 3. Baldszus – 6500 RM.“ Dieser Gründungsvertrag der Gesellschaft Agraria wurde dem Tilsiter Amtsgericht zur Registrierung vorgelegt, das die Agraria am 20.1.1928 in das Gesellschaftsregister unter der Nr. 110 Abt. B. aufnahm. Warum die Leitung des Kreditverbandes ihre Filiale Agraria nicht im Memelgebiet sondern in Deutschland, in Tilsit, registrierte erklärt ein Schreiben des Direktors von Kreditverband und Agraria, Gernhöfer, vom 18.7.1933 an die Tilsiter Postbehörde, in dem es heißt: „In Beantwortung Ihres Schreibens vom 13. d. M. wegen der Übersendung der in Tilsit auf den Namen der Agraria eingehenden Korrespondenz bitte ich freundlich, diese Korrespondenz an die Memeler Landschaftsbank AG zu senden, in deren Räumlichkeiten sich die Agraria befindet und deren Geschäftsleitungs-Mitglied ich bin... Nur aus gewissen Erwägungen heraus ist sie im Tilsiter Handelsregister eingetragen.“ - Die Gesellschafter der Agraria – Gubba, v. Dressler, Baldszus – waren gleichzeitig Aufsichtsratsmitglieder beim Kreditverband. Sie verbanden beide Gesellschaften, und so arbeitete die Agraria von Anfang an als eine Unterabteilung des Kreditverbandes. Zur Bildung des Agraria-Grundkapitals haben die Gesellschafter nicht einen einzigen Cent eingezahlt, und gemäß dem Beschluss des Kreditverbandes vom 20.12.1927 hat der Kreditverband selbst für diese Gesellschafter einen Teil des Kapitals, nämlich 5000 RM, aus seinen eigenen Mitteln eingezahlt. Der Rest des Kapitals wurde gar nicht eingezahlt. Der Kreditverband zahlte im Namen der Agraria-Gesellschafter folgende Summen: 1. für Gubba – 1750 RM, 2. für v. Dressler – 1625 RM, 3. für Baldszus – 1625 RM. – Die so gegründete Agraria beantragte für ihr Wirken keine Erlaub-

⁴² Dritter Vorwurf: Die illegal tätige Kreditanstalt wurde überdies im Ausland registriert.

nis des Finanzministeriums und arbeitete, wie auch der Kreditverband, ohne die nötige Genehmigung, worüber sie die Inspektion für die der öffentlichen Rechnungslegung unterliegenden Behörden und Unternehmen überhaupt nicht benachrichtigte. Sowohl der Kreditverband als auch die Agraria wirkten in den Räumen der Memeler Landschaftsbank, deren Aufsichtsratsvorsitzender Gubba war / er war ebenfalls Aufsichtsratsvorsitzender beim Kreditverband /, hatten aber keine Firmenschilder. Die Geschäfte der Agraria und des Kreditverbandes führten im Allgemeinen dieselben Direktoren, die auch Direktoren der Landschaftsbank waren. Der erste geschäftsführende Direktor der Agraria und der Landschaftsbank war seit der Gründung dieser beiden Gesellschaften und bis zum Oktober 1932 der deutsche Staatsbürger⁴³ und Angestellte der Bank der Ostpreußischen Landschaft, Alfred Gernhöfer, dem jene Bank, als er (zu seiner neuen Stelle) nach Memel fuhr, den Status eines beurlaubten Angestellten verlieh. 1932 reiste Gernhöfer nach Deutschland aus und an seiner Statt wurden am 13.10.1932 zwei Landschaftsbank-Direktoren bestellt: Willy Bertuleit⁴⁴ und Werner Bartzky, welcher letztere – auch ein deutscher Staatsbürger – ebenfalls als beurlaubter Angestellter der Bank der Ostpreußischen Landschaft (Königsberg) nach Memel kam. Als Direktoren der Landschaftsbank waren Willy Bertuleit und Werner Bartzky ebenfalls Direktoren des Kreditverbandes und der Agraria, und beide gehörten sie zur Geschäftsleitung dieser Krediteinrichtungen. Willy Bertuleit übte diese Tätigkeit bis zum 27.3.1934, d.h. bis zu seiner Verhaftung im Neumann-Fall aus. Werner Bartzky blieb bis zum 1.7. Direktor und reiste dann nach Deutschland aus.⁴⁵ Seit dem 1.7.1934 sind die Agraria und der Kreditverband ohne Direktor, und die Geschäfte dieser Gesellschaften würden die ganze Zeit über von dem Angestellten der Memeler Landschaftsbank Walter Drosdowsky geführt. Die Agraria und der Kreditverband verfügten im übrigen über eine gemeinsame Taxationskommission, deren Aufgabe es war, Wert und Rentabilität der Höfe von Kredit-Antragstellern zu bewerten, bevor ihnen ein Darlehen gewährt wurde. Die gesamte Korrespondenz der Agraria erfolgte unter dem Namen des Kreditverbandes. – Da die Agraria und der Kreditverband keine eigenen Kassen führten, wurde das gesamte Geld dieser Ge-

⁴³ Die deutsche Staatsbürgerschaft kommt, da hier doch ein Komplott zum Landesverrat insinuiert wird, erschwerend hinzu. Anzunehmen ist, dass Gernhöfer das Gebiet nicht ganz freiwillig verließ (dass ihm die Aufenthaltserlaubnis verweigert wurde; er kompromittiert war o.ä.).

⁴⁴ Er figuriert im Neumann-Sass-Prozess des Jahres 1934-35 als Führer-Stellvertreter des Dr. Ernst Neumann (SVG).

⁴⁵ Möglicherweise war es politisch nicht opportun, einen deutschen Staatsbürger in den NS-Prozess hinein zu ziehen, wiewohl die Tätigkeit der beiden Krediteinrichtungen dem Staatsschutz wohlbekannt war. Beide Einrichtungen waren professionell organisiert – aber nicht ordnungsgemäß gemeldet.

sellschaften in der Kasse der Memeler Landschaftsbank aufbewahrt. Bei dieser Bank verfügten die beiden Gesellschaften über entsprechende Konten, aus denen die Landschaftsbank Kredite und andere Summen auszuzahlen pflegte. Alle Kredite der Agraria und beinahe alle Kredite des Kreditverbandes für Bauern und Gutsbesitzer stammten aus Deutschland, auf dem Wege der Bank der Ostpreußischen Landschaft. Wegen der Vergabe dieser Kredite war man sich, wie erwähnt, mit der Rentenbank-Kreditanstalt und der von Dr. Winkler geleiteten Ossa in Berlin handelseinig geworden. Außerdem interessierten sich das Auswärtige Amt und das Deutsche Generalkonsulat in Memel für diese Kreditvergabe. Als dieses Konsulat am 2.12.1925 mit seinem Schreiben Nr. 4128 eine Abschrift der Statuten des Kreditverbandes anforderte, sandte ihm der Kreditverband diese.⁴⁶ Außerdem pflegte er dem Konsulat die Namenslisten derjenigen Personen zu senden, denen Kredite genehmigt worden waren oder die welche beantragt hatten. So schrieb beispielsweise Peter von Schlenther, der Bruder des Kreisvorstehers Heinrich v. Schlenther von Pogegen,⁴⁷ aus Berlin

⁴⁶ Vierter Vorwurf: Die staatlichen Behörden eines fremden Staates mischen sich in die inneren Angelegenheiten Litauens.

⁴⁷ Eigentlich waren die ‚Kreisvorsteher‘ (*apskričiu viršininkai*) in Litauen vom Innenminister eingesetzte lokale Chefs der Zivilverwaltung, seine Vertrauensleute und oft Ex-Militärs. Wie diese Posten (mit deutschen Gutsbesitzern) in den vier Kreisen des Memelgebiets (Memel Stadt, Memel Land, Heydekrug, Pogegen) besetzt wurden, ist mir leider nicht bekannt. Der Begriff scheint hier für das deutsche *Landrat* zu stehen (denn v. Schlenthers Kollege Baldzus war *Landrat* – was Krygeris gelegentlich als ‚*krašto patarėjas*‘ wiedergibt). Jedenfalls genossen die ‚Kreisvorsteher‘ des Memelgebiets bei den Zentralbehörden nicht die in Grosslitauen übliche Vertrauensstellung – K.F. Endrius Borchertas (LCVA F. 923 Ap. 1 B. 849, S. 123 ff.) hatte die politische Entmachtung v. Dresslers und v. Schlenthers bereits 1932 angemahnt und die Kolonisierung von deren Gütern (zus. über 5000 ha) mit litauischen Bauern gefordert. Alle für die litauische Politik belastenden Geschäfte der deutschen Gutsbesitzer konnten mit der Aushebung von Kreditverband und Agraria, wo die Fäden zusammenliefen, öffentlich ‚aufgearbeitet‘ werden. Bis 1935 stützte sich der memelländisch-deutschnationale Widerstand gegen die litauische Herrschaft auf die auffallende politisch-wirtschaftliche Ämterhäufung einer grossagrarisches-traditionellen *Elite*, der „alten Führer“ (Gubba, Conrad, v. Dressler u.a.), deren politische Positionen 1933 die populäre NS-Partei CSA des Pastors Theodor v. Sass gefährdete, deren Stärke (auf Kosten der Memelländischen Volkspartei) wiederum im städtischen kleinen Beamtentum lag. Nicht zuletzt aufgrund einer Intrige der „alten Führer“ bei NS-Stellen im Reich spaltete sich die den „alten Führern“ gefährliche Memeler NS-Bewegung. Bei der Gründung der SVG des Amtsveterinärrats Dr. Ernst Neumann standen die memelländischen Grossagrarien, insbesondere v. Dressler, Pate. Um ihren politischen Einfluss zu wahren, stellten sie die von ihnen errichteten Einflusstrukturen der SVG zur Verfügung. Im Neumann-Sass-Prozess sollte neben der NS-Organisation die traditionelle deutschnationale Elite als NS-hörig mit zerschlagen werden, und das

folgenden Brief an den Kreditverband: „Berlin, den 1.3.1928. Russischer Hof. An den Direktor des Kreditverbandes Memelländischer Grundbesitzer Gernhöfer, Memel, Landschaftsbank. Auf Grund meiner heutigen Verhandlungen hier in Berlin mit den zuständigen Stellen stelle ich hiermit den Antrag meine auf Baubeln eingetragene Hypothek in Höhe von 80000 RM mit 15000 RM beleihen zu wollen. Wir haben hier vereinbart, dass diese Summe spätestens am 1.10.1928 zurückgezahlt wird. Als Schuld-Sicherheit kann Ihnen die eingehändigte Hypothek bei einem beliebigen Notar in Memel einfach und schnell eingelöst (*ikeista*) werden. Sie erhalten außerdem direkten Bescheid durch Herrn Bürgermeister Winkler sowie das Auswärtige Amt. Vor Ihrer Entscheidung bitte ich, die genannten Bescheide abzuwarten, die mit derselben Post versandt werden. Dieser Tage veranlasse ich, dass der Notar Schneiderei in Heydekrug meine Hypothek für den Kreditverband memelländischer Grundbesitzer einlöst. (gez.) Peter v. Schlenther.“⁴⁸ – Daraufhin schrieb v. Schlenther am 15.3.1928 an den Advokaten und Notar Schneiderei in Heydekrug folgenden Brief: „Kl. Volz, 15.3.1928. Sehr geehrter Herr Schneiderei! Ich wiederhole unser zuvor mit Ihrem Büro geführtes Telefonat; ich bitte, den Hypothekenbrief per eingeschriebenen Brief an Bürgermeister Winkler in Berlin, Moabit, Brückenallee 3, zu senden, von dem ich ihn erhalten werde. Es wäre mir ausnehmend angenehm, wenn der Hypothekenbrief schon am Dienstag, dem 20.3. in Berlin wäre. Die genannte Adresse ist geheim, und ich bitte Sie, diese niemand mitzuteilen. Mit besten Grüßen. Ihnen sehr gewogen. (gez.) P. v. Schlenther.“ – Gemäß v. Schlenthers Auftrag sandte der Advokat Schneiderei am 30.3.1928 den Hypothekenbrief an Winkler nach Berlin und schrieb diesem folgenden Brief: „Heydekrug, den 30.3.1928.Herrn Bürgermeister Winkler, Berlin, Moabit. Brückenallee Nr. 3. In der Angelegenheit v. Schlenther übersende ich Ihnen gemäß dem Wunsch von Hrn. v. Schlenther, Kl. Volz, den eben erst vom Amtsgericht Heydekrug erhaltenen Hypothekenbrief über die Summe von 18711,40 Goldlitas und bitte Sie, den Erhalt des Hypothekenbriefes zu bestätigen. Gleichzeitig bitte ich, Hrn. v. Schlenther vom Erhalt des Hypothekenbriefes in Kenntnis zu setzen. Hochachtungsvoll. Advokat – Unterschrift.“ – Diese Korrespondenz v. Schlenthers mit dem Advokaten Schneiderei unterstreicht nochmals die Ver-

Agraria-Verfahren stellt im Grunde ein ‚weiteres Ausholen‘ zur Ausweitung des staatsfeindlichen Vorwurfs auf die gesamte Grundbesitzerschicht – welche die Autonomieinstitutionen ausfüllte - dar. Die ‚Einheitsliste‘-Bewegung, die sich im Frühjahr 1935 um Baldzus als einen der letzten strafrechtlich nicht belangten ‚alten Führer‘ scharf, leitet bereits zu *egalitär-populären* NS-Widerstandsformen des Jahres 1938 über, in denen die ‚alten Führer‘ keine Rolle mehr spielen.

⁴⁸ Fünfter Vorwurf: Der Grundbesitz in Memel wird infolge systematischer Überschuldung der Grundbesitzer reichsdeutschen Banken überschrieben, Besitzdokumente außer Landes geschafft.

bindungen Dr. Winklers und des Auswärtigen Amtes mit den Hypothekendarlehen des Kreditverbandes und der Agraria im Memelgebiet. – Ein anderer Gutsbesitzer, Benno Heimbs, wollte ebenfalls Geld vom Kreditverband und kannte die Verbindung des Auswärtigen Amtes mit den vom Kreditverband ausgegebenen Krediten. Mit Vermittlung durch den Rat im Justizministerium Rietsch, Berlin, schrieb er 1932 in dieser Angelegenheit einen Brief an das Auswärtige Amt. Diesen Brief betreffend, erhielt Benno Heimbs vom Kreditverband folgende Antwort: „11.5.1932.⁴⁹ Herrn Gutsherrn Heimbs, Uplankis. Geehrter Herr Heimbs! Auf Ihr Schreiben vom 9. d. M. teilen wir Ihnen freundlich mit, dass für uns zwar eine Geldsumme vorgesehen ist, dass ich aber bisher noch nicht erfahren habe, ob und in welcher Höhe eine solche Summe überhaupt in unsere Disposition gegeben wird. Wie haben inzwischen viele Anträge erhalten, so dass kaum zu hoffen ist, dass die jetzt eingehenden Anträge zur Kenntnis genommen werden können. Wie ich gehört habe, haben Sie direkt bei der Geldgebenden Stelle Schritte unternommen und ich möchte Ihnen raten, in dieser Sache nochmals mit der Geldgebenden Stelle in Verbindung zu treten. Mit tiefem Respekt. (gez.) Gernhöfer.“ / Direktor des Kreditverbandes /. – Benno Heimbs' Anfrage beim Auswärtigen Amt wegen Kredit hatte zur Folge, dass er noch im selben Jahr vom Kreditverband ein Darlehen über 60000 Litas erhielt. Im Austausch für die in Deutschland durch die Bank der Ostpreußischen Landschaft erhaltenen Kredite pflegten der Kreditverband und die Agraria die ihnen von den Schuldnern überschriebenen Hypothekenbriefe für diese Königsberger Bank einzulösen. Außerdem pflegten sie dieser Bank die Garantie-Wechsel und Bürgschaftserklärungen zu übergeben, die von den Schuldnern zusätzlich verlangt wurden, obwohl die für den gewährten Kredit ausgestellten Hypothekenbriefe die Darlehen bereits vollständig garantieren. Die Bank der Ostpreußischen Landschaft pflegte die vom Kreditverband und der Agraria erhaltenen und eingelösten Hypothekenbriefe nach Berlin an die Rentenbank-Kreditanstalt zu senden, von der das Geld kam. Sowohl die Bank der Ostpreußischen Landschaft als auch der Kreditverband pflegten in ihrer Korrespondenz die Erwähnung der Rentenbank-Kreditanstalt in Berlin, über die das Geld bezogen wurde, zu vermeiden und verwandten Decknamen: „Geldgebende Stelle“, „Berliner Korrespondenz“, „Zuständige Stelle“, „Betreffende Stelle“, „Höhere Stelle“, etc. Mit diesen Decknamen wurden die wahren Bezeichnungen der Berliner Stellen, mit denen die von Kreditverband und Agraria bezogenen Kredite verbunden waren, verschleiert. Was für Grundlagen für Kredite für seine und der Agraria Schuldner der Kreditverband an die Bank der Ostpreußischen Landschaft in Königsberg – zur Weitersendung (d.h. nach Ber-

⁴⁹ Am 4.5.1932 war der IV. Memelländische Landtag gewählt worden. Dies erklärt die zahlreich eingegangenen Kreditanträge wohl...

lin – K.F.) - zu senden pflegte ist aus folgendem Schreiben des Kreditverbandes ersichtlich: „28.10.1933. Bank der Ostpreußischen Landschaft, Königsberg Pr. Betrifft Marie Anskohl in Voveriškiiai. Als Anlage senden wir: 1. Hypothekenbrief über 9600 Goldlitas zusammen mit einem Schulddokument, das in das Grundbuch (? - unklare Stelle – K.F.) von Voveriškiiai Bd. I S. 1 Nr.7, Abt. III, Nr.8 eingetragen ist. Besitzerin ist die Bauersfrau Marie Anskohl – Voveriškiiai.; 2. den notariell beglaubigten Antrag auf Einlösung; 3. die notariell beglaubigte Bürgschaftserklärung der Bauersleute Marie und Michel Anskohl (*laidavimo pareiškimas*); 4. eine Bescheinigung vom Feuerversicherungs-Verein der Ostpreußischen Provinz über den Schutz einer Hypothek im Wert von 9600 Goldlitas;⁵⁰ 5. eine gerichtlich bestätigte Abschrift aus dem Grundbuch den verpfändeten (*ikeisto*) Bauernhof betreffend; 6. eine Zeichnung des Memeler Katasteramtes zusammen mit dem Vermessungsregister; 7. eine von dem Taxator Dr. Beutner vom Kreditverein der Memelländischen Grundbesitzer, eingetr. GmbH, angefertigte Bescheinigung über den taxierten Gewinn und den taxierten Wert (des Hofes). Die Bescheinigung wurde von ihm gemäß den Wertschätzungs-Richtlinien der ‚Ostpreußischen Landschaft‘ aus dem Jahre 1913 angefertigt. Das bewegliche Gut ist beim Feuerversicherungs-Verein der Ostpreußischen Provinz gegen Brand versichert 1120 (unklare Stelle – K.F.). Wir teilen Ihnen freundlich mit, dass wir der Bauersfrau Marie Anskohl, Voveriškiiai, einen Kredit über 4000 RM festgesetzt haben. Wir bitten, diese Anlagen weiterzusenden und zu veranlassen, dass uns die Summe von 4000 RM aus dem uns gewährten Kredit-Vorschuss als Darlehen gegeben wird, einschließlich der üblichen Zulage von 444,44 RM. Der Kredit wird ausschließlich dazu verwendet, eine Forderung des ‚Vorschuss-Vereins Prökuls‘ zu bedienen.⁵¹ Entgegen der Bemerkung des Taxators bei der Gewinn-Taxierung S. Nr. 18 wurde die Forderung des Vorschuss-Vereins Prökuls nicht mit Sachwerten abgesichert und bildet nach wie vor eine freie Kontokorrent-Forderung der Hofbesitzerin. Wir bitten, den Erhalt der Anlagen bei Gelegenheit zu bestätigen. Hochachtungsvoll. Kreditverband Memelländischer Grundbesitzer. (7 Anlagen).“ – Marie Anskohl erhielt ein Darlehen von der Agraria. Von den Schuldner des Kreditverbandes wurden an die Bank der Ostpreußischen Landschaft dieselben Darlehensunterlagen eingereicht, nur wurden anstatt der Bürgschaftserklärung Garantie-Wechsel (Depotwechsel) versandt. Schreiben sol-

⁵⁰ Das wäre ein Nachweis über den Verkehrswert des Anwesens.

⁵¹ Es geht also um die Umschuldung überschuldeter Höfe, wobei die Eigentumsrechte an deutsche Banken gehen. Zweck der Übung muss – neben der politischen Bindung an die Landwirtschaftspartei – sein, eine Versteigerung und einen Aufkauf der Höfe durch (mit Darlehen der *Žemės Bankas* ausgestattete) grosslitauische Zuwanderer zu verhindern. Die Kreditvergabe aus dem Reich erweckt den Eindruck einer finanziellen Beinahe-Einbahnstrasse.

chen Inhalts, mit denen die Darlehensunterlagen nach Deutschland gesandt wurden, finden sich in allen Akten der Schuldner von Agraria und Kreditverband. Dass die Bank der Ostpreußischen Landschaft lediglich eine Vermittlerstelle zwischen dem Kreditverband und der Geldgebenden Stelle in Berlin war, bestätigen die Leitung des Kreditverbandes, die das gar nicht abstreitet, und die gesamte Korrespondenz des Kreditverbandes, aus der man beispielsweise folgende Schreiben anführen kann: 1. In der Akte des Agraria-Schuldners Johann Bendig befindet sich auf S. 3 die Abschrift eines Schreibens vom Kreditverband: „23.3.1932. An die Bank der Ostpreußischen Landschaft, Königsberg. Wir bitten, von der Geldgebenden Stelle die Übersendung der Darlehensgrundlagen betreffend Johann Bendig – Pakalnè Nr. 145, 330 und 443 - an uns zu fordern. Der Hof ist nämlich am 9.5. zur Versteigerung ausgeschrieben, und wir möchten unsere Rechte wahren. Hochachtungsvoll. Kreditverband Memelländischer Grundbesitzer.“ – 2. In der Mappe mit der Kreditverband-Korrespondenz der Jahre 1927-28 befindet sich auf S. 52 folgende Abschrift: „27.2.1928. An die Bank der Ostpreußischen Landschaft, Königsberg. Um den Wechsel von Hilgendorf⁵² über 10000 RM, der am 5.3. fällig wird, zu verlängern, senden wir Ihnen als Anlage ein Akzept des Herrn Hilgendorf, das am 25.5. zur Zahlung fällig wird und bitten, dieses (Akzept) an die Geldgebende Stelle zu senden und den losgekauften Wechsel an uns zu senden. Hochachtungsvoll. Kreditverband Memelländischer Grundbesitzer.“ – 3. In der Akte von Max Bendszus befindet sich als erstes Blatt die Abschrift eines Schreibens des Kreditverbandes an die Bank der Ostpreußischen Landschaft in Königsberg vom 7.7.1931: „7.7.1931. An die Bank der Ostpreußischen Landschaft, Königsberg. Als Anlage übersenden wir freundlich: 1. Eine Bescheinigung der ‚Ostpreußischen General-Landschafts-Direktion‘ dahingehend, dass die Taxe (d.h. der taxierte Wert – K.F.) des Grundstücks Eglynai Nr. 46 des Eigentümers Max Bendszus 18300 RM beträgt; 2. zwei beglaubigte Auszüge aus dem Grundbuch betreffend Eglynai Nr. 46; 3. Einen Bescheid des Grundbuchamtes betreffend Eglynai Nr. 46; 4. fünf Bescheinigungen, die besagen, dass die früheren Hypotheken-Kreditoren auf die Aufwertung (? - *atvertinimas*) verzichten.

⁵² Auch dieser wurde in den Neumann-Sass-Prozess als Angeklagter hineingezogen, wurde allerdings freigesprochen. Er konnte glaubhaft machen, dass er a) sich als Vorstandsmitglied bemüht hatte, die memelländische Raiffeisenorganisation von der ostpreußischen zu trennen; b) dass er seinerzeit mit Gouverneur Merkys (1927 – 1932) in guten geschäftlichen Beziehungen gestanden hatte; c) er nur kurze Zeit Parteimitglied gewesen war, und überdies nicht aktiv; d) dass die bei ihm beschlagnahmte eindrucksvolle Waffensammlung teils aus dem Nachlass des gefallenen Bruders stammte. Im Übrigen sei 1919 (?) die ‚Eiserne Division‘ der Baltikumskämpfer aufgelöst worden, so dass Waffen überall in den Gehöften aufgesammelt werden konnten.

Wir teilen mit, dass wir für Herrn Bendszus seinerzeit 5000 RM Kredit festgesetzt haben; die Belege hierüber befinden sich bei Ihnen. Herr Bendszus bittet uns nun um einen neuen Kredit von 2-3000 RM und will die unter Abt. III, Nr. 8 eingetragene Summe⁵³ von 12000 Goldlitas bezahlen (*apmokėti*) oder aber dem von uns erhaltenen Kredit gegenüber jener Summe Priorität einräumen. Wir bitten, die Anlagen der Geldgebenden Stelle zu senden, damit diese ihre Meinung äußern kann, und bitten, uns bei der Rücksendung der Anlagen an uns mitzuteilen, ob die Geldgebende Stelle der Gewährung eines weiteren Kredits über 2-3000 RM für Herrn Bendszus zustimmt. Hochachtungsvoll. Kreditverband Memelländischer Grundbesitzer.“ – 4. In der Akte des Schuldners Carl Böttcher befindet sich als erstes Blatt die folgende Abschrift eines Schreibens des Kreditverbandes: „11.3.1932. An die Bank der Ostpreußischen Landschaft, Königsberg. Bitte bitten sie die Geldgebende Stelle, dass sie uns unverzüglich die Darlehensunterlagen für Jankaičiai Nr. 18 und 26 und Darguschen Nr. 12 des Carl Böttcher übersendet. Der Hof soll am 28.4. d. J. versteigert werden, und wir wollen unsere Rechte wahren. Hochachtungsvoll. Kreditverband Memelländischer Grundbesitzer.“ – 5. In der Korrespondenzmappe für das Jahr 1929 befindet sich als S. 220 die Abschrift eines Schreibens des Kreditverbandes vom 23.7.1929 an die Bank der Ostpreußischen Landschaft in Königsberg, in dem es unter anderem heißt: „...Bei der Berechnung der zum 30.6. d. J. von der Agraria Kreditgesellschaft mbH, Tilsit, zu zahlenden Amortisationsraten hat die Geldgebende Stelle sich insofern geirrt, als sie die Amortisationssumme auf Grundlage derjenigen Summe berechnet hat, die uns ausgehändigt wurde, d.h. 643333,18 RM.⁵⁴ In Wirklichkeit aber hätte sie die Amortisationssumme auf Grundlage der an die Bauern (tatsächlich) ausgegebenen und durch Realbesitz garantierten Summe, d.h. 579000 RM, berechnen müssen. Dergestalt ergibt sich ein Unterschied von 321,67 Litas, den wir irrtümlich überwiesen haben und um dessen Rückerstattung wir freundlich bitten.“ Weiter heißt es: „...Wir bitten Sie, mit der Geldgebenden Stelle in Verbindung zu treten und, wie wir bereits gebeten haben, zu veranlassen, dass uns das zuviel bezahlte Geld rückerstattet wird. Kreditverband Memelländischer Grundbesitzer.“ – Die Vermittlerrolle der Bank der Ostpreußischen Landschaft in Königsberg wird auch aus der Korrespondenz dieser Bank selbst ersichtlich, die sich in den Akten des Kreditverbandes befindet. Zur Veranschaulichung seien folgende Schreiben angeführt: 1. In der Mappe des Schuldners Johann Bendig findet sich auf S. 4 ein Schreiben der Bank der Ostpreußischen Landschaft an den

⁵³ Offenbar ist der Eintrag einer Hypothek im Grundbuch gemeint.

⁵⁴ Diese Summe hätte die Agraria demnach von der Rentenbank in den 18 Monaten seit ihrer Gründung für Bauernkredite im Memelgebiet erhalten. Die Zuwendungen an den Kreditverband sind dabei noch unberücksichtigt.

Kreditverband: „Kreditverband Memelländischer Grundbesitzer, Memel. Agraria, per Adr. Landschaftsbank Memel AG. Betrifft Johann Bendig – Pakalnė. Im Auftrage der Geldgebenden Stelle senden wir Ihnen den gewünschten Hypothekenbrief über die in das Grundbuch von Pakalnė Bd. IV S. 145, Bd. X S. 3330 und Bd. XVII S. Nr. 443, Abt. III Nr. 7, 4, 3 eingetragene Gesamthypothek (*įtraukta...visuotinė hipoteka*) über 9600 Goldlitas und bitten, den Empfang mit dem beigelegten Formular zu bestätigen. Wir bitten Sie, uns über den Gang der Versteigerung auf dem Laufenden zu halten, damit wir unsere Berliner Korrespondenz (die Rentenbank – K.F.) benachrichtigen können. Bank der Ostpreußischen Landschaft. (Es folgen Unterschriften).“ – 2. In der Mappe des Schuldners Michel Grigat findet sich auf S. 3 ein Schreiben der Bank der Ostpreußischen Landschaft an den Kreditverband: „Betr. Michel Grigat – Musaičiai. Im Auftrage unserer Berliner Korrespondenz senden wir zu unserer Entlastung zurück: 1. Auszug vom 25.8.1931 aus der Grundsteuer-Liste und aus dem Grundbuch von Musaičiai Bd. I S. 2; 2. Auszug vom 25.8.1931 aus der Grundsteuer-Liste betreffend Musaičiai, Bd. II, S. 31. Wir bitten, den Erhalt auf dem beigelegten Formular zu bestätigen. Bank der Ostpreußischen Landschaft.“ – 3. In der Mappe (d.h. Akte – K.F.) des Schuldners Koenies findet sich auf S. 6 ein Schreiben des Kreditverbandes vom 30.10.1932 an die Bank der Ostpreußischen Landschaft in Königsberg: „Betr. Martin Koenies, Venskai. Im Auftrage der Geldgebenden Stelle senden wir Ihnen den Auszug aus dem Grundsteuer-Buch vom 13.9. zurück und bitten um Mitteilung, ob der Hof von Herrn Koenies (zwangs)versteigert wird, und welcher Termin dafür vorgesehen ist.⁵⁵ / Ihr Schreiben vom 29.4./.“ Ferner findet sich auf S. 11 derselben Mappe ein Ausschnitt eines Schreibens derselben Bank der Ostpreußischen Landschaft / das Datum ist abgeschnitten /, in dem die Bank dem Kreditverband schreibt: „Betr. Martin Koenies, Venskai. Die Geldgebende Stelle hat erfahren, dass der Hof des Genannten an den Herrn Kawohl, Venskai, verkauft wird und dass Sie sich mit diesem wegen der Rückerstattung einer Teilschuld aus dem an Hrn. Koenies gegebenen Darlehen in Verbindung gesetzt haben. Die Berliner Korrespondenz bittet zu diesem Anlass, dass ihr über den Stand eines jeden Darlehens in einem gesonderten Schreiben berichtet wird.“ – 5. In der Mappe des Schuldners von Morstein findet sich auf S. 17 folgendes Schreiben der Bank der Ostpreußischen Landschaft an den Kreditverband: „Bank der

⁵⁵ Die Häufung von in wirtschaftliche Not geratenen und zur Zwangsversteigerung anstehenden Höfen ist auffallend. Am 20.5.1932 bemerkt Endrius Borchertas in seinem Memorandum an das Ministerkabinett, der aktuelle Handelsvertrag mit dem Reich diene jenem vor allem dazu, die Tätigkeit politischer Agenten (insbesondere der Geschäftsführung des ‚Memeler Dampfboot‘ und anderen Personals) im Memelgebiet abzusichern, während Litauen infolge hoher deutscher Einfuhrzölle von dem Handelsvertrag kaum Nutzen habe.

Ostpreußischen Landschaft. Königsberg, den 29.7.1932. Kreditverband Memelländischer Grundbesitzer, Memel. Durch die Landschaftsbank AG. Betr. Arthur Morstein, Ašpurviai. Die Geldgebende Stelle hat erfahren,⁵⁶ dass der Hof des oben Genannten am 8.9.1932 versteigert wird. Als Anlage senden wir (*itikėtinai?*): Den in das Grundbuch von Ašpurviai Bd. I, S. 1, Abt. III Nr. 55 und das Grundbuch von Dvyliai Bd. I, S. 7, Abt. III Nr. 13 eingetragenen Hypothekenbrief über 16800 Goldlitas. Wir bitten Sie, den Erhalt mit dem beigefügten Formular zu quittieren. Wir bitten, uns über den Gang der Versteigerung zu berichten, damit wir unsere Berliner Korrespondenz informieren können. Hochachtungsvoll. Bank der Ostpreußischen Landschaft.“ – 6. In der Mappe des Schuldners Martin Wenskus findet sich auf S. 14 ein Ausschnitt (ohne Datum) von einem Schreiben der Bank der Ostpreußischen Landschaft in Königsberg. Dieses Schreiben stellt die Antwort auf ein Schreiben des Kreditverbandes vom 21.12.1932 dar und hat folgenden Inhalt: „Betr. Eheleute Wenskus, Kebelkštai. Die Berliner Korrespondenz bestätigt den Eingang der Ihrem Schreiben vom 21.12.1932 beigelegten Kreditunterlagen. Bevor sie sich dazu entschließt, aufgrund des Antrages der Agraria dem oben Genannten ein Darlehen über 4444,44 RM zu bewilligen, bittet sie, die üblicherweise verwandte und nach deren Regeln erstellte Wertbescheinigung von der Ostpreußischen Generallandschafts-Direktion oder eine entsprechende Erklärung der Herren Dr. Beutner oder Funk einzusenden.⁵⁷ Hochachtungsvoll. Bank der Ostpreußischen Landschaft.“ – 7. In der Mappe mit der Korrespondenz des Kreditverbandes aus dem Jahr 1927 findet sich auf S. 89 ein Schreiben der Bank der Ostpreußischen Landschaft an die Landschaftsbank in Memel vom 24.9.1927: „Königsberg, den 24.9.1927. An die Landschaftsbank AG, Memel. Betrifft den vom Kreditverband memelländischer Grundbesitzer gewährten Sonderkredit⁵⁸ für Conrad, Sendvaris (Althof? – K.F.). Hiermit bestätigen wir den Erhalt des unter Sendvaris Nr. 5, Abt. III, Nr. 7 eingetragenen Grundschuld-Briefes über 60000 Litas und (unleserliches Wort), den Sie mit Ihrem Schreiben vom 19.9. eingesandt haben. Gleichzeitig bestätigen wir, dass wir das erwähnte Dokument mit demselben Schreiben an die Zuständige Stelle (Rentenbank – K.F.) weitergesandt haben. Hochachtungsvoll. Bank der Ostpreußischen Landschaft.“ – 8. In derselben Mappe findet sich auf S. 95 ein Schreiben von der Bank der Ostpreußischen Landschaft an den Kreditverband

⁵⁶ Auf welchem Weg, wenn sie davon den Kreditverband in Kenntnis setzt? Darüber wüsste man gerne mehr.

⁵⁷ Offensichtlich sind sie die von der Bank der Ostpreußischen Landschaft für das Memelgebiet bestellten Schätzer.

⁵⁸ Hier wird es besonders pikant. Sechster Vorwurf: Die deutschnationalen ‚alten Führer‘ werden von einer reichsdeutschen staatlichen Bank mit großen Summen ausgehalten.

vom 26.8.1927: „Wir bestätigen den Erhalt Ihres Schreibens vom 24. d.M. Wir haben Ihren Brief an die Entsprechende Stelle gesandt, um deren Meinung einzuholen. Die Bedingungen für einen neuen Kredit über 100000 RM sind uns selbst noch unbekannt, man wird sie uns aber dieser Tage zusenden, was wir Ihnen sofort mitteilen werden. Hochachtungsvoll. Bank der Ostpreußischen Landschaft. (Unterschriften folgen).“ – 9. Auf S. 322 in der Mappe mit der Korrespondenz des Kreditverbandes für das Jahr 1930 findet sich ein Schreiben der Bank der Ostpreußischen Landschaft an den Kreditverband vom 10.9.1930: „Im Auftrage der Geldgebenden Stelle bitten wir um Nachricht, wie weit die Sache wegen der Abschreibung (*nurašymas*)⁵⁹ von 5,10,08 ha (sic ?) gediehen ist. Unsere Berliner Korrespondenz rät dazu, sich bei den entsprechenden Amtsgerichten kundig zu machen, wo der auf Jėgininkai 2, Abt. III, Nr. 12 eingetragene Hypothekenbrief über 48000 Litas verblieben ist. Wir erwarten Ihre Antwort. Respektvoll. Bank der Ostpreußischen Landschaft.“ – 10. In der Mappe mit der Korrespondenz des Kreditverbandes für das Jahr 1930 findet sich auf S. 399 ein Schreiben der Bank der Ostpreußischen Landschaft an den Kreditverband vom 18.2.1932: „Betr. Olga Riegel – Trušėliai. Unsere Berliner Korrespondenz hat den von Ihnen mit Ihrem Schreiben vom 28.1. d. J. eingesandten Grundbuchauszug betr. Trušėliai 1 ihrer Akte hinzugefügt und erfahren, dass lediglich das Grundstück Nr. 1 verkauft wurde. 102 / 7 betrifft das bebaute Hofgrundstück überhaupt nicht. Nach Prüfung aller Unterlagen hat die Berliner Korrespondenz zugestimmt, die Bürgschaft (*nuimti įkeitimą*) von dem 1,00,00 ha großen Grundstück zu nehmen, wie man (uns) am 19.9.1931 schrieb. Als Anlage senden wir zu Ihren Händen den Hypothekenbrief Trušėliai 1 Abt. III, Nr. 41 über 14400 Litas, damit die Ablösung der Bürgschaft (auf dem Dokument) vermerkt wird und bitten, uns den Hypothekenbrief nach dieser Berichtigung zurückzusenden.⁶⁰ Bank der Ostpreußischen Landschaft.“ – In derselben Korrespondenzmappe findet sich auf S. 571 ein Schreiben der Bank der Ostpreußischen Landschaft vom 30.1.1933 an den Kreditverband: „Die Geldgebende Stelle kommt auf Ihr Schreiben vom 11.1. zurück und gibt Ihnen die seinerzeit zur Begutachtung eingereichten Kreditanträge zurück. Nachdem die Landschaftsbank Memel AG zu Ihren Gunsten auf die für sie (die Landschaftsbank Memel) vorgesehenen 125000 RM an liquidierten Krediten verzichtet hat,⁶¹ konnte die Geldgebende Stelle Ihrem Wunsch nachkommen und

⁵⁹ Die Stelle ist unklar. Wer hat sich hier Besitztitel und in welchem Umfang erworben? Wessen Anspruch muss (Kreditverband?) abgeschrieben werden? Weil die Rechtstitel nicht auffindbar sind?

⁶⁰ Offenbar verfügt die Rentenbank über eigene Nachrichtenkanäle (das Generalkonsulat?).

⁶¹ Auch dies ist merkwürdig. Benötigt diese Bank kein Arbeitskapital, oder hat sie sich zugunsten von Kreditverband und Agraria aus dem landwirtschaftlichen Kreditgeschäft

Ihnen und der Agraria die bislang bewilligten Kreditkontingente um 125000 RM aufstocken. Die in dem Schreiben Nr. 96192 vom 1.8.1932 dargelegten Bedingungen gelten auch für diese Summe. Um die Nachricht nach Berlin weiterzugeben, bitten wir Sie, uns mitzuteilen auf welche Weise die oben genannte Summe zwischen Ihren beiden Einrichtungen aufgeteilt wird. Hochachtungsvoll. Bank der Ostpreußischen Landschaft.“ – Dass die Bank der Ostpreußischen Landschaft selber dem Kreditverband und der Agraria keine Darlehen gibt, sondern dass über sie lediglich aus gewissen „taktischen Erwägungen“ heraus Korrespondenz gesandt und Geld geliefert wird, das gibt auch der Kreditverband selber zu, der in seinem Schreiben vom 4.5.1932 an Heinrich Däxling in Juodikai schreibt: „Auf Ihr Schreiben an den Herrn Junker (*ponui bajorui*) Gubba vom 20. d.M. teilen wir Ihnen mit, dass die Bank der Ostpreußischen Landschaft überhaupt keine Darlehen im Memelgebiet gewährt (*bendrai neduoda jokių paskolų Klaipėdos krašte*).“ – Während die Geldgebende Stelle in Deutschland in das Memelgebiet hinein Geld für Propaganda gegen das Litauertum und die Interessen des litauischen Staates gab,⁶² trug sie Sorge, hier im Memelgebiet auch ihre eigenen Revisoren und Propagandainstrukturen zu haben. 1925 siedelte sich der Bevollmächtigte der Gesellschaft ‚Ossa‘ von Dr. Winkler und Dr. Werner, der deutsche Staatsbürger Dr. Erich Wallat, in Memel an. Er hielt engen Kontakt zur Ossa und sandte ständig Berichte über die Lage im Memelgebiet an die Ossa. Dem Dr. Wallat wurde als erstes aufgetragen, Möglichkeiten zu finden, wie man über die Raiffeisenvereine des Memelgebietes, die bis dahin unpolitische Kreditvereinigungen gewesen waren, antilitauische Propaganda treiben könne und aus der Geschäftsleitung der Raiffeisenvereine die litauisch gesonnenen Aktivisten (*lietuviško nu-*

zurückgezogen? Alle drei Institutionen werden ja von Dir. Gernhöfer in Personalunion geleitet und führen eine gemeinsame Kasse.

⁶² Ein hoher Kreditbedarf der memelländischen Landwirtschaft (zu 3% Zins, so Endrius Borchertas 1932) war offensichtlich vorhanden, und es gab auch ein Kreditangebot der *Žemės Bankas*, wenn auch zu weniger günstigen Bedingungen. Wenn die lokalen Bauern überwiegend die politischen Kredite deutscher Herkunft bevorzugten (litauische Stellen den Kreditmarkt nicht kontrollierten), dann sicherlich *auch* deshalb, weil auch die litauischen Kredite an gewisse politische Bedingungen geknüpft gewesen sein müssen (denkbar wäre: Besuch einer litauischen Schule für die Kinder etc. etc.). Von solchen Pressionen ist in anderen Kontexten nicht selten die Rede, wie beispielsweise auch die Mitgliedschaft in deutschen bzw. litauischen Viehabsatz-Strukturen an politisches Wohlverhalten gegenüber der jew. Seite geknüpft war (vgl. Borchertas, 1932). Eine ‚politisch-neutrale‘ litauische Kreditvergabe anzunehmen ist im Kontext der Zeit völlig unrealistisch. – Siebter Vorwurf: Die reichsdeutschen Einflußstrukturen führen sich auf, als wären sie zuhause – *im Reich*. Stets wird eine Kontinuität deutscher Revisionsbestrebungen seit dem litauischen Erwerb des Memelgebietes (Annexion) herausgestellt.

sistatymo ... veikėjai)⁶³ entfernen könne. Damit Dr. Wallat die Raiffeisenvereine unter seinem Einfluss halten konnte, besorgte er ihnen zuerst Kredite aus der Hollandsche (sic?) Buitenlandbank in Holland.⁶⁴ Diese Bank wurde in Holland von Deutschen gegründet, deren Wirkungssphäre sich in Deutschland und dessen benachbartem Ausland befindet. Sie ist eine rein deutsche Einrichtung, die Mittel für die deutsche Auslandspropaganda bereitstellt, und sie wird – als eine niederländische Bank – für dieselben politischen Kredite eingesetzt, die über deutsche Banken abzuwickeln unbequem ist. Dr. Wallat erhielt bereits 1926 von der Buitenlandbank Kredite für die Raiffeisenvereine im Memelgebiet. Die Verhandlungen zwischen der Direktion der Buitenlandbank und der Memeler Raiffeisenbank wegen Krediten fanden nicht in Holland, sondern bei der Ossa in Berlin statt (Unter den Linden 17/18). Bei diesen Verhandlungen war Dr. Winkler der ständige Vermittler, der dabei das Wort des Hausherrn hatte. Nachdem die Raiffeisenvereine Kredite von der Buitenlandbank erhalten hatten, übergab diese Bank das gesamte Schalten und Walten (*šeimininkavimas ir jų tvarkymas*) in den Raiffeisenvereinen des Memelgebiets dem Dr. Wallat. Am 25.9.1931 zwang die Buitenlandbank die Raiffeisenbank Memel und die Raiffeisen-Handelsgesellschaft und Landwirtschaftlichen Genossenschaftsvereine zur Schließung folgenden Vertrages mit der Buitenlandbank: „Vertrag

⁶³ Krygeris bleibt die Information schuldig, um wie viele Personen und um wen es sich handelte.

⁶⁴ Achter Vorwurf: Staatliche Stellen im Reich gründen im ‚neutralen‘ Ausland besondere Finanzinstitute (ja, geradezu Reptilienfonds), um ihre revisionistischen Ziele besser zu verschleiern. Das findet beginnend mit dem Augenblick statt, als (mit dem Memelstatut vom 8.5.1924) die juristische Lage des Memelgebiets geklärt wird. *Der Deutsche ist also heimtückisch*. - Wenn allerdings die Buitenlandbank vor allem der Finanzierung deutscher Wühlarbeit diene, wieso ließ sie sich dann mit den ‚politisch unzuverlässigen‘ Raiffeisenvereinen ein? Krygeris’ Zuspitzung der Vorwürfe auf *organisierte Staatsfeindlichkeit ‚von Anfang an‘* (1920) ist dem politischen Auftrag der Zeit geschuldet. Krygeris war auch als Ermittlungsrichter im Neumann-Sass-Prozess federführend beteiligt und hatte Erfahrung in der Überzeichnung staatsfeindlicher Sachverhalte. Der von reichsdeutschen Stellen geförderten ‚deutschen Staatsfeindlichkeit‘ auf dem deutsch geprägten ehemaligen Reichsgebiet (in das sich der litauische Staat gewaltsam ausdehnte) muss in den 20er Jahren ein *defensiver* Charakter zugesprochen werden: Sie suchte in dem abgetrennten Gebiet die ‚Trümmer von Versailles‘ zu stabilisieren, die Ent-Deutschung aufzuhalten, deutsche Positionen für eine *spätere* Grenzrevision – realistisch war nur der Verhandlungsweg - zu konservieren. Völlig klar ist, dass 1) die Bestimmungen des Versailler Vertrages grundsätzlich nicht akzeptiert wurden und dass 2) die reichsdeutsche Politik (um 1925) keineswegs den Mut zu *langfristig* angelegten Stütz-Maßnahmen verloren hatte und diese vorantrieb. Man setzte bei einer Kontrolle der ökonomischen Grundlagen des nunmehr fremden Staatsgebiets an.

zwischen der N.V. Hollandsche Buitenlandbank, 's-Gravenhage, einerseits und der Raiffeisenbank AG Memel und der Raiffeisen Landwirtschaftlichen Genossenschaftsverein-Union e.V. Filiale Memel andererseits. 1. Die Hollandsche Buitenlandbank, 's-Gravenhage, setzt einen Bevollmächtigten ein, der ihre Interessen in der Raiffeisenorganisation Memel, d.h. in der Raiffeisenbank AG Memel und der Raiffeisen Landwirtschaftlichen Genossenschafts-Union e.V., Memeler Abteilung, vertritt. 2. Zum Bevollmächtigten ernennt die Hollandsche Buitenlandbank Dr. Wallat. 3. Der Bevollmächtigte hat das Recht, jederzeit (*kiekvienu laiku*) in den genannten Zentraleinrichtungen und den zu ihnen gehörigen Genossenschaften eine Revision durchzuführen. Die Raiffeisenorganisationen sind verpflichtet, dem Bevollmächtigten die verlangten Dokumente vorzuweisen und ihm alle von ihm verlangten Dokumente zur Erläuterung (*paaiškinimui*) zu übergeben. 4. Werden neue Engagements über eine höhere Summe als 10000 Litās eingegangen, muss zuvor die Zustimmung des Bevollmächtigten eingeholt werden. Gemäß Vereinbarung mit dem Bevollmächtigten wird ein neuer Kreditrahmen festgesetzt, innerhalb dessen die Genossenschaften bei der Raiffeisenbank Kredite aufnehmen können. Eine Überschreitung des Kreditrahmens ist nur mit dem Einverständnis des Bevollmächtigten zulässig. 5. Die Raiffeisenorganisationen müssen den Wünschen des Bevollmächtigten im Bereich der Organisation (*organizavimo srityje*) nachkommen, soweit dies die Darlehensvergabe betrifft. 6. Der Bevollmächtigte hat das Recht, an den Sitzungen der Geschäftsleitung, der Kreditkommission, des Aufsichtsrates, der Mitgliedervollversammlung und auch an allen anderen Beratungen der drei Zentraleinrichtungen und der zu ihnen gehörigen Genossenschaften teilzunehmen. Er muss zu einer jeden Sitzung einer Zentraleinrichtung rechtzeitig eingeladen werden. Falls er dies verlangt, müssen entsprechende Sitzungen einberufen werden. (Unterschriften folgen).“ – Nach dem Abschluss dieses Vertrages übergab Dr. Wallat der Buitenlandbank neben den in der Raiffeisenbank Memel befindlichen Informationen über die Schuldner auch die Schuldscheine der Bauern des Gebiets und deren bargeldlose Garantiewechsel. Auf diese Weise gerieten die Raiffeisenvereine des Memelgebiets und deren bäuerliche Mitglieder in die Abhängigkeit vom Ausland, und der Bevollmächtigte der ‚Geldgebenden Stelle‘ Dr. Wallat⁶⁵ entfernte unterdessen aus den Raiffeisenvereinen die ihm als unzuverlässig geltenden Amtsträger (*jam nepatikimi veikėjai*). Die

⁶⁵ Hier wird Ermittlungsrichter Krygeris' Verknüpfung holprig, da er den Zusammenhang zwischen Rentenbank und Buitenlandbank vor allem assoziativ (und über die Berliner Vermittlungsdienste des Dr. Winkler / der Ossa) hergestellt hat. Wer die Buitenlandbank mit welchem Kapital gründete wird nicht erläutert, weshalb problematisch ist, Wallat ohne dokumentarischen Beleg als den Bevollmächtigten der Rentenbank (Geldgebende Stelle) zu bezeichnen, auch wenn die ihm zugeschriebene Rolle prinzipiell zutrifft.

Raiffeisenvereine wurden tagtäglich in die Rolle von Einrichtungen der politischen Kreditierung und der antilitauischen Propaganda gezwungen, die dem Deutschtum und den Interessen Deutschlands dienten. – Überdies war Dr. Wallat in Memel zur dieser Zeit nicht nur der Bevollmächtigte der Buitenlandbank und der Ossa, sondern gleichzeitig auch Bevollmächtigter für die Bank der Ostpreußischen Landschaft und die Rentenbank-Kreditanstalt. Als Vertreter dieser Einrichtungen hatte er das Wort des Hausherrn in der Agraria und dem Kreditverband,⁶⁶ deren Bücher er prüfte und an deren Aufsichtsratssitzungen er teilnahm. Er äußerte seine Meinung bei der Vergabe von Krediten und trug Sorge, dass die bewilligten Kredite maximal für die antilitauische Aktion und für die Anbindung der memelländischen Bauern an Deutschland und dessen Einfluss im Memelgebiet benutzt wurden. Dr. Wallat pflegte in Angelegenheiten des Kreditverbandes und der Agraria nach Königsberg und Berlin zu fahren, wofür ihm der Kreditverband die Reisekosten erstattete. Am 5.9.1932 zahlte der Kreditverband aus einem Prozentkonto (?) dem Dr. Wallat 342,30 Lit as aus, der dieses Geld als der Vertreter der Geldgebenden Stelle erhielt. Der Kreditverband pflegte Dr. Wallat über die eigenen Angelegenheiten und die seiner Abteilung Agraria zu informieren. Hier (Datum nicht bezeichnet) schreibt der Kreditverband Dr. Wallat, der sich in Tilsit befindet: „An Herrn Dr. Wallat, Tilsit. Betr. Zinsen des Kreditverbandes und der Agraria. Wir teilen Ihnen mit, dass wir die Bank der Ostpreußischen Landschaft gebeten haben, die Zahlung von 65000 RM aus den Zinsen für Kredite auf unbestimmte Zeit aufzuschieben.⁶⁷ Aus dieser Summe würden 60000 RM für einen Hilfsfonds und die Restsumme für Zins(zahlung) aufgewandt. Unterschriften.“ – Der Kreditverband pflegte durch Dr. Wallat auch verschiedene Geheimschreiben an die Stellen im deutschen Reich zu senden. Beispielsweise schreibt der Kreditverband in einem seiner Schreiben Folgendes: „3.12.1932. An Herrn Dr. Wallat, Memel. Bahnhofstrasse 7. Wir bitten freundlich, dass Sie als Vermittler beiliegendes Schreiben bei der Zuständigen Stelle einreichen. Hochachtungsvoll.

⁶⁶ Dr. Wallat erscheint als regelrechter Tausendsassa, der eine beträchtliche Ämterhäufung virtuos handhabt. Ob hier nicht ein *Über-Bösewicht aufgebaut* wird? Wallat füllt die Aufgaben seines Bevollmächtigten-Amtes aus, von denen *jede einzelne* zu einem staatsfeindlichen Akt, Teil einer *Gesamtverschwörung*, stilisiert wird. Ungeklärt bleibt, warum die Agraria gegründet und die deutschen Kredite (zum Nachteil der Raiffeisenbank) über sie abgewickelt wurden, wenn man bereits die Raiffeisenorganisation angeblich so effektiv geknebelt und zum politischen Instrument gemacht hatte. Warum baut man dann noch mit beträchtlichem Aufwand eine *illegale* (Genehmigung für Bankgeschäfte fehlt) Parallelstruktur auf? Auch die deutschnationalen Gutsbesitzer werden in diesem Text zu reinen Marionetten des Dr. Wallat.

⁶⁷ Die Rückzahlung an den deutschen Kreditgeber soll also gestundet werden.

Kreditverband Memelländischer Grundbesitzer.“⁶⁸ Die Verbindungen des Dr. Wallat in den Angelegenheiten des Kreditverbandes und der Agraria mit Stellen im Reich veranschaulicht auch ein weiteres Schreiben des Kreditverbandes vom 3.6.1935 an die Bank der Ostpreußischen Landschaft in Königsberg, in dem es unter anderem heißt:⁶⁹ „... Von einer anderen Stelle aufgefordert, bittet uns Dr. W. um Mitteilung, mit welcher Summe wir für den sog. Sonderkredit verantwortlich zeichnen wollen ...“. Weiter heißt es in demselben Schreiben, dass der Kreditverband einverstanden ist, „... auch weiterhin diese Sonderkredite zu verwalten und von all denjenigen Schuldnern, deren Rückzahlungstermin fällig wird, die Bezahlung aller Zinsen zu fordern, ebenso wie auch von unseren gewöhnlichen Schuldnern. Hochachtungsvoll. Kreditverband Memelländischer Grundbesitzer.“ – Dr. Wallat, der in Memel lebte und die Agraria und den Kreditverband instruierte, besuchte hier auch das Generalkonsulat und setzte sich ebenfalls unmittelbar mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung. Dr. Wallat sorgte u. a. auch dafür, dass zusätzlich zu den Summen aus Deutschland für den Kreditverband und die Agraria auch die alten Vorkriegsschulden des Reiches bei einigen Genossenschaften im Memelgebiet, welche der deutschen Propaganda nützlich waren, beglichen wurden. In dieser Angelegenheit sandte Dr. Wallat aus Memel am 21.6.1927 ein Schreiben „An das Auswärtige Amt Abteilung Memelgebiet,⁷⁰ Berlin, Wilhelmstrasse“, in dem er u. a. schrieb:

⁶⁸ Schreiben kompromittierenden Inhalts vertraute man nicht der staatlich-litauischen Post an. So entstehen ‚Geheimschreiben‘.

⁶⁹ Seit dem 8.2.1934 galt das litauische ‚Gesetz zum Schutz von Volk und Staat‘ (*Vyriausybės Žinos* Nr. 437), in dem es u. a. heißt: „§ 12 – Wer eine wirtschaftliche Beziehung benutzt, materiellen Nutzen verspricht oder gewährt oder Betrug, physischen oder psychischen Zwang in einer Weise anwendet, dass dadurch die Einstellung anderer Personen oder deren Wille in einer öffentlichen Angelegenheit im Widerspruch zum Interesse des litauischen Staates oder des litauischen Volkes beeinflusst werden kann, wird mit gewöhnlichem Gefängnis bestraft. § 13 – Der Leiter einer Kreditanstalt, eines Transportunternehmens, eines Versicherungsunternehmens oder eines anderen Handelsunternehmens oder auch einer Genossenschaft, oder ein anderer Bevollmächtigter einer solchen Einrichtung, der deren Tätigkeit benutzt, um politischen Einfluss auszuüben, der im Widerspruch zum Interesse des litauischen Staates oder des litauischen Volkes steht, wird mit gewöhnlichem Gefängnis oder Gefängnis mit schwerer Arbeit (d.h. Zuchthaus) bis zu vier Jahren bestraft.“ Die genannten Paragraphen waren allerdings auf Kreditverband, Agraria und Raiffeisenvereine maßgeschneidert. Deren geschäftliche Verbindungen ins Reich unterlagen nun der Staatsschutz-Gesetzgebung und waren zum Zeitpunkt von Krygeris’ Ermittlung in Litauen ungesetzlich. Der volle, vom Autor (K.F.) übersetzte Gesetzestext s. *Annaberger Annalen* Nr. 11 / 2003, S. 92 – 98.

⁷⁰ 1935 wird in dieser Abteilung der langjährige (offensichtlich vom Amt des Memelgouverneurs ausgebürgerte) Schulrat beim Memeldirektorium und Vize-

„Des Deutschtums im abgetrennten Memelgebiet wegen, dessen wirtschaftliche Unterstützung unsere wichtigste Aufgabe ist, bitten wir das Auswärtige Amt, diese Angelegenheit gründlich zu prüfen und für die Bezahlung (*atlyginimui* - d.h. Schuldentilgung – K.F.) die nötige Summe aus einem bestimmten Dispositionsfonds bereitzustellen. Die Angelegenheit betrifft 39 bei uns angeschlossene Kreditgenossenschaften.“ – Im Frühjahr 1931 wurde Dr. Wallat von der Ossa als erfahrener Instrukteur nach Rumänien kommandiert, um in dem vor dem Krieg zu Österreich-Ungarn gehörigen Siebenbürger Gebiet, in Hermannstadt, die deutschen Raiffeisenorganisationen zu organisieren, die zur Propaganda für das Deutschtum benutzt werden sollten. Nach vier Monaten (*po ket-vertu mėnesiu*) kehrte Dr. Wallat wieder aus Hermannstadt nach Memel zurück, und die Gesellschaft Pontus-Ossa des Dr. Winkler bezahlte ihm seine Auslagen während der Dienstreise. Nach der Rückkehr aus Hermannstadt richtete Dr. Wallat an die Pontus-Ossa folgendes Schreiben: „Dr. Wallat. Memel, Memelgebiet. Telef. 344. Memel, den 23.9.1931. Pontus Finanzverwaltungsgesellschaft für Süd-Ost-Europa. Berlin. Beiliegend sende ich die Aufstellung meiner Reisekosten von Hermannstadt nach Memel, die ich erst heute vorlegen kann – mein großes Gepäck kam verspätet an. Die Rechnung für den Versand meines Gepäcks aus Ostpreußen nach Memel reiche ich nach. Morgen wird hier der Unionsdirektor (der Raiffeisen) Prof. Huguenin ankommen, um hier abschließend unsere Beziehungen zu regeln. Einen Bericht über die Ereignisse dieser Woche sende ich Ihnen dieser Tage an die Vereinigten Finanzkontoren. Hochachtungsvoll. Ihr ergebener (gez.) Wallat.“ – Außer dem lokalen Instrukteur der Geldgebenden Stelle Dr. Wallat pflegten auch spezielle Revisoren aus Berlin nach Memel zu kommen, die die Tätigkeit des Kreditverbandes und der Agraria prüften. Beispielsweise sandte die Bank der Ostpreußischen Landschaft dem Kreditverband am 6.3.1928 folgendes Schreiben: „Die Prüfung der über uns vergebenen Kredite ist den Herren Dr. Schenk und Willy Dinse aufgetragen. Wir bitten, die genannten Herren bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Ihre Pässe dienen als Legitimation. Hochachtungsvoll. Bank der Ostpreußischen Landschaft.“ – Im Anschluss an diese Benachrichtigung erschienen am 7.3.1928 in Memel die Buchprüfer Dr. Schenk und Willy Dinse (Bankangestellter) aus Berlin, um die Bücher des Kreditverbandes und der Agraria zu prüfen.⁷¹ Sie ließen

Landtagsvorsitzende, Richard Meyer, mit seiner verbittert-kompromisslosen Haltung litauischen Diplomaten ihre Arbeit schwer machen.

⁷¹ Die überfallartige (und häufige) Buchprüfung überrascht, doch lässt sich über deren ‚Muster‘ (Häufigkeit, kompetente Stellen) wenig sagen – unklar ist, ob Krygeris alle bekannten Fälle aufzeigt. - Im Juni 1933 forderte nach Agenturberichten des litauischen Staatsschutzes die Tilsiter NSDAP (angeblich ‚Kreisleiter‘ (sic?) Moser) die „alten (deutschnationalen) Führer“ v. Dressler, Gubba und Conrad angeblich auf, ihre politischen Leitungspositionen an Dr. Ernst Neumann und die SVG abzutreten.

sich in Memel in der Montè-Str. nieder und blieben dort einen ganzen Monat, d.h. bis zum 7.4.1928. In dieser Zeit prüften sie nicht nur die Bücher der Agraria und des Kreditverbandes, sondern auch die der Raiffeisenbank. Dann fuhren sie zurück nach Deutschland. Betreffs dieser Buchprüfung schrieb Dr. Wallat am 9.3.1928 an die Deutsche Raiffeisen Genossenschafts-Union unter anderem Folgendes: „Der hier Unterzeichnete erzählte in Königsberg in mündlicher Form ausführlich über die im Memelgebiet auf dem Spiel stehenden Dinge. Betreffs der von der Rentenbank-Kreditanstalt in den memelländischen Zentraleinrichtungen durchgeführten Buchprüfungen wird er noch einen detaillierten Bericht zur allgemeinen Lage der lokalen Organisationen verfassen.“ Unterschrieben hat Dr. Wallat. – 1931 kam im Auftrag der Buitenlandbank aus Berlin der Prokurist der Ossa und Direktor der Pontus-Gesellschaft Dr. Helmuth Werner nach Memel, um die Bücher der Raiffeisenbank zu prüfen. Betreffs diesen Auftrages sandte die Buitenlandbank folgendes Schreiben: „Hollandsche Buitenlandbank, 's-Gravenhage, 4.9.1931. Nr. 5637. An die Raiffeisen Genossenschafts-Union und Gesellschaft, Memel. Wir teilen Ihnen hiermit freundlich mit, dass in der Woche vom 7.9. bis zum (?)9. Herr Dr. Helmuth Werner als unser Beauftragter nach Memel kommt, um in Ihrem Institut eine Buchprüfung durchzuführen. Herr Dr. Werner wird von Herrn Dr. Wallat begleitet, der bisher in Ihrem Institut die Bücher zu prüfen pflegte. Wir bitten Sie, den genannten Herren alle von ihnen gewünschten Bücher und Kreditunterlagen vorzulegen und ihnen alle gewünschte Information zu geben. Hochachtungsvoll. B.V. Hollandsche Buitenlandbank. (Unterschriften folgen).“ – Dr. Werner prüfte während seines Aufenthalts in Memel auch die Tätigkeit der Agraria und des Kreditverbandes. – Im Dezember 1932 kamen die Buchprüfer (Revisoren) Rudelsburg und Hirschmann (Prokurist der Vereinigten Finanzkontoren) aus Berlin nach Memel, um bei der Agraria und dem Kreditverband, aber auch bei der Raiffeisenbank, die Bücher zu prüfen. Die Raiffeisenbank prüften sie im Auftrag der Buitenlandbank. Während diese Revisoren noch in Memel waren, schrieb Dr. Wallat am 11.12.1932 an die Buitenlandbank: „Herrn Dr. Brunk habe ich eine Liste der Vereine betreffs deren Gefährlichkeit und äußerem und innerem Zustand (*apie ju pavojingumą išorinį ir vidujinį stovį*)⁷² gesandt, die ich zugleich auch an Dr. W. / zu verstehen – Dr.

Finanzielle Hilfe aus dem Reich solle nun Kleinbauern zugute kommen und nicht wie bisher die Gutsherren finanzieren. (LCVA F. 378 Ap. 3 B. 2239, S. 144). Natürlich war der NS aus ideologischen Gründen *nicht* an der Unterstützung einer quasi-feudalen Sozialstruktur interessiert, aber: Hatten möglicherweise die Gutsherren ihre eigenen Interessen doch zu großzügig bedient?

⁷² Vermutlich spricht Wallat über die Raiffeisenvereine. Mit Gefährlichkeit (*pavojingumas*) ist vielleicht ‚Kreditrisiko‘ gemeint. Andernfalls bliebe die Stelle kryptisch. – Mit der nachgewiesenen institutionellen Verknüpfung von Agraria,

Werner / gesandt habe. Ein zweites Exemplar lege ich diesem Schreiben bei und merke an, dass die Bewertung dieses Materials in den Berichten der Herren R. und H. / Rudelsburg und Hirschmann / vorgenommen werden wird.“ – Aus der Korrespondenz des Kreditverbandes ist zu ersehen, dass Hirschmann und Rudelsburg nicht nur die Bücher von Agraria und Kreditverband prüften, sondern im Auftrag der Geldgebenden Stelle auch neue Bedingungen für Kreditdokumente für die von diesen Krediteinrichtungen gewährten Hypothekenkredite ausarbeiteten. Betreffs der Überarbeitung dieser Schulddokumente informierte der Kreditverband die Bank d. Ostpr. L. mit Schreiben vom 7.1.1933, in dem es u. a. heißt: „Während des Aufenthaltes der Buchprüfer von der Geldgebenden Stelle in Berlin in Memel und unter Beteiligung dieser Buchprüfer wurden von dem Memeler Advokaten Dr. Lohrenz für den Kreditverband und die Agraria allgemein neue Entwürfe für Schulddokumente erarbeitet. Die unter Mitwirkung der genannten Herren erarbeiteten Schulddokumente garantieren der Geldgebenden Stelle weitgehende Rechte.“ – Neben den Besuchen der Buchprüfer-Instrukteure von der Geldgebenden Stelle in Memel, fuhren die Herren von Kreditverband und Agraria – von Dressler und Gubba – häufig selbst nach Berlin und setzten sich persönlich mit den Berliner Einrichtungen in Verbindung. Überdies korrespondierten sie brieflich mit der Geldgebenden Stelle in Berlin betreffs der Kreditangelegenheiten ihrer Gesellschaften. Beispielsweise schrieb der Kreditverband am 25.2.1929 an die Bank der Ostpreußischen Landschaft in Königsberg folgenden Brief: „25.2.1929. An die Bank der Ostpreußischen Landschaft, Königsberg Pr. Aus den uns vorliegenden Kreditanträgen ist ersichtlich, dass im Memelgebiet noch ein großer Bedarf an langfristigen Hypothekenkrediten besteht.⁷³ Deshalb bitten wir wiederholt, uns einen Folgekredit über 500000 RM zu gewähren. Aus Gesprächen mit Herrn Hochwohlgeboren Gubba, Sendvaris, wurde uns klar, dass – nach seinen Informationen – die Geldgebende Stelle sich augenblicklich der Gewährung von Krediten nicht verweigern würde. Wir bitten Sie um Fürsprache für unseren Antrag bei der Geldgebenden Stelle. Hochachtungsvoll. Kreditverband Memelländischer Grundbesitzer.“ – In einem weiteren Schreiben vom 18.1.1926 schreibt der Kreditverband an die ‚Ostpreußische General-Landschaftsdirektion‘: „Wir verweisen auf das persönliche Gespräch des Herrn von Dressler mit Staatsrat Szagunn, in dessen Verlauf Herr v. Dressler die zügige Auszahlung des erwähnten Darlehens zugesichert wurde.“ – Die führenden Personen im Kreditverband und in der Agraria arbeiteten koordiniert mit dem in Memel

Kreditverband und Raiffeisenbank über die deutschen Geldgeber (in deren wechselnden Erscheinungsformen) stellt Krygeris – neunter Vorwurf! – einen *staatsfeindlichen Zusammenhang aller im Gebiet entstandenen und dort tätigen (nicht in Großlitauen beheimateten) Kreditinstitute* her.

⁷³ Was für eine schwere Krise des landwirtschaftlichen Absatzes spricht.

lebenden Bevollmächtigten der Geldgebenden Stelle Dr. Wallat zusammen und hielten in ihrer Tätigkeit engen Kontakt mit Winkler und seiner Ossa, sowie zu anderen Stellen im Deutschen Reich. Sie machten den Kreditverband und die Agraria zu Anstalten für politische Kredite, die gegen die Interessen des litauischen Staates arbeiteten.⁷⁴ Sowohl die Agraria als auch der Kreditverband waren in den Händen gewisser Stellen des Reiches, was auch aus einem Beschluss des Kreditverband-Aufsichtsrates vom 12.12.1928 ersichtlich ist: „Der Aufsichtsrat nimmt folgende Position an: Entsprechend Satzung-§ 10 kann kein Mitglied mehr als 1000 Handelsanteile erwerben. Andererseits muss für jede als Kredit erhaltene volle 1000 Litas ein Handelsanteil in Höhe von 100 Litas erworben werden.“⁷⁵ Derart ergibt sich, dass die Agraria 1681 Handelsanteile zeichnen muss. Die Mitgliederversammlung muss die Statuten dergestalt ändern, dass die Situation der Agraria berücksichtigt wird. Dem Vorstand wird aufgetragen, einen Text zur Satzungsänderung zu vorbereiten und dafür unverzüglich die Zustimmung der Geldgebenden Stelle einzuholen.“ – Die deutsche Geldgebende Stelle vergab über den Kreditverband und die Agraria Finanzdarlehen an die Bauern des Memelgebiets nicht etwa, weil ihr die wirtschaftliche Lage der Bauern – litauischer Staatsbürger – am Herzen gelegen hätte, sondern, wie erwähnt, wurden diese Gelder aus politischen Erwägungen heraus gegeben – mit dem Ziel, die litauischen Organisationen und das Staatsbewusstsein der Bauern zu unterdrücken (*slopinti*).⁷⁶ Andererseits sollte im Gebiet die Aktion der Deutschnationalisten betrieben werden, sollten die Bau-

⁷⁴ Hier kommt das litauische ‚Gesetz zum Schutz von Volk und Staat‘ (8.2.1934) in Anwendung.

⁷⁵ D.h. 10% der (von der Rentenbank) geliehenen Summe fließt dem Kreditverband als Unternehmenskapital zu. Die Agraria wäre demnach bis Ende 1928 mit 1681000 Litas (entspr. ca. 672400 RM) an – überwiegend reichsdeutschem – Kapital ausgestattet worden. Der Grossteil würde als Hypothekendarlehen an die deutschfreundliche memelländische Bauernschaft ausgegeben worden sein. Würde die Substruktur Agraria 10% ihres Umsatzkapitals wieder *pro forma* in den Kreditverband zurückleiten, wäre dies eine – finanziell kontraproduktive – Farce. Tut sie dies nicht, ist sie eine ‚Fassadenfirma‘. In Gestalt von Kreditverband und Agraria *suchen* memelländisch-gutsherrlich-reaktionär-antilitauische, politisch-finanzielle Interessen einerseits und reichsdeutsch-politische Revisionsinteressen andererseits *einander aktiv*. Die Lage der Raiffeisenbank (einer Institution der ‚kleinen Leute‘) wird dagegen eher wie eine ‚feindliche Übernahme‘ dargestellt.

⁷⁶ Umgekehrt wird allerdings ebenfalls ‚ein Schuh draus‘: Ein deutschnationaler gesellschaftlicher Zusammenhang sollte *erhalten* werden – *expansiv* war das politische (Groß-)Litauertum (das die Gesetzeslage bestimmte), das vor der litauischen Annexion des Jahres 1923 keine nennenswerte politische Rückendeckung im Gebiet gehabt hatte. Über das litauisch-staatliche Bewusstsein bei den Bauern im Memelgebiet – s. Endrius Borchertas ‚Pro Memoria‘ vom 20.5.1932 (LCVA F. 923 Ap. 1 B. 849, S. 123 – 141).

ern an Deutschland und die illoyalen Ziele der Deutschnationalisten gebunden werden. Diese Bestrebungen der Geldgeber im Reich waren zugleich auch die Bestrebungen der Landwirtschaftspartei-Führer Gubba, v. Dressler, Baldszus und anderer, die durch die Landwirtschaftspartei und deren Parteiorgane Kreditverband und Agraria verwirklicht wurden.⁷⁷ Deshalb wurden die Aufsichtsräte des Kreditverbandes wie auch der später gegründeten Agraria allein mit Aktivisten der Landwirtschaftspartei besetzt. Bis 1932 bildeten Baldszus – Petreliai, Purwins – Smeltė, Jonischkies - Pagėgiai (Pogegen), Koenies - Venskai und Behrmann - Pakamorai den Aufsichtsrat der Agraria.⁷⁸ Nach dem Sommer 1932 änderte sich die Zusammensetzung des Agraria-Aufsichtsrates ein wenig. Er bestand nun aus sechs Mitgliedern zu je zwei Vertretern der drei Kreise (des Gebiets – Memel Land, Heydekrug, Pogegen), nämlich: 1) Kreis Memel – Gubba, Landtagsabg. und LWP-Fraktionsvorsitzender und 2) LWP-Vertrauensmann Funk; Kreis Heydekrug: 3) LWP-Fraktionsmitglied im Landtag Baldszus und 4) Pagalies, Mitglied derselben Landtagsfraktion und LWP-Kreisvorsitzender; Kreis Pogegen: 5) Baltramiejus (Baltramäus? –K.F.) – LWP-Fraktionsmitglied im Landtag und LWP-Kreisvorsitzender und 6) Jonischkies, LWP-Fraktionsmitglied im Landtag. Überdies hatte die Agraria in jedem Kreis, in den Weilern, ihre Agenten, die aus den zuverlässigen LWP-Mitgliedern ausgesucht waren. Diese sammelten Nachrichten über die Kredit-Antragsteller für Agraria und Kreditverband, bevor ein Kredit vergeben wurde – Welche Verdienste hatte sich der Antragsteller für das Deutschtum erworben und welchen Nutzen brächte die Gewährung eines Darlehens der Landwirtschaftspartei? Auch nach der Gewährung von Darlehen wurden über die Schuldner von Agraria und Kreditverband weiterhin Informationen gesammelt, inwieweit diese dem Deutschtum und den politischen Zielen der LWP treu waren. Außerdem prüften die Vertrauensleute der Landwirtschaftspartei die Höfe

⁷⁷ Mit dem zehnten – völlig offenen – Vorwurf ist die ‚Katze aus dem Sack‘: Die Landwirtschaftspartei (als stärkste Fraktion des Memelländischen Landtages) ist eine gekaufte fünfte Kolonne der reichsdeutschen Revanchepolitik. *Cui bono*, dieser Vorwurf? – Die in deutschnationaler Hand befindlichen Autonomieorgane sollen summarisch diskreditiert werden.

⁷⁸ Wie Baldszus, der im November 1935 nach dem 81,17%-Sieg (29.9.1935) der Einheitsliste sein Memeldirektorium bildete (nach langen Verhandlungen mit dem Memelgouverneur /dessen Wunschkandidat der erwähnte Borchertas war/, in die sich auch die Signatarmächte des Memelstatuts einschalteten), diese strafrechtlich relevanten Anschuldigungen ‚politisch überleben‘ konnte ist völlig unklar. Als Gouverneur Kurkauskas Baldszus’ Regierungsbildung unter größten Bedenken schließlich zustimmte, musste das neue Direktorium einen speziell eingeführten Eid auf die litauische Verfassung leisten.

der Schuldner. Beispielsweise schreibt der Kreditverband am 9.5.1933⁷⁹ an Dr. Wallat, den Bevollmächtigten der Geldgebenden Stelle: „Vor kurzem haben wir von der LWP eine Liste von Vertrauensmännern erhalten, die zur Aufsicht (*tinkami prižiūrėti*)⁸⁰ über die Höfe unserer Kreditnehmer geeignet sind. Wenn man allein wegen der Ausgaben die Aufsicht nicht dem Nachbarn des genannten Bauern übertragen könnte, muss man sich an einen Vertrauensmann der LWP wenden. Wir erwarten in dieser Angelegenheit Ihre Nachricht.“ – Außerdem erhielt auch der LWP-Vorsitzende Conrad die Anträge der Kredit-Antragsteller, um seine Meinung dazu zu äußern.⁸¹ – Wie zahlreiche Zeugen ausgesagt haben, scheute man sich auch nicht, Kredite an die Aktivisten litauischer Organisationen zu vergeben, jedoch wurde ihnen zur Bedingung gemacht, dass sie sich aus den litauischen Aktivitäten zurückziehen und nicht gegen das Deutschtum und die LWP arbeiten sollten. – Die Kredit-Antragsteller wussten, dass sich Agraria und Kreditverband in den Händen der Landwirtschaftspartei befanden, und wandten sich sogleich an die lokalen LWP-Aktivisten. Diese vermerkten auf dem Antrag „gut“, „zuverlässig“, „kreditwürdig“, „befürwortet und weitergeleitet“ oder Ähnliches und sandten die Anträge weiter an den Kreditverband, der die eigene und die Korrespondenz der Agraria führte. In welchem Ausmaß die Krediteinrichtungen Agraria und Kreditverband für politische Ziele und für die Unterdrückung des Litauertums eingesetzt wurden,⁸²

⁷⁹ Um diese Zeit zieht die (NS-)Liste 7 (CSA) des Pfarrers Theodor von Sass mit 18 Vertretern in den Memeler Stadtrat ein – der erste spektakuläre Erfolg der NS-Bewegung im Memelgebiet. – Die weitgehende Personalunion zw. LWP-Führern und Kreditverband- und Agraria-Geschäftsführung wurde bereits angesprochen.

⁸⁰ Leider ist der deutsche Originaltext nicht zugänglich. Das Wort *prižiūrėti* kann hier sowohl ‚nach dem Rechten sehen‘ bedeuten, als auch die politische Spitzelei, die Krygeris suggeriert. Ohne Kenntnis des vollen Zusammenhangs sollte man das Phänomen der Vertrauensmänner noch mit Vorsicht bewerten.

⁸¹ So dargelegt, ist dies ein starkes Stück Politfilz. Andererseits – für das Vorstandsmitglied (multiple deutschnationale Personalunion) einer Krediteinrichtung wird man diese Aufgabe nicht allzu wunderlich finden können. Es darf bedenkenlos davon ausgegangen werden, dass auch die wirtschaftlichen Vergünstigungen der litauischen Gegenseite nach eingehender Gesinnungsprüfung vergeben wurden. Interessant ist freilich, dass sich litauische Aktivisten an deutschnationale Einrichtungen wandten – eine gezielte Provokationsabsicht des Staatsschutzes zur Gewinnung von Zeugen? Authentisch-treuerzig von den Deutschnationalen Gleichbehandlung für litauische *Aktivisten* zu fordern schiene doch ungläublich naiv...

⁸² Gewiss wurden doch keinem Menschen, der dringend Litauer sein wollte, deutsche Kredite *aufgedrängt*. Hier erscheint ein in litauischen politischen *statements* der Zeit sehr häufiger Topos: Die lokale ‚entnationalisierte‘ litauischstämmig-bäuerliche Bevölkerung wird als schutzbedürftig-*unmündig* dargestellt (obwohl sie in den Memelwahlen regelmäßig dem politischen Deutschtum den Vorzug gab) bzw. begibt

zeigt eine ganze Reihe von in der Korrespondenz des Kreditverbandes gefundenen Kreditanträgen. Am 2.12.1931 schreibt der Kredit-Antragsteller - bei der Agraria – Johann Aschmann aus Vorusnė an den LWP-Vorsitzenden Conrad: „... Vielleicht gibt es Mittel und Wege, dass ich langfristiges Geld zinslos oder zu geringem Zins bekommen kann? Bisher hatte ich meine Hoffnung in der LWP und hoffe, tatsächlich Hilfe zu erhalten ...“ Weiter schreibt er: „... Herr Conrad, ich bitte Sie nochmals – helfen Sie mir. Ich glaube fest, dass meine Bitte erhört wird, und bleibe weiterhin ein treuer Anhänger der LWP. (gez.) Johann Aschmann.“ – Der LWP-Vorsitzende Conrad sandte Aschmanns Antrag an den LWP-Kreisvorsitzenden von Heydekrug und Agraria-Aufsichtsratsmitglied Pagalies und legte folgenden Brief bei: „Memelländische Landwirtschaftspartei. Memel, den 7.12.1931. Herrn Landtagsabg. Pagalies. Rumšai. Sehr geehrter Herr Pagalies. Ich bitte Sie um Ihre Ansicht betreffs des beigelegten Schreibens, wenn möglich bis zur Fraktionssitzung am Freitag dieser Woche. Hochachtungsvoll. Ihr sehr ergebener (gez.) H. Conrad.“ – Überdies schrieb der LWP-Vorsitzende Conrad in der Kreditsache Aschmann an den Agraria-Aufsichtsratsvorstand Baldzus: 14.12.1931. Hochverehrter Herr Baldzus! Heute sprach der Bauer Aschmann aus Vorusnė mit mir über (seine) finanzielle Lage. Ich riet ihm dazu, sich an Sie zu wenden und Ihnen hinsichtlich der Frage, ob er überhaupt den gewünschten Hypothekenkredit über 15000 Litas bekommen kann, seine Lage darzulegen. Ich bitte Sie, diese Angelegenheit, soweit möglich, noch diesen Freitag vor der kommenden Landtagssitzung mit Hrn. Luttkus zu beraten, damit dieser mich bereits am Freitag über Ihre Haltung informieren kann. Soweit ich weiß, wird am 1.7. der Kredit von Borbe frei. Könnte man diesen Kredit dem Herrn Aschmann geben? Mit tiefem Respekt und den besten Grüßen. Ihr ergebener (gez.) H. Conrad jr.“ – In einem anderen Brief schreibt die Bäuerin Anna Kupprat dem Conrad Folgendes: „Birstoniškiai, den 5.12.1932. Poststelle Piktupėnai. An den Vorsitzenden der Memelländischen Landwirtschaftspartei Conrad, Memel. Euer Hochwohlgebo-

aus wirtschaftlicher Not widerwillig unter deutsche Herrschaft. Der litauische Staat ‚schützt‘ (befreit) sie vor ‚widernatürlich-deutschem‘ Einfluss, ermöglicht ihr – dies angeblich ein Anliegen der ‚historischen Gerechtigkeit‘ - eine ‚natürlich-litauische‘ nationale Entwicklung. Dass die lokale Bevölkerung ohne die gewünschte Euphorie auf diese nationale Beglückung reagiert und materielle Werte nach wie vor schätzt wird ihr als *Undankbarkeit*, *Kleingeistigkeit* und *Mangel an ideellem Patriotismus* ausgelegt. Eine bewusst-vollwertige *Willensentscheidung* gesteht die litauische Politik den Kleinlitauern / Memelländern nicht zu (stellt sie als unwissend, naiv, ‚vor-bewusst‘, materialistisch-verdorben etc. dar) – die Hafenvorstellung bedeutet Litauens Anschluss an den Welthandel.

ren (*Jūsu prakilnybė*), hochverehrter Herr Vorsitzender.⁸³ Heute erhielt ich Antwort vom Kreditverband, dass mir der Kredit über 8000 RM, der seinerzeit meinem Mann bewilligt wurde, nicht gewährt wird. In größter Not wende ich mich an Sie, denn die Kredite laufen über die Landwirtschaftspartei ...“. Weiter schreibt sie: „... Da mein verstorbener Mann sich, wie auch die ganze Familie weit vom litauischen Einfluss ferngehalten hat, bitte ich Sie, denn es ist bekannt, dass den deutschen Memelländern noch geholfen wird. (gez.) Anna Kupprat.“ – Am 24.4.1933 schreibt Conrad an den Kreditverband wegen eines Darlehens für den Bauern Moosler: „Da Herr Moosler besonders unterstützungswürdig ist, bitte ich hiermit, seinen Antrag als eilig zu behandeln und wenn möglich zu bewilligen. Hochachtungsvoll. (gez.) H. Conrad.“ – In einem anderen Schreiben Conrads vom 21.8.1933 an den Bauern Fuellhase heißt es: „Sehr geehrter Herr Fuellhase. Ich bestätige den Erhalt Ihres Schreibens vom 20 d. M. Bevor ich wegen Ihres beantragten Kredits für Frau Else Fuellhase eine Entscheidung treffen kann, bitte ich Sie um genauere Information, nämlich: die Hofgröße, den Kreditumfang, welches Grundstück belastet werden kann, andere Schulden etc. Einen offiziellen Kreditantrag rate ich an die Agraria z. Hd. Herrn Bertuleit zu richten, Landschaftsbank, Memel, Marktstrasse 11.“ – Dann schrieb Conrad in derselben Sache an Killus, Abg. Der LWP-Landtagsfraktion und legte den Brief des Fuellhase bei: „H. Conrad. Memel, den 21.8.1933. An Herrn Landtagsabg. Killus, Vanagai. Hochgeehrter Herr Killus. Wegen des beigelegten Schreibens des Hrn. Franz Fuellhase aus Ašpurviai bitte ich Sie, sich schnell und vertraulich zu äußern, besonders ob Frau Else Fuellhase kreditwürdig (*kredito verta ir reikalinga*)⁸⁴ ist und Kredit benötigt.“ – In einem anderen Schreiben wendet sich der LWP-Kreisvorsitzende von Pogegen und Agraria-Aufsichtsratsmitglied Baltramiejus an Conrad in der Sache eines Kredits für den Bauern Matschuleit: „Vilkiškiai, den 16.8.1933. Hochgeehrter Herr Conrad. Ich teile Ihnen auf Ihr Schreiben vom 8.8. d. J. wegen des beigelegten Antrages freundlich mit, dass - soweit nur möglich - festgestellt wurde, dass der Antragsteller kreditwürdig und kreditbedürftig ist. Ihnen wird wohl bekannt sein, dass wir aufgrund des Mangels an Mitteln nicht in allen Fällen Kredit gewähren können. Es ist aber möglich, dass nach meinem Ermessen (*mano nuožiūra*) der Antragsteller bald seinen Kredit erhält. Respektvoll Ihr Baltramiejus.“ – Dass die Kredite der Agraria aus politischen Erwägungen

⁸³ Da die authentischen deutschen Schreiben fehlen, müssen die wahrscheinlichsten Wendungen übersetzt werden. Die Bezeichnungen von Dörfern, Weilern etc. erscheinen in den Originalbriefen in deutscher Sprache.

⁸⁴ Diese Formulierung wird in Krygeris' litauischer Übersetzung des wahrscheinlichen Originals ‚kreditwürdig‘ (ein reiner Fachterminus der Finanzwelt; ‚liquide‘) doppeldeutig – wörtlich: ‚einen Kredit wert‘, was einen *ethno-politischen Sinn* für das Original nahegelegt.

gen heraus gewährt wurden und dass die Agraria und die LWP koordiniert vorgingen, zeigen auch diese Briefe: „Memelländische Landwirtschaftspartei. Memel, den 15.7.1932. An die Landschaftsbank. Herrn Bertuleit, Memel. Sehr geehrter Hr. Bertuleit. Wir haben dem Klingbeil in Butkai, der in Schwierigkeiten geraten ist, ausnahmsweise 350 Lt als Vorschuss aus dem ihm von der Kommission bewilligten Kredit ausgezahlt und bitten Sie, die genannte Summe an die Parteikasse zu entrichten, sobald die Agraria (wieder) Geld erhält. Hochachtungsvoll. (gez.) Conrad.“ – Am 13.4.1933 reichte der Kreditverband die Kreditunterlagen von Klingbeil bei der Bank d. Ostpr. L. in Königsberg ein und bat durch diese Bank, jenem ein Darlehen über 8000 RM zu gewähren. Die Bank d. Ostpr. L. sandte dem Kreditverband die Kreditunterlagen am 13.6.1933 mit der Mitteilung zurück, Klingbeils Kreditantrag sei abgelehnt. In ihrem Schreiben heißt es: „Ausgehend von der eingereichten Taxierung gibt es keinerlei Möglichkeit, irgendwelche größeren Ersparnisse zu bilden, die das Defizit des Hofes ausgleichen könnten. Wir bitten um Mitteilung, auf welcher Grundlage bei einer solchen Lage der Dinge ein Kreditantrag bewilligt wurde. Auf der Grundlage der eingereichten Dokumente kann die Zustimmung für eine Kreditgewährung jedoch nicht gegeben werden. Wir erwarten in dieser Sache baldige Nachricht. Zugleich bitten wir, den Erhalt der Anlage zu bestätigen. Hochachtungsvoll. B. d. Ostpr. L.“ – Am 22.6.1933 sandte der Kreditverband die Klingbeil'schen Kreditunterlagen wiederum an die B. d. O. L. zurück und unterstrich in jenem Schreiben, dass Klingbeil Kredit nicht mit Hinblick auf wirtschaftliche Erwägungen gewährt werden müsse, sondern aus politischen Gründen (*politiniāis sumetimais*). „Angesichts des Fleißes und der Zuverlässigkeit des Antragstellers Klingbeil bitten wir, seinen Kreditantrag nicht abzulehnen. Der (Hof)Besitzer Klingbeil ist ein geschätzter Vertrauensmann der Memelländischen LWP und Mitglied des (LWP)Kreisvorstandes. Wir senden Ihnen die uns zurückgesandten Kreditunterlagen und bitten Sie, so gut zu sein und nochmals zu prüfen, ob dieses Darlehen nicht doch gewährt werden könnte.“ – Am 20.7.1933 teilte die Königsberger B. d. O. L. dem Kreditverband schriftlich mit, dass dem Eduard Klingbeil der beantragte Kredit gewährt wurde. – Auch in den Kreditanträgen, die nicht über die Landwirtschaftspartei, sondern direkt dem Leitungspersonal des Kreditverbandes – Dressler, Gubba, Baldzus – oder dem Kreditverband selber zugesandt wurden, pflegten die Antragsteller herauszustellen, dass sie der LWP und dem Deutschtum treu seien, dass sie das Litauertum bekämpften und mit den Litauern und deren Organisationen nichts gemeinsam hätten. Solche Argumente der Antragsteller wurden beim Kreditverband gewöhnlich positiv gewertet und solchen Anträgen wurde grünes Licht gegeben (*duodama eiga*). Viele solcher Anträge befinden sich in den Aktenmappen des Kulturverbandes, und aus ihnen sind die Einheitlichkeit (*vienlypumas*) von LWP, Kreditverband, Agraria sowie deren Ziele ersichtlich.

Beispielsweise sagt der Bauer Friedrich Schulert in seinem Schreiben vom 5.4.1933 an v. Dressler, in dem er um Kredit bittet, unter anderem: „... Als deutscher Mann war ich immer der LWP treu.“ – Ein anderer Kredit-Antragsteller bei der Agraria, Heydemann, schreibt am 12.5.1932 an Gubba: „Ich bitte nochmals, meinen Antrag zu begutachten. Vor den Wahlen hatte ich keine Zeit⁸⁵ und habe mir alle Mühe gegeben, dass wir Einwohner des Memellandes nicht untergehen (*dariau visas pastangas, kad mes Kl. kr. gyventojai nepražūtumeme*).⁸⁶ Auch Hrn. Conrad ist dies bekannt – ich bin der Mann aus Kinten, der gegen die Litauer gearbeitet hat.“ Auf diesem Brief steht auch eine Resolution des Kreditverband-Aufsichtsratsvorsitzenden Gubba: „An den Landrat (*krašto patarėjas*) Baldzus, Heydekrug. Ich bitte eilig, wenn möglich, diesem Antrag Vorrang einzuräumen. Respektvoll Gubba. 14.5.1932.“ – Ein anderer Bauer, M. Kurschus, sandte über den Gutsherrn Gubba am 15.6.1931 einen an die Agraria gerichteten Darlehensantrag, in dem er unter anderem unterstreicht: „Während des Wahlkampfes haben wir scharf für die LWP agitiert.“ Gubbas Resolution auf diesem Antrag lautet: „Wird an den Aufsichtsratsvorsitzenden, den Landrat Baldzus nach Heydekrug weitergeleitet. Die Familie Kurschus ist sehr fleißig und memelländisch gesonnen (*klaipeđietiškai nusistačiusi*).“ – In einem weiteren an den Vorsitzenden des Kreditverbandes adressierten Antrag bittet der Bauer Georg Britschin um ein Darlehen von 6000 RM und schreibt unter anderem: „Ich melde gehorsamst (*paklusniausiai pareiškiu*),⁸⁷ dass ich Mitglied und Vertrauensmann der LWP bin, was dem Kreisvorsitzenden Pagalies in Rumšai und dem Gutsherrn Conrad jun. bekannt ist. (gez.) Georg Britschin.“ – In ihrem Kreditantrag vom 30.10.1927 schrieb die Bäuerin Ella Bendig: „In meinen Händen halte ich ... (Zeile fehlt) Bescheinigung. Letzterer wird Ihnen mitteilen, dass der Hof mir gehört und dass es vor allem keine politischen Hindernisse für mich gibt, aus Deutschland Geld zu bekommen.“ – In seinem an Dressler adressierten Antrag vom 31.10.1932 bittet der Bauer M. Krakautzki die Agraria um Kredit und schreibt: „Verehrter Herr von Dressler. Da ich schon seit langem der LWP angehöre und da Sie, Herr von Dressler unser Führer sind,

⁸⁵ Die Wahlen zum IV. Memelländischen Landtag fanden am 4.5.1932 statt und ergaben (von 65728 abgegebenen Stimmen) für die deutschen (,memelländischen' - Eigenbezeichnung) Parteien 53765, für die litauischen Parteien 11963, für neutrale Gruppen 897 Stimmen (s. LCVA F. 923 Ap. 1 B. 849, S. 151f. – ‚Meyers erste Klageschrift' an die Vertreter der Signatarmächte, 5.9.1934).

⁸⁶ Interessanterweise bezeichnete auch der Führer der litauischen Landtagsfraktion Borchertas (,Pro Memoria') den Kampf mit dem Deutschtum als ‚Kampf auf Leben und Tod' (*žūt-būt kova*). An multikulturelle Koexistenz und politischen Ausgleich glaubte augenscheinlich kein Mensch.

⁸⁷ Nun, Junker (?) Gubba war eben auch Reserveoffizier des kaiserlich-deutschen Heeres gewesen...

wende ich mich an Sie mit meiner Bitte.“ Weiter: „Ich bin der Meinung, dass Herr von Dressler meinen Antrag berücksichtigen wird und mir Anweisung gibt oder für mich Fürsprache einlegt (*duos man nurodymą arba užtars*), dass ich ein Darlehen bekommen kann. Landwirt (gez.) M. Krakautzki.“ – Die Agraria und der Kreditverband wurden von der LWP intensiv für ihre Wahlkampfpropaganda genutzt (*plačiai išnaudojami*). Die Schuldner dieser Kreditgesellschaften wurden auf einmal verpflichtet, vor den Wahlen für die LWP zu agitieren, und denjenigen Landwirten, die sich im Wahlkampf mehr für die LWP einsetzten, wurden Kredite versprochen. 1932 fanden im Memelgebiet die Landtagswahlen statt. Vor den Wahlen wurde bis zum Jahr 1932 von den Schuldnern der Agraria ein Jahreszins von 8-9% verlangt, während der Zinssatz von 1932 bis Ende 1933 zum Zweck der Wahlkampfagitatorik auf bis zu 3% gesenkt wurde. Nach den Wahlen wurden ab 1933 die Zinsen wiederum angehoben, aber es wurden von den Schuldnern 5,5%, von den anderen (nur) 3,75% Zinsen verlangt. Die LWP-Mitglieder, die Schuldner von Agraria und Kreditverband waren, pflegten sich wegen Zahlungsaufschub bei der Zinszahlung an den LWP-Vorsitzenden Conrad zu wenden. Im Dez. 1931 teilte Conrad bei einem Treffen persönlich dem LWP-Fraktionsmitglied Krawolitzki mit, in Fragen des Zahlungsaufschubes solle man sich an ihn (selber) wenden und forderte K. auf, dies dem Kreditverband-Schuldner Milbrecht mitzuteilen. Dabei ließ er noch ausrichten, dass er (M.) dem Kreditverband einstweilen gar keine Zinsen zu zahlen brauche, was K. dem Milbrecht auch hinterbrachte. Milbrecht wollte K.'s Mitteilung prüfen und schrieb an Conrad folgenden Brief: „Robkojai, Poststelle Natkiškiai, 20.12.1931. Sehr geehrter Herr Conrad. Gestern erhielt ich ein Schreiben von Herrn Bankdirektor Gernhöfer, Memel, in dem die Zahlung der Zinsen für den mir seinerzeit vom Kreditverband gewährten und auf meinen Hof als Hypothek eingetragenen Kredit bis zum 31.12. gefordert wird. Heute morgen hat mir Herr Krawolitzki am Telefon vertraulich mitgeteilt, dass ich keinen Zins zu zahlen brauche /d.h. nicht nur ich, sondern auch alle anderen, die solche Hypotheken haben /. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir mit einigen Worten schriftlich die Nachricht von Herrn K. bestätigen würden, und werde Ihren weiteren Anweisungen gerne Folge leisten. Rückporto lege ich bei. Hochachtungsvoll Ihr sehr ergebener (gez.) A. Milbrecht.“ – Auf diesen Brief erhielt M. von Conrad folgende Antwort: „Memel, den 22.12.1931. H. Conrad, jr. An Herrn A. Milbrecht, Robkojai. Auf Ihre Anfrage vom 20. d. M. muss ich Ihnen mitteilen, dass der – im allgemeinen natürlich nicht bindende – Rat, den Ihnen Herr K. gegeben hat, ganz in meinem Sinne ist. Irgendwelche Mahnschreiben vom Kreditverband ändern hieran überhaupt nichts. Vielleicht haben Sie bald eine Gelegenheit, mit Herrn Habedank oder Herrn v. Dressler darüber persönlich zu sprechen. Hochachtungsvoll und mit den besten Wünschen für ein Frohes Fest. Ihr sehr ergebener H. Conrad jr.“ –

Obwohl der Kreditverband und die Agraria langfristige Amortisations-Hypothekenkredite gewährten, wurde in die Hypotheken-Schulddokumente die Bedingung aufgenommen, dass Kreditverband und Agraria die Darlehen ohne jede Begründung (*be jokių priežasčių*) widerrufen können. Diese Bedingung war das Mittel, mit dem Kreditverband und Agraria – und durch diese Institutionen auch die Landwirtschaftspartei – auf ihre Schuldner Druck ausüben und von den Ungehorsamen die Kredite zurückfordern konnten.⁸⁸ Alle Schuldner der Agraria wurden gezwungen, die Landwirtschaftspartei zu propagieren und durften sich nicht mit den Litauern und deren Organisationen zusammensetzen, denn für dies drohte der Widerruf des Darlehens. Als Beispiel sei der Widerruf des Darlehens für den Bauern Fritz Dautert durch die Agraria genannt. Dieser hatte am 4.1.1929 von der Agraria ein langfristiges Hypothekendarlehen über 6000 RM / 14400 Lt / bekommen. Zu den Landtagswahlen, im April 1932, wurde Fritz Dautert als erster Kandidat der Liste 31 für das *Laukininkų Susivienijimas* ausgestellt. Diese Kandidatur des Fritz Dautert passte der LWP nicht, und deren Vorsitzender Conrad fuhr persönlich zum Haus des Dautert und zwang ihn, sich aus der Liste streichen zu lassen. Dautert wollte auf seine Kandidatur nicht verzichten, weshalb ihm auf Beschluss des Kreditverband-Aufsichtsratsvorsitzenden Gubba sein Darlehen bei der Agraria widerrufen wurde. Wegen des Widerrufs dieses Darlehens berichtete Gubba dem Agraria-Aufsichtsrat, Dauterts Darlehen sei widerrufen worden, weil er, der Geld von der LWP /zu verstehen: von der Agraria / erhalten habe, nun in den Wahlen gegen die LWP arbeite. Außerdem hatte die Schwester des Fritz Dautert, Anna Bartsch, vom Kreditverband ein Darlehen über 20000 Lt. erbeten. Im Zusammenhang mit der Kandidatur ihres Bruders Dautert für das *L.S.* wurde beschlossen, auch ihr kein Darlehen zu geben. Wegen seiner Schwester und wegen seines eigenen Darlehens von der Agraria war Dautert gezwungen, sich aus der *L.S.*-Liste streichen zu lassen, und der LWP gelang es, mittels solchen Drucks die Liste Nr. 31 (*L.S.*) völlig auseinander zu nehmen. Nachdem sich Fritz Dautert aus der Kandidatenkiste hatte streichen lassen, beließ ihm die Agraria das schon widerrufenen Darlehen. Wegen seines Kandidatenverzichts schrieb Fritz Dautert dem *L.S.*-Vorsitzenden Labrenz diese Briefe: „Gabergiškė, den 21.4.1932. Geehrter Herr Labrenz. Ich teile mit, dass ich morgen in der Wirtschaft beschäftigt bin und nicht mitkommen kann. Bitte warten Sie deshalb nicht auf mich. Als ich übrigens gestern nach Hause kam fand ich folgendes Schreiben vor: ‚Kreditverband Memelländische Gutsbesitzer. Memel, den 18.4.1932. An Herrn Fritz Dautert, Gabergiškė. Hiermit widerrufen wir die in unserem Namen auf Gabergiškė Nr. 1, Abt. III, Nr.39 eingetragene Hypothek

⁸⁸ Elfter Vorwurf: Die Deutschnationalen bzw. Geldgebende Stelle erzwingen Knebelbedingungen (vgl. Umgang mit der Raiffeisenbank)

über 14400 Goldlitas, die am 20.10.1932 fällig wird. Hochachtungsvoll Agraria Kreditgesellschaft mbH. Unterschrift.‘ Sie sehen, mit welchen Mitteln unsere Gegner arbeiten,⁸⁹ und ich bitte Sie, dies – falls nötig – auf Ihren Wahlkampfversammlungen bekannt zu machen. (gez.) Dautert.“ – Hier der zweite Brief Dauterts: „Gabergiškė, den 24.4.1932. An den Landwirtschaftsverband (d.h. – L.S. –K.F.), zweiter Vorsitzender Herr Labrenz, Labrenciškė. Werter Herr Labrenz, zu meinem allergrößten Bedauern muss ich Ihnen mitteilen, dass ich wegen der Ihnen bekannten Gründe im Zusammenhang mit dem Widerruf der Hypothek auf meine Kandidatur für den Verband verzichten muss. Außerdem kann nicht allein ich, sondern auch meine Schwester Frau Bartsch, Aukštikiemiai, meinewegen zu Schaden kommen, die von dieser Bank eine noch viel größere Summe hat und die bereits noch mehr beantragt hat. Sie kann das Geld nicht aufreiben. Deshalb bitte ich Sie, mein Verhalten nicht zweideutig zu verstehen – wegen meiner Schwester kann ich nicht anders. Hochachtungsvoll (gez.) Fritz Dautert.“ – Der Kreditverband-Aufsichtsratsvorsitzende James Gubba war in allen Landtagen des Memelgebiets auch der LWP-Fraktionsvorsitzende. Den LWP-Landtagsfraktionsmitgliedern wurden die Kredite vom Kreditverband und der Agraria gern gegeben, um auf diese Weise auf die Tätigkeit des Landtages mittels dieser Kredite gewisse fremde politische Einflüsse auszuüben.⁹⁰ So sollten die Mitglieder der LWP-Fraktion auch ihrem Fraktionsvorsitzenden Gubba völlig gehorsam gemacht werden, der von den Ungehorsamen die Kredite zurückfordern konnte. Dass mit der Gewährung von Agraria- und Kreditverband-Darlehen an die LWP-Fraktionsmitglieder auch deren eigenständige politische Betätigung und ihre freie Meinungsäußerung im Landtag beschränkt war,⁹¹ zeigt folgendes Faktum: 1931 wurde im Landtag des Memelgebiets ein Gesetz zur Aufwertung (? – *atvertini-*

⁸⁹ Das L.S. gehört zu den politischen *Gegnern* der deutschnationalen LWP, ist also nicht – wie eingangs von Krygeris behauptet – *apolitisch*. Bemerkenswert sind die litauischen politischen Sprachkonventionen im Allgemeinen: ‚Apolitisch‘ ist Staatsschutz-Chiffre für ‚litauerfreundlich, passiv litauischen Interessen dienend‘, ‚gesellschaftliche Arbeit‘ hingegen Code für aktives litauisches politisches Engagement etc. Die Deutschnationalen hingegen ‚politisieren‘, ‚ziehen Beamte / Lehrer / Schulkinder in die Politik‘ etc. Labrenz dürfte den Brief Dauterts Brief dem Staatsschutz übergeben haben, wie sonst käme er an den Ermittlungsrichter?

⁹⁰ Zwölfter Vorwurf: Die *Autonomieinstitutionen* des Memelgebiets sind selbst mit deutschem Geld gekauft, dienen nicht den Einwohnern (Wählern). Man muss den Deutschnationalen zugute halten, dass sie in Bezug auf menschliche Bedürfnisse *Realisten* waren und in der Politik nicht reine sentimental-idealistische Antriebe postulierten.

⁹¹ Krygeris übergeht freilich die extrem gravierenden Einschränkungen, denen die Meinungsfreiheit im Landtag durch Gouverneur Navakas ausgesetzt war (s. LCVA F. 923 Ap. 1 B. 849, S. 187 f. – ‚Meyers erste Klageschrift‘, 5.9.1934).

mas. Abwertung wäre logisch.- K.F.) von Altschulden beraten, ein Projekt, das die LWP unterstützte. Dem LWP-Fraktionsmitglied Borbe gefiel der Gesetzesentwurf nicht, und er verkündete öffentlich im Landtag, er würde gegen das Gesetz stimmen. Daraufhin ging der Landtagsvorsitzende von Dressler im Landtag (d.h. im Plenum) zu dem Abgeordneten Borbe hin und sprach ihm eine strenge Verwarnung aus. Der sozialdemokratische Abgeordnete Goeries hingegen sagte wegen der Erklärung des Borbe ironisch zu Gubba: „Herr Rittmeister, wo ist deine Peitsche?“. Borbe wurde wegen seiner eigenständigen Meinungsäußerung und seiner Stimme gegen den Aufwertungs(?) -Gesetzesentwurf aus der LWP-Fraktion ausgeschlossen und erhielt folgende Benachrichtigung: „Einschreiben. Memel, den 4.12.1931. An Herrn Landtagsabg. Borbe, Pakalnė. Im Auftrag der LWP-Fraktion teile ich Ihnen mit, dass die Fraktion aufgrund des letzten Gespräches mit Ihnen einstimmig beschlossen hat, sie auszuschließen. Respektvoll (gez.) Gubba. LWP-Fraktionsvorsitzender.“ – Zur selben Zeit und aus denselben Gründen erhielt Borbe eine Benachrichtigung vom Kreditverband, dass sein Kredit von der Agraria über 4000 RM widerrufen sei. – Wie viel die Fraktionsmitglieder der Landwirtschaftspartei im Landtag von der Agraria und dem Kreditverband an Darlehen erhalten haben zeigen folgende Daten: a / 1925 – 1927 Landtagsmitglieder: 1) Heinrich Conrad, Sendvaris – 66000 RM vom Kreditverband, 2) Martin Rugullis, Šventvak. – 2500 RM von Agraria,⁹² 3) James Gubba, Gedmino dv. – 67500 RM vom Kr., 4) August Baldzus, Petreliai – 8000 RM von Ag., 5) Christoph Pagalies, Rumšai – 5000 RM von Ag., 6) Bruno Hahn, Lapynė – 20000 RM von Kr., 7) von Dressler,

⁹² Für die folgenden Listen – eine Art ‚Who is who?‘ der deutschnationalen Großagrarien - wird ‚Kreditverband‘ mit *Kr.*, ‚Agraria‘ mit *Ag.* abgekürzt. Krygeris verwendet die vollständigen Bezeichnungen. Offensichtlich gibt Krygeris jeweils die *kumulativen Schuldsummen an*, d. h. der Übertrag früherer Landtags-Legislaturperioden wird in die folgenden übernommen und ggf. ergänzt. Conrad und Pagalies gehörten außerdem zum Vorstand des ‚Memelländischen Kulturbunds‘, dem die Auszahlung der deutschen Kriegsinvalidenrenten im Memelgebiet übertragen war. Die führenden Memeler Industrie und Handelsunternehmen (also ein städtisch-deutsches Bürgertum) gehörten zu den Förderern des Kulturbundes (s. LCVA F. 378 Ap. 12 B. 482, S. 1 ff. – Spenden- und Jahresbeiträge 1927 / 1928). Der Kulturbund stattete auch Studenten aus dem Memelgebiet an reichsdeutschen Universitäten mit Stipendien aus. – Es sei übrigens darauf verwiesen, dass auch Litauen verdiente litauische Aktivisten im Ausland nicht vergaß, wenn auch der Umfang des politisch-finanziellen Engagements sich in gar keiner Weise mit dem deutschen messen kann: 1935 wandte sich der bekannte litauische Philosoph und Aktivist Vydūnas (Wilhelm Storost) aus Tilsit mit der Bitte um einen Kredit an das litauische Ministerkabinett, wobei er ausdrücklich auf seine Verdienste verwies (Er wollte sich ein Häuschen als Alterssitz kaufen, da ihm in Tilsit niemand vermietete). Er erhielt das Darlehen, und wurde deshalb 1938 von der deutschen Justiz zur Gefängnisstrafe verurteilt.

Šereitlauk. – 443484,35 RM vom Kr., 8) Fritz Schimkat, Naujiena / der Kredit wurde auf den Namen der Tochter Magdalena Schimkat gezogen / - 35700 RM vom Kr., 9) Franz Habledank, Šilgaliai – 65000 RM vom Kr., 10) Christoph Jonischkies, Pagėgiai (Pogegen) – 3000 RM von Ag.. b / 1927 – 1930 Landtagsmitglieder: 1) James Gubba, Gedmino dv. – 67500 RM vom Kr., 2) Martin Rugullis, Šventvak. – 2500 RM von Ag., 3) Heinrich Conrad, Sendvaris – 66000 RM vom Kr., 4) August Baldszus, Petreliai – 8000 RM von Ag., 5) Christoph Pagalies, Rumšai – 5000 RM von Ag., 6) Konrad v. Dressler, Šereitlauk. – 443484,35 RM vom Kr., 7) Christoph Jonischkies, Pagėgiai – 3000 RM von Ag., 8) Franz Habledank, Šilgaliai – 65000 RM vom Kr.. c / 1930 – 1932 Landtagsmitglieder: 1) Georg Borbe, Pakalnė – 4000 RM von Ag., 2) Konrad v. Dressler, Šereitl. – 443484,35 RM von Kr., 3) James Gubba, Gedminų dv. – 67500 RM von Kr., 4) Franz Habledank, Šilgaliai – 65000 RM von Kr., 5) Christoph Jonischkies, Pagėgiai – 3000 RM von Ag., 6) Christoph Pagalies, Rumšai – 5000 RM von Ag., 7) Martin Rugullis, Šventvakar. – 2500 RM von Ag.. d / 1932 – 1935 Landtagsmitglieder: 1) Konrad v. Dressler, Šereitl. – 443484,35 RM vom Kr., 2) Heinrich Buttkeireit, Pelėnai – 5500 RM von Ag., 3) James Gubba, Gedminų dv. – 67500 RM vom Kr., 4) Martin Killus, Vanagai – 7000 RM von Ag., 5) Georg Waschkies, Blauzdžiai – 5000 RM von Ag., 6) Eugen Dommasch, Maželiai – 6500 RM von Ag., 7) Michel Schernus, Mockiai – 4000 RM von Ag.. e / 1932 – 1935 Landtagskandidaten der LWP-Liste: 1) Franz Bensing, Naujininkai – 5000 RM von Ag., 2) Heydemann, Žilučiai – 6000 RM von Ag., 3) Jurgis Macait, Grabai – 7000 RM von Ag., 4) Franz Ginsel, Klišiai – 1500 RM von Ag., 5) Martin Rugullis, Šventvakar. – 2500 von Ag., 6) Otto Lohrentz, Pagiriai – 6000 RM von Ag., 7) Jonas Schudnagies, Lužgaliai – 5000 RM von Ag., 8) Franz Bartsch, Šepotai – 5000 RM von Ag., 9) Adam Wannags, Grumbliai – 3000 RM von Ag., 10) Eduard Klingbeil, Butkiai – 8000 RM von Ag., 11) Heinrich Conrad, Sendvaris – 66000 RM von Kr., 12) Johann Schuischel, Uženaičiai – 5000 RM von Ag., 13) Michel Skrandies, Kairiai – 4000 RM von Ag., 14) Michel Puttnins, Plikiai – 4500 RM von Ag., 15) August Jakubeit, Mažiai – 3000 RM von Ag., 16) Heinrich Buttkeireit, Rusnė (Russ) – 4000 RM von Ag., 17) Erich Lipcke, Kagaišiai -5500 RM von Ag., 18) Wieberneit Rudolf, Macblydž. – 2500 RM von Ag., 19) Otto Schimkus, Vituliai – 5000 RM von Ag., 20) Wilius Hoffmann, Radeiliai – 20000 RM von Ag., 21) Christoph Pagalies, Rumšai – 5000 RM von Ag., 22) Antanas Karalius, Juodikai – 4500 RM von Ag.“ – Als in Deutschland die Nationalsozialisten die Macht übernahmen,⁹³ hielten die Führer der LWP – zugleich ja auch Führer von Kreditverband und Agraria – auch weiterhin engen Kontakt zu

⁹³ Dreizehnter Vorwurf: Die Deutschnationalen stellen ihre antilitauisch-staatsfeindlichen Einflußstrukturen nun den Nationalsozialisten zur Verfügung.

den Stellen im Reich. Sie trafen sich dort mit NSDAP-Funktionären, denen nicht nur die Propaganda des Deutschtums im Ausland und im Memelgebiet, sondern auch die NS-Propaganda am Herzen lag. Die Geldgebende Stelle im NS-Deutschland suchte (nun), die an Agraria und Kreditverband gegebenen Kredite für Ziele der NSDAP zu nutzen. – Ende Juni 1933 wurden in Lübeck NSDAP-Demonstrationen veranstaltet, die die Treue zum deutschen Osten zum Ausdruck bringen sollten. An den Lübecker Demonstrationen nahm auch der Führer des ‚Bundes Deutscher Osten‘ Dr. Dhiele (Thiele?) teil, der in seiner Rede auf die Vergangenheit Ostpreußens hinwies und unterstrich, dass der Osten für Deutschland nun einen neuen Hafen baue. Hieran ist bemerkenswert, dass an diesen von der NSDAP mit der Losung „Drang nach Osten“ organisierten Demonstrationen auch der LWP-Vorsitzende und Kreditverband-Gründer, der Gutsbesitzer Heinrich Conrad teilnahm und sich auch auf der Tribüne bei den NSDAP-Fahnen fotografieren ließ /das Foto befindet sich in der Akte /. Conrad rief bei dieser Feier unter anderem von der Tribüne: „Wer sein Vaterland nicht liebt und es verrät, der ist ein Verräter und des Vaterlandes nicht wert.“ Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass Deutschlands neue Ostpolitik dem Land „die verlorenen Gebiete und noch mehr“ wiederbringen werde. – Im Sommer 1933 bestimmte die NSDAP-Führung den Dr. Neumann⁹⁴ zum Führer der NS-Bewegung im Memelgebiet, welcher im Einverständnis mit den LWP-Führern (*susitaręs su Lwp-jos vadais*) im Gebiet die nationalsozialistische ‚Sozialistische Volksgemeinschaft‘ / abgekürzt SOVOG /⁹⁵ im Gebiet gründete, die sich von den ersten Tagen nach ihrer Gründung an als NSDAP-Filiale bezeichnete. Ein besonderer NSDAP-Instrukteur,⁹⁶ Dr. Herbst, wurde in das So-

⁹⁴ Amtsveterinärarzt beim Memeldirektorium. Im Neumann-Sass-Prozess am 26.3.1935 zu 12 Jahren Haft wegen Landesverrats (unter problematischer Beweislage: ‚Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes mit dem Ziel der Loslösung des Memelgebiets von Litauen und dessen Anschluss an das Deutsche Reich‘) verurteilt, aber Anfang 1938 amnestiert. Nach seiner Freilassung übernimmt er als der ‚Henlein des Memelgebiets‘ die Führung der memelländischen NS-Bewegung (gründet den ‚Memelländischen Kulturverband‘).

⁹⁵ Die SVG. Krygeris selbst hatte zusammen mit den Ermittlungsrichtern Nezabitauskis und Bulota aus Šiauliai die Ermittlungen für den Neumann-Sass-Prozess gegen 126 leitende Mitglieder der SVG bzw. CSA geleitet (LCVA F. 378 Ap. 10 B.52 – ‚Verhörprotokolle‘). Dass v. Dressler hier so scharf angegriffen wird, verwundert etwas – er ist ja (1935) bereits im Neumann-Sass-Prozess zu 8 Jahren Haft verurteilt und sitzt auf absehbare Zeit ein. (s. Liste der Urteile. In: Memeler Dampfboot vom 27.3.1935)

⁹⁶ Zu dessen offizieller Aufgabe im Gebiet fehlen noch Informationen. Er könnte beispielsweise als Veterinäraufsicht beim Viehexport der ‚Viehverwertungsgenossenschaft‘ etc. angestellt gewesen sein – Ausländer brauchten die ‚Arbeiterlaubnis‘ des Gouverneur, so dass eine durch den deutsch-litauischen Handelsvertrag abgedeckte Aufgabe nahe liegt.

vog-Büro entsandt, um die Angelegenheiten dieser Organisation zu regeln und sie zu instruieren. Der LWP-Funktionär, Agraria-Gesellschafter und Kreditverband-Aufsichtsratsmitglied Konrad von Dressler beteiligte sich als Gründer von Anfang an bei der Sovog und unterschrieb am 21.6.1933 zusammen mit anderen LWP-Funktionären einen öffentlichen Aufruf an die Einwohner des Memelgebiets, in die Reihen der Sovog einzutreten.⁹⁷ Nach der Gründung der Sovog wechselten die LWP-Führer sogleich in diese Partei über und forderten auch andere Parteimitglieder zum gemeinsamen Übertritt auf.⁹⁸ – Am 25.6.1933 übergab das Kreditverband-Vorstandsmitglied und Agraria-Vorstandsmitglied sowie Agraria-Gesellschafter James Gubba dem Sovog-Führer Dr. Neumann ebenfalls eine Erklärung, in der er als LWP-Fraktionsvorsitzender im Landtag seinen Beitritt zur Sovog erklärte und anmerkte, die sechs übrigen LWP-Fraktionsmitglieder seien bereits in die Sovog eingetreten und auch er selber ordne sich dem Sovog-Führer Dr. Neumann gerne unter. – Am 22.7.1933 versandte der LWP-Vorsitzende Conrad an die Partei-Kreisvorsitzenden, Vorsitzende der Kirchspiele, der Gebietsleitung, den Mitgliedern der drei Kreisleitungen, der Fraktion und dem Landesdirektor Sziegau⁹⁹ ein Rundschreiben, in dessen zweitem Punkt es heißt: „Da, soweit bekannt, die Ziele der Sozialistischen Volksgemeinschaft sich mit unserem Programm decken, schaut die Memelländische LWP zustimmend (*palankiai*) auf die Sozialistische Volksgemeinschaft und erlaubt den eigenen Mitgliedern, in die SVG einzutreten.“ Als LWP- und Kulturbund-Vorsitzender trat auch Conrad selbst in die Sovog ein. Als ihn der Kulturbund-Aktivist Tobien aus Heydekrug nach den Beziehungen zwischen dem Kulturbund und der neu gegründeten Sovog befragte antwortete Conrad ihm in seinem Schreiben vom 26.6.1933: „Über mich persönlich kann ich Ihnen in dieser Frage mitteilen, dass ich heute in die

⁹⁷ Dieser soll im ‚Memeler Dampfboot‘ veröffentlicht worden sein.

⁹⁸ Beide Parteien bestanden parallel, doch trat der größere Teil der LWP-Landtagsfraktion als Doppelmitglieder der SVG bei. In den Landtag waren sie 1932 ja als LWP-Liste gewählt worden und verdanken dieser ihre Position. Neumann erscheint demgegenüber geradezu als Emporkömmling, hinter dem die deutsche NSDAP steht, die die memelländischen „alten Führer“ politisch zu entmachten droht. Sein politischer Hintergrund bleibt unklar.

⁹⁹ Dessen SVG-Mitgliedschaft diente Gouverneur Navakas am 28.6.1934 als Hauptvorwand für den Sturz des Direktoriums Schreiber und die Einsetzung des litauischen Direktoriums Reisgys – das Landtagsplenum wurde (auf Veranlassung des Gouverneurs) von der litauischen Fraktion boykottiert, so dass kein Misstrauensvotum erfolgen konnte, anderen (deutschen) Abgeordneten wurden ihre Mandate aberkannt etc. (s. ‚Meyers erste Klageschrift‘) Der Landtag war mindestens drei Monate lang handlungsunfähig. – Gemeint sind in dem Rundschreiben sicherlich die Unterorganisationen der LWP.

Sozialistische Volksgemeinschaft eingetreten bin, womit ich bestätige, dass ich Dr. Neumann als Führer anerkenne und mich seiner Disziplin ergebe (*pasidudu*). Ich hoffe, dass Ihnen diese Erklärung genügt. Mit Respekt (gez.) Conrad.¹⁰⁰ – Mit dem Übertritt der LWP-Führer in die Sovog kamen die der LWP untergeordneten Krediteinrichtungen Kreditverband und Agraria ebenfalls an die Sovog. Der Direktor von Kreditverband, Agraria und Landschafsbank, Willy Bertuleit, wird als Führer-Stellvertreter der Sovog eingesetzt,¹⁰¹ was die Agraria und den Kreditverband völlig mit der Sovog verbindet und diese Krediteinrichtungen zu nationalsozialistischen Sovog-Organen macht. Durch diese werden für die Sovog Mitglieder geworben und die NS-Propaganda im Memelgebiet betrieben. Aufgrund von Zeugenaussagen wurde festgestellt, dass Willy Bertuleit die Antragsteller, die wegen Agraria- oder Kreditverband-Darlehen in die Landwirtschaftsbank kamen, danach zu fragen pflegte, ob sie in die Sovog eingetreten seien bzw. (falls nicht) sie zum Parteieintritt aufforderte.¹⁰² In Kreditangelegenheiten mit diesen Krediteinrichtungen pflegten sich die Bauern an Bertuleit, der zugleich Sovog-Führerstellvertreter war, manchmal sogar in seinem Sovog-Büro zu wenden. Ebenso wandten sich Bauern mit Anträgen auf Agraria- und Kreditverband-Darlehen auch an Dr. Neumann, der diese Anträge entgegennahm und sie – als Sovog-Führer – an den Kreditverband zur Bewilligung (*tenkinti*) weitergab. Beispielsweise beantwortete der Kreditverband einen von dem Bauern Esins bei Sovog-Führer Dr. Neumann eingereichten Antrag folgendermaßen: „17.7.1933. An Herrn Martin Esins, Memel, Kaiserstr. 8. Betreffs des von Ihnen am 13. d. M. über Dr. Neumann eingereichten Kreditantrags, bitten wir Sie, für ein Gespräch zu uns zu kommen. Hochachtungsvoll. Kreditverband Memelländischer Grundbesitzer.“ – Im Sommer 1933 fuhren der Sovog-Kreisleiter von Memel Bruno Riegel und der Sovog Gruppenführer Otto Krebs mit dem Auto im Gebiet umher, um für die Sovog Mitglieder zu werben. Sie erklärten dazu, dass die Sovog aus der Agraria und dem Kreditverband nur für ihre eigenen Mitglieder Kredite vergebe. Die beiden hatten dazu vom Sovog-Büro die Listen der Agraria-Schuldner erhalten, mit denen sie zu den

¹⁰⁰ Jetzt hat Krygeris – vierzehnter Vorwurf – ein personales und institutionelles Kontinuum deutsch-staatsfeindlicher Tätigkeit von den Anfängen deutschnationaler Opposition zum NS hergestellt. Damit wird das politische Deutschtum in beliebiger Erscheinungsform, einschließlich der Autonomieorgane, zum Staatsfeind.

¹⁰¹ In Gestalt von Bertuleits Einsetzung findet offenbar ein *politischer Interessenausgleich* zwischen lokalen „alten Führern“ (etablierten Eliten) und gesamtdeutsch-neuen NS-Interessen seinen Ausdruck. Wollen die „alten Führer“ ihren Einfluss nicht verlieren, haben sie auch keine andere Wahl.

¹⁰² Als sie am 13.7.1934 verboten wurde gehörten der SVG 5986 Mitglieder an (LCVA F. 378 Ap. 12 B. 151, S. 8 ff.). Die Bevölkerung des Memelgebiets betrug 1933 ca. 154300 Menschen (,Memeler Neueste Nachrichten' Nr. 264 am 24.11.1933).

Schuldnern führen und diese aufforderten, in die Sovog einzutreten. Sie erklärten, der Kreditverband und die Agraria seien der Sovog unterstellt (*yra Sovogo žinioj*) und die Schuldner der Agraria müssten deshalb Sovog-Parteimitglieder sein. Ganz ähnlich wie Riegel und Krebs zur Mitgliederwerbung umherfahren, fuhren auch Grigoleit aus Kuodžiai (der jetzt nach Deutschland geflohen ist) und viele andere Werber zu den Agraria-Schuldnern. Wie die Sovog die Agraria-Schuldner als Mitglieder zu werben pflegte, veranschaulicht der Artikel ‚Politische Stimmungsbilder‘ in dem Organ der nationalsozialistischen ‚Christlichen Arbeitsgemeinschaft‘¹⁰³ ‚Volkskurier‘, Nr.29, 13.7.1933, in dem es heißt: „An einem Sonntagnachmittag fahren einige Neumann-Leute mit dem Auto durch das Gebiet. Erst werden die Schankwirtschaften Leute besucht, und dann werden schnell die zusammengerufen, die von den Kreditgesellschaften Darlehen erhalten haben.“ – Die Kredit-Antragsteller wussten, dass Agraria und Kreditverband in die Hände der Sovog übergegangen waren, und schrieben sich selber in die Partei ein – um Kredite zu bekommen – und verbanden sich so mit den Zielen der Partei. Zur Zeit der Sovog hatten die Schuldner von Agraria und Kreditverband es schon nicht mehr mit der LWP zu tun, sondern mit der Sovog. Wer ein Darlehen will, muss die Sovog und ihre Ziele propagieren und für sie Mitglieder werben. Deshalb betonten die Kredit-Antragsteller in der letzten Zeit schon selber, dass sie Sovog-Mitglieder sind, so wie sie früher ihre Eigenschaft als LWP-Mitglieder betont hatten.¹⁰⁴ Beispielsweise schreibt der Bauer Michel Schliszeit am 15.10.1933 in seinem Kreditantrag: „Als memelländischer¹⁰⁵ Bauer und Mitglied der Sozialistischen Volksgemeinschaft bitte ich um die Gewährung eines Kredites über 4000 Litas.“ – Ein anderer Bauer, Paul Petereit, wollte ebenfalls ein Darlehen bekommen und schreibt in seinem Brief vom 9.7.1933 an v. Dressler: „Wir haben immer für die Partei des Herrn von Dressler gestimmt. Zusammen mit meinen Parteifreunden stehe ich jetzt, wie immer, hinter Dr. Neumann und von Dressler.“ – Am 30.6.1933 starb das

¹⁰³ Gemeint ist die ‚Christlich-Sozialistische Arbeitsgemeinschaft‘ des Pfarrers Theodor von Sass, von der sich die Sovog im Juni 1933 abgespalten hatte. Beide NS-Parteien orientierten sich am Vorbild der deutschen NSDAP, doch bestand zwischen ihnen infolge des Führerstreites um die Memeler NS-Bewegung eine erbitterte Feindschaft. Ohne die Unterstützung der deutschen NSDAP suchte die CSA eigenständig zu wirken und hatte, als sie am 13.7.1934 verboten wurde, 2258 Mitglieder. Ihre Stärke lag im kleinen städtischen Beamtentum.

¹⁰⁴ Nebenbei wird hier der bekannte Topos bedient, eine litauerfeindliche Haltung in der lokalen Bevölkerung sei hauptsächlich Ränken und Manipulationen einer deutschen Nationalistenclique geschuldet. Unter wirtschaftlichem Druck, so wird impliziert, müsste sich die lokale Bevölkerung schnell anpassen, zumindest *passiv* verhalten – die akzeptable Minimalvariante.

¹⁰⁵ ‚Memelländisch‘ ist deutschnationale Chiffre für *deutsche Gesinnung*.

Aufsichtsratsmitglied der Agraria und LWP-Funktionär Christoph Jonischkies. An seiner Stelle wurde als Aufsichtsratsmitglied schon der Sovog-Aktivist und Gruppenführer Richard Peldszus eingesetzt. Die Führungsleute der Agraria und des Kreditverbandes befanden sich in der Disposition des Sovog-Führers und sandten (deshalb) die Listen der Kredit-Antragsteller und der Schuldner an das Sovog-Parteibüro, welches durch seine Kreisleiter Erkundigungen über die Treue der Antragsteller zur Sovog und deren politischer Tätigkeit einzog und das Resultat auf den Listen vermerkte. Solche Listen wurden im Winter 1934 bei dem Sovog Kreisleiter Paul Brokoph von Šilutė (Heydekrug), bei dem Kreisleiter für Klaipėda (Memel) Bruno Riegel und beim Sovog-Führer von Baukštininkai Otto Krebs gefunden. Gegenüber den Familiennamen befanden sich auf den Listen die Anmerkungen von der Sovog: „Ausgezeichnet“, „Sehr gut“, „Gut“, „Nein“ und „Kommt nicht in Frage“. – Am 8.2.1934 wurde das „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat“ verkündet, demgemäß eine Aktivität von Krediteinrichtungen und deren Leitern verbrecherisch und strafbar ist, die für die Ausübung politischen Einflusses gegen die Interessen des litauischen Staates und des litauischen Volkes /§ 13/ benutzt wird.¹⁰⁶ Ebenso machen sich Personen strafbar, die eine Organisation leiten, die für ihre Tätigkeit (Geld)Mittel aus dem Ausland einsetzt, welche (Mittel) die Tätigkeit der Organisation gegen das Interesse des litauischen Staates und des litauischen Volkes richten /§ 20/. Das Vermögen solcher strafbaren Kreditgesellschaften-Organisationen wird beschlagnahmt und sie werden geschlossen /§ 24/. Aber auch nach der Verabschiedung dieses Gesetzes¹⁰⁷ änderten sich die Aktivitäten von Agraria und Kreditverband nicht. Geführt von Gubba, von Dressler, Baldzus, dem Sovog-Führerstellvertreter Dir. Bertuleit und dem deutschen Staatsbürger Bartezky, hielten diese beiden Krediteinrichtungen weiterhin engen Kontakt zu

¹⁰⁶ Diese Interessen werden im Gesetz bewusst nicht spezifiziert, so dass es sich um *Gesinnungs-Gesetzgebung* handelt. Organisierte nationalistische Opposition in jeder Form wird strafbar (da sie dem litauischen Interesse schadet) – das Gesetz war auf die Situation im Memelgebiet maßgeschneidert.

¹⁰⁷ Der Versuch des Landtags, das Gesetz zu beraten (seine Veröffentlichung bzw. Einführung hinauszuzögern), wurde von Gouverneur Navakas verboten (s. LCVA F. 378 Ap. 3 B. 3426 – ‚Bulletin Nr. 66 der VSP-*apygarda* Klaipėda‘ vom 9.3.1934‘ – enthält Zusammenfassungen der Reden von Gubba und Meyer). Die von Krygeris zitierten Gesetzesauszüge machen deutlich, was mit dem von der Rentenbank vorgestreckten Kapital geschah und machen die Zerschlagung beider Krediteinrichtungen unausweichlich. Hier bot sich die *Enteignung* der verschuldeten deutschen Gutsherren auf dem ‚kalten Wege‘ an, da ja das Memelgebiet laut Statut von der litauischen Landreform (ab 1923) ausgenommen war. In den zahlreichen von mir (K.F.) konsultierten Staatsschutz-Unterlagen (in LCVA Fondas 378) etc. hat der angekündigte Gerichtsprozess aber merkwürdigerweise *keine* Spuren hinterlassen bzw. ging in aktuelleren Ereignissen unter.

derselben Geldgebenden Stelle und erhielten von ihr in derselben Weise, mit denselben Zielen und zu denselben Bedingungen politische Kredite und vergaben weiterhin Geld an die Bauern des Memelgebiets. Die deutsche Geldgebende Stelle und die NSDAP-Filiale Sovog betrieben durch die Agraria und den Kreditverband auch weiterhin im Memelgebiet ihre antilitauische NS-Aktion¹⁰⁸ und benutzten die Kredite für ihren politischen Einfluss, indem sie deren Schuldner (die lokalen Bauern des Gebiets), die Landtagsmitglieder und den ganzen Verwaltungsapparat des Memelgebiets an diesen politischen Einfluss banden.¹⁰⁹ Denn alle drei Kreisvorsteher im Memelgebiet haben ebenfalls von dort Darlehen bezogen. Der Kreisvorsteher von Memel, Behrend von Schulze, hatte über den Kreditverband von der deutschen Geldgebenden Stelle schon früher 148000 Litas erhalten. Im Juli 1934 ließ er zugunsten des Kreditverbandes nochmals einen Hypothekenbrief über 72000 Litas ausstellen und erhielt ein entsprechendes Darlehen. Der zweite, der Kreisvorsteher von Heydekrug, August Baldzus,¹¹⁰ erhielt 1929 von der Agraria ein Darlehen über 19200 Litas, das er bis heute innehat. Auch der dritte Kreisvorsteher, Heinrich von Schlenther, von Pogegeen verfügt seit 1933 über ein Darlehen des Kreditverbandes über 452000 Litas. Alle drei Kreisvorsteher waren bis zum 30.6.1934 im Amt:¹¹¹ von Schulze – seit 1932, Baldzus – seit 1929 und von Schlenther – seit

¹⁰⁸ Allerdings wurde die am 6.6.1933 gegründete Sovog noch im Juni formell registriert und arbeitete *legal*.

¹⁰⁹ Dass die deutschnationale Opposition nicht einem lokalen authentischen Bedürfnis entsprach, sondern nur durch wirtschaftlichen Druck des Reiches induziert wurde, wird ein litauischer Mythos bleiben müssen. Das Phänomen ist zu weit verbreitet.

¹¹⁰ Über alle erwähnten memeldeutschen Politiker und zahlreiche andere führte der litauische Staatsschutz in den 30er Jahren Akten, deren Personen-Nummern in den Akten mit Agenturmeldungen (z.B. LCVA F. 378 Ap.3 B. 2239) figurieren. Ein d. A. bekanntes Staatsschutz-Foto von Kreisvorsteher (Landrat) Baldzus (in VSP-Akten) zeigt einen großen, ungesund-schweren Mann in Jagdtracht mit einem in der ‚Medžioklės pelkė‘ (‚Jägerbruch‘) erlegten Elch.

¹¹¹ Gouverneur Navakas entließ am 28.6.1934 das Direktorium Schreiber unter der Anschuldigung, es unterstütze NS-Umtriebe. Insbesondere die Signatarmacht GB verstand dies als einen Angriff des Gouverneurs auf die Memelautonomie, da Schreiber nicht als NS-Parteigänger aufgefallen war. Der von Navakas eingesetzte (vom Landtag nicht bestätigte) litauische Landesdirektor Reisgys entließ per Verordnung vom 28.6.1934 531 von 800 Beamten und Angestellten der Autonomiebehörden und suchte in den 237 Schulen des Gebiets die litauische Unterrichtssprache einzuführen (LCVA F. 923 Ap. 1 B. 849, S. 187 f – ‚Meyers erste Klageschrift‘). Unklar ist, wann das ‚Gesetz zum Schutz von Volk und Staat‘ im Mitteilungsblatt des Memelgebiets veröffentlicht wurde. In litauischen Quellen heißt es gelegentlich, die Veröffentlichung sei monatelang hinausgezögert worden – womöglich ließ erst Reisgys das Gesetz veröffentlichen (auch

1926. – Aus den von den Amtsgerichten des Memelgebiets erhaltenen Abschriften und Grundbüchern ist ersichtlich, dass derzeit 357 Bauern mit Hypotheken in einer Gesamthöhe von 3255720 Litas zugunsten der Agraria belastet sind. Insgesamt 61 Gutsherren haben - über eine Gesamtsumme von 5287000 Litas - über den Kreditverband bei der Bank der Ostpreußischen Landschaft in Königsberg Hypotheken aufgenommen. Von dieser Summe wurden die Gutsherren zugunsten des Kreditverbandes mit 4803400 Litas belastet, zugunsten der Bank der Ostpreußischen Landschaft hingegen mit 483600 Litas. Bis zum 8.2.1934 haben 282 Bauern bei der Agraria Hypotheken über 2553720 Litas aufgenommen und entsprechende Kredite erhalten. Beim Kreditverband haben 39 Gutsbesitzer Hypotheken über 4345000 aufgenommen / I. Gruppe /. Vor dem 8.2.1934 waren bereits Hypotheken registriert worden, doch nach dem 8.2.1934 vergaben die Agraria Kredite an 46 Bauern über eine Gesamtsumme von 423600 Litas und der Kreditverband Kredite an 8 Gutsbesitzer über insgesamt 452400 Litas / II. Gruppe /. Nach dem 8.2.1934 wurden zugunsten der Agraria von 29 Bauern über eine Summe von 278400 Litas Hypotheken eingetragen und entsprechende Kredite bzw. Vorschüsse ausgegeben. Zugunsten des Kreditverbandes wurden von 9 Personen Hypotheken über eine Summe von 489600 Litas aufgenommen / III. Gruppe /. Überdies wurden nach dem 8.2.1934 von 5 Personen Hypotheken über 28420 Litas zugunsten des Kreditverbandes aufgenommen. Diese Personen haben kein Geld bekommen, ihnen wurden lediglich alte Hypotheken überschrieben, als sie an den Kreditverband verpfändeten (*praskolintos*) Boden von dem Gut Karališkiai kauften. Die Kreditbeziehungen aller dieser ersten drei Gruppen von Schuldnern mit der Agraria oder dem Kreditverband sind dieselben, ohne Unterschied ob sie schon früher oder erst nach dem 8.2.1934 Darlehen erhalten haben. Sowohl in den früheren als auch in den späteren Hypothekenbriefen gibt es dieselbe Bedingung eines ‚Kredit-Widerrufes ohne jegliche Begründung‘ (*be jokios priežasties kredito atšaukimo sąlyga*), ebenso wird der Zinssatz in derselben Weise auf 8 – 9% festgesetzt. Diesen Zinssatz vermindern oder erhöhen Kreditverband und Agraria nach eigenem Gutdünken und verlangen von dem einen mehr, von den anderen weniger Zins. Sowohl die früheren als auch die späteren Hypothekenbriefe wurden von Agraria und Kreditverband an dieselbe Geldgebende Stelle in Deutschland weitergegeben, und so wurden alle Schuldner in die Abhängigkeit von dieser Stelle gebracht. Die Geldgebende Stelle, wie auch Agraria und Kreditverband, konnten von den Bauern jederzeit die schnelle Rückzahlung des Darlehens fordern und benutzten diese Bedingung die ganze Zeit über für einen im Gebiet fremden politischen Einfluss. So wurden die Hypothekenbriefe zu

wenn es vom Staatsschutz seit dem 9.2. angewandt wurde, der das führende SVG-Personal verhaftete).

einem verbrecherischen Mittel gewisser politischer Ziele.¹¹² Die ganze Zeit über wird das Wirken von Agraria und Kreditverband im Gebiet für die Ziele der Sovog und die NS-Propaganda benutzt. Eine ganze Reihe von Schuldnern bezeugt dies. Die Daten der von Agraria und Kreditverband nach dem 8.2.1934 / II. Gruppe / gewährten Kredite bezeugen dies ebenfalls. – Nach dem 8.2.1934 wurden / II. Gruppe / folgenden Sovog-Mitgliedern und Sovog-Funktionären Kredite gegeben:

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Hypotheken Summe Litae	Kreditsumme RM	Wann wurde Kredit bewilligt? ¹¹³	Schuldner welcher Partei?	Bemerkungen
1.	Aschmann, Johann	19200	5500	29.3.1934	Agr. Sovog	ausbez.
2.	(unleserlich), Martin	9600	400	4.6.1934	Agr. Sovog	unleserl.
3.	Bendigs, Michel	16800	7200	21.8.1934	Agraria	Sovog
4.	Bertuleit, Hans	24000	10000	11.4.1934	Kreditv.	Sovog
5.	Gaupties, Fritz	15600	6500	11.7.1934	Agraria	Sovog
6.	Gerulis, Johann	19200	8000	16.4.1934	Agraria	Sovog
7.	Gunga, Martin	4800	2000	12.6.1934	Agraria	Sovog
8.	Goerke, Ewald	4800	2000	12.10.1934	Agraria	Sovog
9.	Hoffmann, Wilhelm	48000	20000	29.5.1934	Kreditv.	Sovog Vorsch.
10.	Jagstaidt II Johann	7200	3000	23.3.1934	Agraria	Sovog

¹¹² Man wüsste gerne mehr darüber, inwieweit die betroffenen Bauern die Widerrufsbedingung als problematisch ansahen. Offenbar hatten die Schuldner entweder keine andere Geldquelle – oder die mit dem Darlehen verbundenen ‚politischen Ziele‘ überforderten sie nicht. Krygeris’ ‚Bauernbefreiung‘ ist selbstverständlich interessiert, das Element des Zwangs herauszstreichen. Mehr über das Verhältnis der kleinlit. Bauern zu den deutschen ‚Herren‘ im ‚Pro Memoria‘ (1932) von Endrius Borchertas (LCVA F. 923 Ap. 1 B. 849, S. 123 – 141).

¹¹³ , ... gemäß den Benachrichtigungen der Ostrp. L. B. und den Kartotheken‘.

11.	Jankus, Christoph	14400	6000	23.3.1934	Agraria	Sovog
12.	Jakubeit, Auguste	7200	3000	30.4.1934	Agraria	Sovog
13.	Junker, Erdmann	10800	4500	28.3.1934	Agraria	Sovog
14.	Kaspereit, Eduard	8400	3500	19.3.1934	Agraria	Sovog
15.	Kerat, Jurgis	7200	3000	13.6.194	Agraria	Sovog
16.	Kibelka II Martin	3600	1500	16.7.1934	Agraria	Sovog
17.	Klimkeit, Michel	16800	7000	17.3.1934	Agraria	Sovog
18.	Klumbies I Wilhelm	6000	2500	22.5.1934	Agraria	Sovog
19.	Korn, Ludwig	3600	1500	23.7.1934	Agraria	Sovog
20.	Kurschel, Georg	14400	6000	24.8.1934	Agraria	Sovog
21.	Kybranz, Michel	7200	3000	14.6.1934	Agraria	Sovog
22.	Labrenz, Adam	4800	2000	17.3.1934	Agraria	Sovog
23.	Lukat, Johann	13200	5500	16.3.1934	Agraria	Sovog
24.	Meinus, Jons	4800	2000	24.5.1934	Agraria	Sovog
25.	Paulat, Friedrich	10800	4500	27.8.1934	Agraria	Sovog
26.	Peldszus, Michel	6000	2500	9.3.1934	Agraria	Sovog
27.	Petersen, Franz	3600	1500	15.3.1934	Agraria	Sovog
28.	Rudat, Marta	96000	40000	8.3.1934	Kreditv.	Sovog
29.	Schwindt, Wilhelm	24000	10000	30.8.1934	Kreditv.	Sovog
30.	Stolz, Franz	4800	2000	20.9.1934	Agaria	Sovog
31.	Storost, Johann	8400	3500	13.3.1934	Agraria	Sovog

32.	Stimbra, Hans	40800	17000	8.11.1934	Kreditv.	Sovog Vorsch.
33.	Stuhlemmer K. O.	34800	14000	31.8.1934	Kreditv.	Sovog
34.	Tamoschus, Michel	4800	2000	16.3.1934	Agraria	Sovog
35.	Uszpurwies, Franz	14400	6000	25.5.1934	Agraria	Sovog
36.	Wallat, Julius	15600	6500	28.5.1934	Agraria	Sovog
37.	Wawries, Gustav	4800	2000	11.5.1934	Agraria	Sovog
38.	Worlitz, Kurt	10800	4500	28.5.1934	Agraria	Sovog
39.	Esins, James	6000	2500	27.3.1934	Agraria	Sovog
40.	Frischmann, Bruno	28800	12000	9.2.1934	Kreditv.	Sovog

Nach dem 8.2.1934 haben folgende Sovog-Mitglieder und Funktionäre zugunsten von Agraria und Kreditverband Hypotheken registriert / III. Gruppe /.

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Hypotheken Summe Lit.	Kreditsumme RM	Zu wessen Gunsten?	Wann wurde Hypothek aufgenommen?	Wann wurde Darlehen gewährt?	Schuldner welcher Partei?
41.	Anuszies, Wilhelm	4800	2000	Agr.	9.6. 1934	19.10. 1934 Vorsch.	Sovog
42.	Becker, Willy	4800	2000	Agr.	20.3. 1934	27.4. 1934	Sovog
43.	Daegling, F. K.	4800	2000	Agr.	6.3. 1934	9.4. 1934	Sovog
44.	Dommasch, Eugen /für Ziegelei/	90000	37500	Kred.	24.5. 1934	30.7. 1934	Sovog
45.	Einars, Georg	19200	8000	Kred.	19.11. 1934	30.7. 1934 Vorsch.	Sovog
46.	Gruszien, Michel	9600	4000	Agr.	26.2. 1934	17.7. 1934	Sovog

47.	Heydemann, Friedrich	14400	6000	Agr.	6.3. 1934	11.4. 1934	Sovog
48.	Konrad, Hermann	6000	2500	Agr.	9.7. 1934	23.9. 1934	Sovog
49.	Kibelka, Adam	4800	2000	Agr.	30.5. 1934	20.7. 1934	Sovog
50.	Koiteklies, Jakob	19200	8000	Agr.	8.3. 1934	23.5. 1934	Sovog
51.	Kurmis, Johann	4800	2000	Agr.	6.4. 1934	14.7. 1934	Sovog
52.	Lorenz, Michel	4800	2000	Agr.	2.3. 1934	18.8. 1934	Sovog
53.	Lippke, Erich	13200	5500	Kred.	19.9. 1934	15.10. 1934	Sovog
54.	Mehleit, Adam	8400	3500	Agr.	26.2. 1934	8.5. 1934	Sovog
55.	Mosler, Erich u.Marie	4800	2000	Agr.	23.6. 1934	11.8. 1934 Vorsch.	Sovog
56.	Peldszus, Erich	15600	6500	Agr.	2.8. 1934	24.10. 1934 Vorsch.	Sovog
57.	Schories, Fritz	10800	4500	Agr.	19.2. 1934	15.6. 1934	Sovog
58.	Schudnagies, Johann	12000	5000	Agr.	8.5. 1934	16.6. 1934	Sovog
59.	v. Schulze, Behrend	72000	30000	Kred.	23.7. 1934	10.9. 1934 Vorsch.	Sovog
60.	Schweisinger, Otto	6000	2500	Agr.	16.8. 1934	19.9. 1934 Vorsch.	Sovog
61.	v. Sperber, Hans	96000	40000	Kred.	23.2. 1934	11.4. 1934 Vorsch.	Deutsch. Staats- bürger
62.	Tareilus, Paul	19200	8000	Agr.	3.10. 1934	1934	Sovog
63.	Truschka, Michel	7200	3000	Agr.	19.3. 1934	14.4. 1934 Vorsch.	Sovog

Ohne Hypothekenbriefe erhielten ferner vom Kreditverband Vorschüsse: 1). Baities, Michel – RM 397,65 – 10-21.7.34, 2). Hundsdoerfer, Max – RM 168,75 – 5.6.34, 3). Perkams, Martin –RM 2500 – 7.3.34, 4). Rademacher, Ernst – RM 30000 – 23.4.34. Alle vier sind Sovog-Mitglieder, und Radema-

cher ist überdies der Sovog-Kreisleiter von Pogegeen. – Die Agraria und der Kreditverband haben also die ganze Zeit über die Sovog propagiert und deren Mitgliedern, wie die angeführten Daten zeigen, auch in der jüngsten Zeit Darlehen gegeben. Welche Ziele die Sovog hatte, in deren Disposition sich Agraria und Kreditverband befanden, und welche diese beiden Einrichtungen auch weiterhin propagieren, zeigt das rechtskräftige Urteil des Militärgerichtshofes in dem Prozess vom 14.12.1934 – 26.3.1935, in dem der Sovog-Führer Dr. Neumann für schuldig befunden wurde und gemäß B. St. Pap. ir pak. 6, 3 §§ und Y. V. A. Į. 14 § 1 p.¹¹⁴ bestraft wurde. Ebenfalls bestraft wurde sein Stellvertreter, der Sovog-Finanzgeschäftsführer Willy Bertuleit, der den Kreditverband und die Agraria ebenfalls als Direktor leitete. – Aus einer Begutachtung des Neumann-Prozesses ist zu ersehen, dass die Sovog-Führung den Gruppenführern, ‚Obmännern‘ und Mitgliedern den Auftrag gegeben hatte, im Memelgebiet die litauischen Organisationen zu unterdrücken (*slopininti*) und deren Versammlungen zu zerstreuen. Die Sovog-Mitglieder führten diesen Auftrag aus und verstellten sogar Leuten den Weg, die zu litauischen Versammlungen gingen, bedrohten diese mit Gewalt – falls jene nicht aus den litauischen Organisationen austreten wollten, oder sie drangen in solche (litauischen) Versammlungen ein und pflegten dort Krach zu schlagen. Am 10.2.1934 wurde auf Anordnung des Sovog-Gruppenführers Wallat auf eine solche Versammlung bei dem Bauern Gibišas (Gibbisch wohl – K.F.) in Grabupėliai durch das Fenster geschossen.¹¹⁵ Einen solchen Kampf gegen die

¹¹⁴ ‚Geändertes und ergänztes Strafstatut § 3 u. 6‘ bzw. ‚Staatschutz-Sondergesetz § 14 p. 1‘ (d.h. ‚Gesetz zum Schutz von Volk und Staat‘ vom 8.2.1934). Neumann wurde wegen Landesverrat verurteilt, d. h. ‚Hervorrufen eines (bewaffneten) Aufstandes mit dem Ziel der Abtrennung des Memelgebiets von Litauen und dessen Anschluss an Deutschland‘. Die Beweislage war allerdings dürftig (Natürlich gab es eine litauenfeindliche NS-Verschwörung, aber keine wirklichen Anzeichen für einen *bewaffneten Aufstand* – K.F.), und das Urteil stützte sich auf das (einzige von 126 Angeklagten) Geständnis des (wegen Unterschlagung vorbestraften) Landtags-Stenografen und SVG-Geschäftsführers Adam Mollinus (s. LCVA F. 378 Ap. 12 B. 143, S.48 f.), den Aleksandras Vitkus (*Lietuvos istorijos įvykių chronoloija 1926 – 1940 m.* Kaunas 2004.S. 185) als Agenten „Ali“ des Staatsschutzes bezeichnet, den dafür „1941 die Deutschen erschossen“. Die litauische Historiografie wertet den Neumann-Sass-Prozess zum Teil gar als „Kleines Nürnberg“ und hat sich zu einer realistischeren Neubewertung leider noch nicht durchringen können.

¹¹⁵ Dies ist natürlich eine der dramatischsten Sovog-Episoden. Die Verhörprotokolle der Wallat-Familie, die dann als ‚Terroristengruppe im Memelgebiet‘ durch die VSP-Dokumentation und die für die Signatäre vorbereiteten diplomatischen *statements* geistert, s. LCVA F. 378 Ap. 10 B. 52. Es wurde zur Einschüchterung in eine Wand geschossen, jedoch nicht mit Mordabsicht (anders liegt der Fall beim Attentat auf Loops). Zu Agraria und Kreditverband existiert in den Verhörprotokollen *keine*

litauischen Organisationen und das Litauertum¹¹⁶ im Memelgebiet führten auch die Sovog-Organen Kreditverband und Agraria, und als Mittel in diesem Kampf benutzten sie die Kredite. Eine ganze Reihe von Fakten bezeugt, dass Kreditverband und Agraria litauische Organisationen zersetzten (*ardymas*) und eine antilitauische Aktion betrieben. – Beispielsweise gehörte bis zum Winter 1934 Jonas Gerulis aus dem Dorf Liaudžiai als Litauer zu der ‚Litauischen Union der Völkischen‘ (*LTS*)¹¹⁷ und war Mitglied in deren Sektion Šilutė (Heydekrug). Da er von der Agraria ein Darlehen wollte und die Bedingungen für deren Kreditvergabe kannte - nämlich dass ihre Schuldner nicht in litauischen Organisationen arbeiten durften, dass die Schuldner sich an der Deutschtums-Propaganda im Gebiet beteiligen mussten, dass die Kreditinstitutionen Kreditverband und Agraria sich in der Hand der antilitauischen Organisation Sovog befanden – trat er im Herbst 1933 in die Sovog ein und danach aus der *LTS* aus. Als er aus der *LTS* austrat, erklärte er, er sei wegen des von der Agraria erhaltenen Kredits zum Austritt gezwungen.¹¹⁸ Gerulis trat in die Sovog ein und aus der *LTS* aus und erhielt am 16.4.1934 von der Agraria ein Darlehen über 8000 RM / 19200 Lt./ – Ein zweites Beispiel: Die Bäuerin Augustė Jokubeitienė¹¹⁹ aus Steponiškiai war bis zum Frühjahr 1934 Mitglied beim ‚Litauischen Bauernverein‘ (*Lietuvių Ūkininkų Draugija*) und ihre beiden Töchter sangen im lokalen Chor der Litauischen Singgemeinschaft. Da sie von der Agraria Geld bekommen wollte und wusste, zu welchem Zweck die Agraria Geld vergibt, trat auch sie wie Gerulis in die Sovog

Verbindung. Als Sovog-Führer war Dr. Neumann außerordentlich vorsichtig und suchte Provokationen gegen die litauische Staatsmacht zu vermeiden und seine Partei als dem Staat gegenüber loyal darzustellen. (Überdies war er bereits am 9.2.1934 - morgens um 6.30 Uhr in seiner Wohnung - von dem VSP-Beamten Pranas Heizeris verhaftet worden). Dass die Sovog-Führung solche Anschläge veranlasste, ist überaus unwahrscheinlich – eher schon, dass ein lokaler ‚durchgedrehter‘ Unter-Führer Rechnungen mit unsympathischen Nachbarn ‚beglich‘.

¹¹⁶ ‚Gesetz zum Schutz von Volk und Staat‘ - § 1: „Wer das litauische Volk oder den Staat Litauen beleidigt oder verspottet wird mit gewöhnlichem Gefängnis oder mit Zuchthaus bis zu vier Jahren bestraft“.

¹¹⁷ *Lietuvos Tautininkų Sąjunga* (*LTS*) – die Staatspartei des Smetona-Regimes, kam durch den Militär-Staatsstreich vom 17.12.1926 an die Macht. Gerade Heydekrug war (laut ‚Pro Memoria‘ des Endrius Borchertas) völlig deutsch geprägt, so dass dort jedes Mitglied zählte.

¹¹⁸ Die litauischen Organisationen konnten das gewünschte Darlehen offenbar nicht vermitteln. Oder hat sich hier etwa jemand in der ethno-politischen Auseinandersetzung nach zwei Seiten abgesichert?

¹¹⁹ Als Auguste Jakubeit in der Liste. Litauische Behörden verwendeten die lituanisierte Namensversion.

ein,¹²⁰ holte ihre Töchter aus dem Chor der Singgemeinschaft und trat im Frühjahr 1934 auch selbst aus dem Lit. Bauernverein aus. Am 30.4.1934 erhielt sie von der Agraria ein Darlehen über 3000 RM / 7200 Lt./ – Noch ein Beispiel: Der Bauer Fritz Gaupties aus dem Dorf Giniai war bis Sommer 1934 Mitglied des Litauischen Bauernvereins. Im Herbst 1933 trat er in die Sovog ein, um ein Darlehen von der Agraria zu bekommen, und trat im Sommer 1934 aus dem Litauischen Bauernverein aus. Nach dem Austritt erhielt Gaupties von der Agraria am 11.7.1934 ein Darlehen über 6500 RM / 15600 Lt./ – Zwei weitere Mitglieder des Litauischen Bauernvereins, Spingaitis und Žagūnas (wohl Spingeit und Szagun – K.F.), die von der Agraria Darlehen wollten, traten ebenfalls im Frühjahr 1934 aus dem Litauischen Bauernverein aus und baten den Vereinsvorsitzenden sogar noch um eine Bescheinigung über ihren Austritt als Beweis für die Agraria, dass sie aus dem Litauischen Bauernverein ausgetreten waren. Außer dem Austritt aus den litauischen Organisationen pflegten Agraria und Kreditverband von ihren Schuldnern zu fordern, dass diese sich von den litauischen Organisationen und deren Aktivitäten völlig fernhalten sollten. – Nach der am 9.7.1934 von der ‚Inspektion für die der öffentlichen Rechnungslegung unterliegenden Behörden und Unternehmen‘ durchgeführten Revision verkündete die bis dahin ohne Genehmigung arbeitende Agraria am 23.8.1934 im deutschen ‚Reichs- und Staatsanzeiger‘ Nr. 96,¹²¹ dass sie sich seit dem 17.7.1934 in Liquidation befinde, und dass Walter Drosdowsky und Max Funk als Liquidatoren eingesetzt seien. Der Erstere ist der Geschäftsführer von Agraria und Kreditverband, während der Zweite – Funk – bei der Agraria Aufsichtsratsmitglied ist. Die Liquidation der Agraria wurde lediglich im deutschen Reichs- und Staatsanzeiger bekannt gemacht und im Memelgebiet überhaupt nicht veröffentlicht. Die Agraria arbeitet jedoch nach wie vor. Alle ihre Angelegenheiten regelt der Kreditverband. Sie hat als eigenständige Gesellschaft faktisch niemals existiert, sondern war lediglich eine Unterabteilung des Kreditverbandes. – Am 2.11.1934 führte die ‚Sicherheitspolizei‘¹²² beim Geschäftsführer der Agraria und des Kreditverbandes, Walter Drosdowsky, eine Haussuchung durch und fand in seiner Wohnung 32 NS-Kampflieder wie ‚Die Fahne hoch‘, ‚Volk ans Gewehr‘ etc.

¹²⁰ Wo nicht krasse wirtschaftliche Not, wird den deutschen Parteigängern stets eine kleinlich-egoistische Schläue (*Charakterfehler des Memelländers!*) unterstellt. Krygeris' Beispiele stammen bereits aus der Zeit nach der Verhaftung des führenden Sovog-Personals.

¹²¹ Sie war ja in Tilsit in das Handelsregister eingetragen.

¹²² ‚*Valstybės Saugumo Policija (VSP)*‘ – der litauische Staatsschutz. Details in: Fuchs, Klaus: ‚Das Image der ethnischen Minderheiten in Berichten des litauischen Staatsschutzes.‘ In: *Annaberger Annalen* Nr. 11 / 2003, S. 49 – 98.

Das Lied ‚Die Fahne hoch‘ enthält folgende Strophen:¹²³ „Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen, SA marschiert mit festem Schritt ... Die Strasse frei den braunen Bataillonen, die Strasse frei den SA-Männern ... Alle sind wir zum Kampf bereit, die Hitler-Fahnen wehen in allen Strassen!“ In einem anderen Lied – „Heil Hitler Dir!“ – heißt es: „Wir sind die Kämpfer der NSDAP, hart und dem Hakenkreuz ergeben“ etc. – Mit den Sachverständigen Petras Šernas, Direktor der Memeler Abteilung der *Žemės Bankas*, und dem Prokuristen Martynas Taleikis von der Memeler Abteilung der *Lietuvos Bankas*¹²⁴ wurde eine Expertise der Bücher und der Buchführung der Kreditgesellschaften Agraria und Kreditverband vorgenommen. Die Sachverständigen konstatierten Folgendes: Die Agraria arbeitet nicht selbständig, sondern als Unterabteilung des Kreditverbandes, welcher die ganze Zeit über unter seinem Namen die Korrespondenz der Agraria führt. Wegen der Darlehen haben weder Agraria noch Kreditverband mit den Geldgebern irgendwelche schriftlichen Verträge und ihre Beziehungen untereinander (d.h. mit den Geldgebern – K.F.) sind – wenn man die Bücher betrachtet – unklar. Aus den Büchern und der Korrespondenz ist ersichtlich, dass Agraria und Kreditverband Geld aus Deutschland durch die Bank der Ostpreußischen Landschaft erhalten. In der Korrespondenz werden die tatsächlichen Geldgeber jedoch nicht bezeichnet und stattdessen die Decknamen ‚Geldgebende Stelle‘, ‚Berliner Korrespondenz‘ u. ä. verwendet, was in normalen Kreditoperationen unüblich (*nevartojama*) ist. Hieraus ist zu ersehen, dass Agraria und Kreditverband in ihrer Tätigkeit Öffentlichkeit (*vengė viešumos*) vermeiden wollten. Die Buchführung dieser Krediteinrichtungen ist unordentlich, unklar und wurde mit der Buchführung der dritten Krediteinrichtung, der Landschaftsbank, vermischt, in deren Räumlichkeiten Agraria und Kreditverband arbeiten. In den eigentlichen Büchern orientiert man sich ohne eine Erläuterung durch die Buch führenden Personen nur schwer (*sunku susivokti*) und erhält kaum ein wahres Bild der Operationen. – Die Hypothekenbriefe und anderen Kreditunterlagen wurden sowohl früher als auch bis Ende 1934, das heißt bis zur Aufnahme dieses Gerichtsverfahrens (*iki šios bylos iškėlimo*), über die Bank der Ostpreußischen Landschaft an dieselbe Geldgebende Stelle im Austausch für die von dort erhaltenen Darlehen gesandt. – Der Kreditverband zahlt von den aus den Mitteln der Geldgebenden Stelle finanzierten Darlehen an die Schuldner lediglich 90% des gewährten Darlehens aus und rechnet die übrigen 10% als Geschäftsanteil / 100 Lt. für jede 1000 geliehenen Lt./ an.

¹²³ Aus dem Litauischen übersetzt, da Original nicht vorliegt – K.F. Gegen Drosdowsky wird im vorliegenden Verfahren keine Anklage erhoben – die Erwähnung der Lieder dient der ‚Atmosphäre‘.

¹²⁴ Die litauische Staatsbank.

Die Schuldner werden als Mitglieder registriert. Von dem aus solchen Geschäftsanteilen gebildeten Eigenkapital¹²⁵ vergibt der Kreditverband allerdings auch Darlehen an Nichtmitglieder. – Die Agraria ist ebenfalls Mitglied des Kreditverbandes, allerdings erhalten die Schuldner der Agraria ihr Darlehen zu 100% ausbezahlt. Für jedes vergebene Darlehen muss die Agraria als Mitglied aber beim Kreditverband 10% der Darlehenssumme als Geschäftsanteil einzahlen. Diese 10% für den Geschäftsanteil zahlt die Geldgebende Stelle selber an den Kreditverband, wofür sie zu jedem von der Agraria vergebenen Darlehen noch 10% zuschießt. Wie ein jedes Kreditverband-Mitglied haftet die Agraria nach Satzung-§ 10 des Kreditverbandes für jeden Geschäftsanteil mit 1500 Lt., d.h. mit dem 15-fachen des Wertes eines Geschäftsanteils. Da die Agraria beim Kreditverband 3270 Geschäftsanteile zu je 100 Lt. gezeichnet hat, müsste sie für eine Summe von 4905000 Lt. haftbar sein. Diese Haftung der Agraria ist unreal, da sie keinerlei Eigenkapital besitzt und sie für ihre Gesellschafter Gubba, v. Dressler und Baldzus 5000 RM vom Kreditverband selber bezahlen würde. Deshalb hat der Kreditverband für die Haftbarkeit der Agraria auch die bäuerlichen Schuldner der Agraria hinzugezogen, welche, wenn sie ein Darlehen beziehen, neben dem Hypothekenbrief auch noch eine Bürgschaftserklärung zugunsten des Kreditverbandes abgeben und damit nochmals eine Schuldhaftung über die Hälfte der geliehenen Summe auf sich nehmen.¹²⁶ Überdies nimmt der Kreditverband von seinen Schuldnern, den Gutsherren, auch Garantiewechsel. Nicht nur die Hypothekenbriefe, sondern auch die Bürgschaftserklärungen der Agraria-Schuldner und die Garantiewechsel der Kreditverband-Schuldner werden an die Geldgebende Stelle geschickt. Der Einzug von Bürgschaftserklärungen und Garantiewechseln schränkt die Schuldner unnötig ein, wo doch die ausgestellten Hypothekenbriefe die gewährten Kredite völlig hinreichend absichern. – Neben den gewöhnlichen über den Kreditverband laufenden Krediten haben einige Gutsbesitzer von der Geldgebenden Stelle so genannte Hypotheken-Sonderkredite

¹²⁵ D.h. der Schuldner zahlt nominell geringe Zinssätze, trägt stattdessen aber zur Kapitalbildung des Kreditverbandes bei.

¹²⁶ Das hieße, dass die Schuldner potentiell für 150% des geliehenen Geldwertes haften. Warum die Schuldner auf so ungünstige Bedingungen (auf die Schuldner abgewälzte Risiken) eingegangen wird nicht erklärt – es sei denn, dass diese auf dem Papier bestehenden Summen (Anteile der Agraria beim Kreditverband und entspr. Bürgschaften der Schuldner) in Wirklichkeit ruhten - aber eine passive *Loyalitätsgarantie* der Bauern darstellten - und alles real fließende Kapital von der Rentenbank stammte. Es könnte sich auch um eine Rückversicherung des Kreditverbandes / der Rentenbank für den Fall handeln, dass dieser beim Verkauf einer verschuldeten Immobilie evtl. an der Geltendmachung seiner Ansprüche gehindert würde.

erhalten, zu denen die Hypothekenbriefe ebenfalls auf den Kreditverband ausgestellt wurden. Aus solchen Sonderkrediten hat – neben den gewöhnlichen Krediten – Conrad v. Dressler 248563,65 RM erhalten; Heinrich Conrad hat 66000 RM erhalten etc. Zu welchen Bedingungen und zu welchen Zielen diese Sonderkredite gewährt wurden und weshalb sie aus den gewöhnlichen Krediten herausgenommen wurden ist aus den Büchern nicht ersichtlich.¹²⁷ – Aus den Büchern von Agraria und Kreditverband und aus den Angaben des Leiters dieser Krediteinrichtungen Drosdowsky geht hervor, dass die Agraria über den gesamten Zeitraum ihrer Tätigkeit aus den Mitteln der Geldgebenden Stelle 1451126,62 RM¹²⁸ an Hypothekendarlehen vergeben hat. Der Kreditverband vergab 1) aus eigenen Mitteln 129919,50 Lt. und 2) aus Mitteln der Geldgebenden Stelle: a) gewöhnliche Darlehen – 1239077,41 RM und b) Sonderkredite – 630254,16 RM. Außerdem vergaben diese Krediteinrichtungen aus den Krediten Vorschüsse – nämlich die Agraria 76009,47 RM und der Kreditverband – 188448,44 RM und aus dem Litas-Konto – 214212,76 Lt. – Die Schulden der Agraria und des Kreditverbandes bei der Geldgebenden Stelle wurden der Bank der Ostpreussischen Landschaft gutgeschrieben und betragen: Agraria – 1649021,75 RM und Kreditverband – 1767377,82 RM¹²⁹. – Nach dem 8.2.1934 hat die Agraria Darlehen in Höhe von 224500 RM / 538800 Lt./ ausgegeben, der Kreditverband hingegen an gewöhnlichen Krediten – 150000 RM und an Sonderkrediten 110481,09 RM (insgesamt 260481,09 RM / 625154,61 Lt./). Insgesamt haben Agraria und Kreditverband nach dem 8.2.1934 - 484981,09 RM oder 1163954,61 Lt. verliehen. Neben diesen Summen wurden nach dem 8.2.1934 als Vorschuss auf Kredite vergeben: Agraria – 64123,22 RM und 165000 Lt.; Kreditverband – 173989,26 RM und 241212,76 Lt. – Die Gutsbesitzer haben als Mitglieder des Kreditverbandes Geschäftsanteile über eine Gesamtsumme von 309900 Lt. gekauft. Die Agraria hat Geschäftsanteile des Kreditverbandes über 327000 Lt. gekauft. – Es gibt keinen Beschluss der Mitgliederversammlung des Kreditverbandes, innerhalb welchen Rahmens der Kreditverband an seine Mitglieder Geld

¹²⁷ Mit den Sonderkrediten gelingt es Krygeris, den Landtagsvorsitzenden v. Dressler als gekauften Agenten des reichsdeutscher Interessen ‚festzunageln‘.

¹²⁸ Bei 154300 Einwohnern (1933) hätte die Agraria im Gebiet 9,46 RM (22,70 Lt.) pro Kopf der Bevölkerung verliehen.

¹²⁹ 3416399,57 RM (22,15 RM pro Einwohner des Memelgebiets) oder 8199359 Lt. als Gesamtvolumen – die aus Deutschland überwiesenen Summen scheinen in dieser etwas unübersichtlichen Aufstellung die am ehesten brauchbaren Richtwerte für das reichsdeutsche finanzielle Engagement. Allerdings ist nicht völlig klar, ob davon die erwähnten 10% ‚Übersumme‘ für die Eigenkapitalbildung der beiden Gesellschaften abzuziehen sind, oder ob Krygeris bereits die tatsächlich verliehene ‚Netto-Kreditsumme‘ angibt.

verleihen kann und bis zu welcher Höhe er sich selbst bei anderen Banken verschulden kann. Dies widerspricht § 49 des Genossenschaftsgesetzes.¹³⁰ Die Bilanzen der Agraria und des Kreditverbandes wurden nirgends veröffentlicht, was § 33 des Genossenschaftsgesetzes widerspricht. Die Bücher und Bilanzen der Agraria wurden in der fremden Währung Reichsmark geführt, was § 40 Handelsgesetzbuch widerspricht. – Agraria und Kreditverband gewähren Bauern und Gutsbesitzern langfristige Amortisationskredite, doch ist in den Kreditdokumenten und Hypothekenbriefen die Bedingung eingetragen, dass Agraria und Kreditverband das Darlehen jederzeit und ohne Begründung widerrufen können. Ein solcher Widerruf eines langfristigen Amortisations-Hypothekenkredits ohne jegliche Begründung widerspricht § 19 Hypothekbankgesetz, in dem es heißt: „Bei Amortisations-Hypotheken kann sich die Bank kein Recht aushandeln, die Hypothek zu widerrufen“. Überdies zwingt eine solche in die Schuldokumente eingetragene Bedingung des Widerrufs ohne jegliche Begründung die Schuldner, auf alle Forderungen des Kreditverbandes und der Agraria Rücksicht zu nehmen und ständig einen Widerruf der Darlehen zu fürchten. – Gemäß dem am 11.4.1923 im Amtsblatt des Memelgebiets¹³¹ Nr. 38 veröffentlichten Befehl mussten Agraria und Kreditverband als Einrichtungen, die Kreditoperationen in Millionenhöhe tätigten, die Genehmigung des Finanzministeriums einholen. Ohne eine solche Genehmigung ist ihre Tätigkeit ungesetzlich. – In Anbetracht obiger Ausführungen und gemäß Strafgesetz-Statut Art. 396 b e s c h l o s s (der Ermittlungsrichter): Die Einwohner des Memelgebiets 1) James Gubba, Sohn des Charles, Alter 65 J.; 2) August Baldzus, Sohn des Jakob, 51 Jahre; 3) Konrad Dressler, Sohn des Benno, 51 J.; 4) Willy Bertuleit, Sohn des Michel, 34 J. und 5) Werner Bartzky, 44 Jahre, Wohnort unbekannt, in diesem Verfahren als Angeklagte zum Verhör heranzuziehen. Ihnen wird als Anklage zur Last gelegt, dass sie als Leiter der memelländischen Krediteinrichtungen ‚Kreditverband Memelländischer Grundbesitzer e.G.m.b.H.‘ und ‚Agraria Kreditgesellschaft m.b.H.‘ in der Funktion: 1) Gubba seit dem 21.7.1925 und bis heute als Aufsichtsratsvorsitzender des Kreditverbandes, seit dem 15.12.1927 und bis zum 17.7.1934 als Gesellschafter der Agraria und seit dem 11.8.1932 und bis zum 17.7.1934 als Aufsichtsratsmitglied der Agraria; 2) Baldzus seit dem 21.7.1925 und bis heute als Aufsichtsratsmitglied des Kreditverbandes und seit dem 15.12.1927 und bis zum 17.7.1934 als Gesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzender der Agraria; 3) Dressler seit dem 21.7.1925 und bis zum

¹³⁰ Krygeris verwendet den deutschen Begriff – es handelt sich um ein im Memelgebiet noch geltendes deutsches Gesetz.

¹³¹ Die formal korrekte Bezeichnung des Amtsblattes ist mir leider ebenso wenig wie der zeitgenössisch gebräuchliche deutsche Begriff für die *Baudžiamosios Teisės Įstatai 396 str.* bekannt – K.F.

26.3.1935¹³² als Aufsichtsratsmitglied des Kreditverbandes und seit dem 15.12.1927 und bis zum 17.7.1934 als Gesellschafter der Agraria; 4) Bertuleit seit dem 13.10.1932 und bis zum 7.3.1934 als Direktor und Geschäftsleitungs-Mitglied der Agraria und des Kreditverbandes; und 5) Bartezy seit dem 13.10.1932 und bis zum 1.7.1934 als Direktor und Geschäftsleitungs-Mitglied – über den gesamten Zeitraum und auch nach dem Erlass des ‚Gesetzes zum Schutz von Volk und Staat‘, d.h. nach dem 8.2.1934 –

1. durch die von ihnen geleiteten Krediteinrichtungen Agraria und Kreditverband den Bauern und den Gutsbesitzern des Memelgebiets zu gewissen politischen Zwecken Kredite gewährten und die Tätigkeit dieser Krediteinrichtungen für die nationalsozialistische Propaganda und die antilitauische Aktion im Memelgebiet benutzt haben, womit sie den Interessen des litauischen Staates und des litauischen Volkes schaden. Dies stellt eine Straftat (*nusikaltimas*) nach §§ 13 und 24 des ‚Gesetzes zum Schutz von Volk und Staat‘ dar.

2. dass sie für die Tätigkeit der genannten Krediteinrichtungen mit dem Ziel einer antilitauischen Aktion im Memelgebiet Geldmittel verwendeten, die sie aus gewissen Fonds in Deutschland erhielten, dass sie die Tätigkeit der Kreditgesellschaften Agraria und Kreditverband mit ausländischen Geldgebern verbanden und mit diesen Geldgebern koordiniert (*iš vien*) die Richtung dieser Kreditgesellschaften gegen das Interesse des litauischen Staates und des litauischen Volkes manipulierten (*veikė ... linkmę*). Letzteres stellt eine Straftat nach §§ 20 und 24 des ‚Gesetzes zum Schutz von Volk und Staat‘ dar.¹³³

/gez./ M. KRYGERIS

Ermittlungsrichter des Bezirks (Apygardos Tardytojas).

Für diesen Artikel fanden Dokumente des litauischen Ministerkabinetts (Fundus 923) und der litauischen Staatssicherheitspolizei (Fundus 378) im Litauischen Zentralen Staatsarchiv, Vilnius – LCVA – Verwendung. Fertig gestellt am 7.1.2005. K. Fuchs.

¹³² Der Tag der Urteilsverkündung im Neumann-Sass-Prozess.

¹³³ Bemerkenswert ist, dass in der Anklageerhebung die Verstöße gegen die Finanzgesetzgebung entfallen und erstere sich *ausschließlich* auf die politischen Straftatbestände konzentriert, die am 8.2.1934 justitiabel wurden.